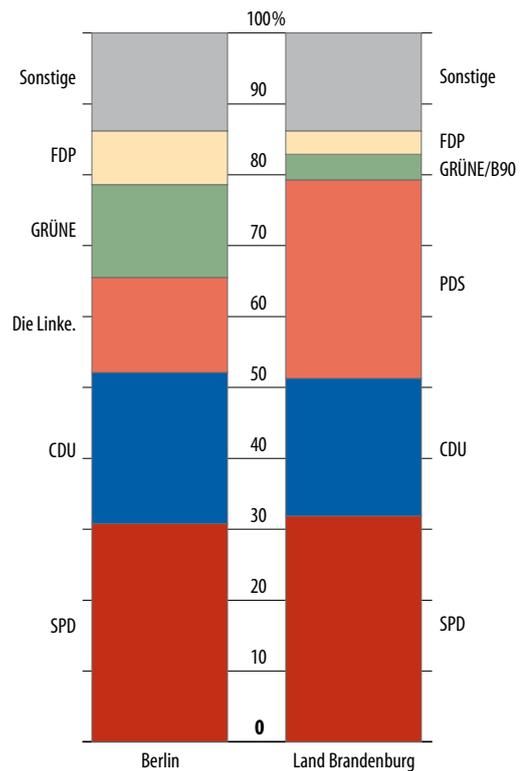


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

2 2007

**Ergebnis der Wahlen
zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2006
und zum Landtag Brandenburg 2004
-Zweitstimmen-**



Wechselndes Wahlverhalten
in Berlin und Brandenburg seit 1999

Ausgaben und Einnahmen der
Gemeinden und Gemeindeverbände
des Landes Brandenburg
im Jahr 2006

Das Forschungsdatenzentrum
der Statistischen Landesämter
– Was haben wir erreicht und
wie geht es weiter?

Die Bedeutung der Belastung der
Wirtschaft durch amtliche Statistiken
– Ergebnisse der DIW-Studie

Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 444
Fax: 0331 39 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 3434
Fax: 030 9021 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- nichts vorhanden
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



im vorliegenden zweiten Heft der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg wird zunächst das Wahlverhalten der Berliner und brandenburgischen Bürger bei der Wahl zu ihren Landesparlamenten dargestellt. Dabei werden sowohl der direkte Vergleich zwischen den Ergebnissen der Berliner und brandenburgischen Landeswahlen aber auch die Veränderungen und Entwicklungen zwischen den beiden letzten Wahlen analysiert.

In einem weiteren Beitrag zur finanziellen Situation der brandenburgischen Gemeinden und Gemeindeverbände werden die Einnahmen- und Ausgabensituation des Jahres 2006 beschrieben und die Ursachen der Veränderungen zum Vorjahr benannt. Ein Vergleich zwischen den neuen Bundesländern rundet diese Betrachtung ab.

Eine Zwischenbilanz des Projektes „Verbesserung des Zugangs der Wissenschaft zu statistischen Mikrodaten – Konkretisierung und Erprobung eines Forschungsdatennetzwerkes der Statistischen Landesämter“ wird in dem darauffolgenden Beitrag gezogen. Neben einer Bestandsaufnahme des Erreichten gehen die Autoren besonders auf die zukünftigen Entwicklungen im neuen Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ein.

Die Untersuchung zu der Belastung der deutschen Wirtschaft durch die amtlichen Statistiken – ein Nachdruck aus der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ – bildet den Abschluss dieses Heftes.

Potsdam, im April 2007

Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

4 ... aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

2006:

Über 460 000 Ausländer aus 184 Staaten leben in Berlin

Bildung

Schuljahr 2006/2007:

Über 75 000 Schülerinnen und Schüler an brandenburgischen beruflichen Schulen

Bildung

2006:

Zahl der Abschlussprüfungen an Hochschulen im Land Brandenburg erneut gestiegen

Preise

April 2007:

Verbraucherpreisindex in Berlin um 1,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat

Preise

April 2007:

Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg um 1,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat

Handel

März 2007:

Berliner Einzelhandel weiter im Plus

Gastgewerbe

I. Quartal 2007:

Berliner Gastgewerbe mit Umsatzplus

Produzierendes Gewerbe

März 2007:

Umsätze der Berliner Industrie knapp unter Vorjahresniveau

Bautätigkeit und

Wohnungswesen

I. Quartal 2007:

weniger Baugenehmigungen in Berlin

9 ... aus Deutschland

Bevölkerung

Prognose bis 2050:

Zunehmende Kluft in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den neuen und alten Ländern

Zensus

Neues Internetangebot informiert über den Zensus 2011 in Deutschland

Familien

2005:

Immer weniger Mütter mit Kleinkindern

Familien

2005:

Bei mehr als der Hälfte der Paare mit Kindern arbeiten beide Partner

Erwerbstätigenrechnung

I. Quartal 2007:

Beschleunigter Anstieg der Erwerbstätigkeit

13 ... aus Europa

Arbeitsmarkt

März 2007:

Arbeitslosenquote der Eurozone auf 7,2 Prozent gesunken

Handel

2006:

Europäische Union erzielte im Warenverkehr mit den USA einen Überschuss von mehr als 90 Milliarden EUR

Produzierendes Gewerbe

Februar 2007:

Industrieproduktion in der Eurozone um 0,4 Prozent gestiegen

Wirtschaftstrends im Überblick

16 Berlin Dezember 2006

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingangsindex eine steigende Tendenz, während bei der Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz vorlag. Der Umsatz war langfristig und verhalten im Steigen begriffen. Für das Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten ein fallender und beim Umsatz ein fast gleichbleibender bis leicht fallender Trend erkennbar. Beim Berliner Einzelhandel waren die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz steigend. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz eine zunehmende Tendenz, während die Beschäftigtenanzahlen eine abnehmende Tendenz aufwiesen. Sowohl bei der Anzahl der Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine gleichmäßig steigende Tendenz erkennbar. Die Inflationsrate lag bei +1,3 Prozent.

20 Brandenburg Dezember 2006

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 17,1 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz, die Beschäftigtenzahlen und der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe ist ein steigender Trend beim Umsatz und beim Auftragseingang erkennbar, der nun auch bei den Beschäftigten deutlich sichtbar wird. Der brandenburgische Einzelhandel und das Gastgewerbe zeigten bei den Beschäftigten und beim nominalen Umsatz eine leicht steigende Tendenz. Bei der Anzahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, ist eine langfristig und leicht steigende Tendenz – bei sehr starken saisonalen Schwankungen – erkennbar. Die Inflationsrate lag bei +1,7 Prozent.

Aufsätze

24 Wechselndes Wahlverhalten in Berlin und Brandenburg seit 1999

Wahlergebnisse werden in erster Linie durch die politischen Themen im Land und durch die Strategien der Parteien bestimmt. Nicht zuletzt spielen die zur Wahl stehenden Personen eine entscheidende Rolle für den Ausgang der Wahl. Ein Vergleich der Wahlergebnisse in den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg kann deshalb nur Hinweise auf die Stärke der Parteien in der Region geben.

27 Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg im Jahr 2006

Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg im Jahr 2006 nach den Ergebnissen der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen stehen im Mittelpunkt dieses Aufsatzes. Neben einer detaillierten Untersuchung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2006 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr wird die Entwicklung im Land Brandenburg den neuen Bundesländern gegenübergestellt.

30 Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Was haben wir erreicht und wie geht es weiter?

Die erste Förderphase des Projektes „Verbesserung des Zugangs der Wissenschaft zu statistischen Mikrodaten – Konkretisierung und Erprobung eines Forschungsdatennetzwerkes der Statistischen Landesämter“ – kurz: Forschungsdatenzentrum – geht dem Ende entgegen. Der vorliegende Beitrag gibt einerseits einen Rückblick auf das Erreichte und wagt andererseits einen Ausblick auf die Zukunft der regionalen Standorte Berlin und Potsdam des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter.

34 Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die geringfügig redaktionell überarbeitete erstmalig in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 11/2006 veröffentlichte Kurzfassung der Ergebnisse der DIW-Belastungsstudie. Das zusammengefasste Ergebnis lautet: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein kleiner Teil der Unternehmen, darunter besonders viele Kleinst- und Kleinunternehmen, hat aber umfangreiche und regelmäßige Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand zu erbringen.

Rubriken

49 Historisches Krankheiten 1903 und 2004

51 Veröffentlichungen Berlin Brandenburg

Umschlag-
seite **3**

4 Grafiken Zweitstimmenanteil der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Berlin und im Land Branden- burg am 18. September 2005

Ergebnisse der Wahl
zum 6. Europäischen Parlament
in Berlin und im Land Branden-
burg am 13. Juni 2004

4 Karte Durchschnittliche Verweildauer der Gäste in Tagen im Jahr 2005

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
1. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 444
Tel.: 030 9021 3434

Preis
Einzelhefte EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2007
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung 2006: Über 460 000 Ausländer aus 184 Staaten leben in Berlin

Die am 31. Dezember 2006 in Berlin mit Hauptwohnung gemeldeten 467 683 Ausländer kamen aus insgesamt 184 Staaten. Darunter sind 73,1 Prozent Europäer (341 853), 14,4 Prozent Asiaten (67 395), 5,2 Prozent Amerikaner (24 427), 3,8 Prozent Afrikaner (17 925) und 0,3 Prozent Australier (1 581). Der Anteil der Ausländer an allen melderechtlich registrierten Einwohnern Berlins hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 13,9 auf 14,0 Prozent erhöht.

Am 31. Dezember 2006 waren in Berlin 131 450 Bürger aus den bis zu diesem Tag 24 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) mit Hauptwohnung gemeldet. Das sind 7 138 (5,7 Prozent) mehr als vor einem Jahr. Damit kommen 28,1 Prozent der in Berlin gemeldeten Ausländer aus Staaten der Europäischen Union. Ein Drittel der Unionsbürger sind Polen (44 461 oder 33,8 Prozent). Zahlenmäßig stark vertreten sind außerdem Italiener (14 251), Franzosen (12 263), Griechen (10 109), Briten (9 559) und Österreicher (8 676).

Seit Januar 2007 gehören auch Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union. Ende Dezember 2006 waren 5 347 Bulgaren und 2 696 Rumänen in Berlin gemeldet.

Türkische Staatsangehörige sind mit 115 945 Personen (24,8 Prozent) am stärksten unter allen Ausländern vertreten, ihre Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr um 1 791 (-1,5 Prozent) weiter zurückgegangen. Den zweiten Platz nehmen die polnischen Staatsbürger ein, deren Zahl sich binnen Jahresfrist um 3 674 (+9,0 Prozent) auf 44 461 erhöht hat. Drittgrößte Gruppe bilden 24 095 Bürger aus Serbien, unter denen sich jedoch auch Bürger des ehemaligen Serbien und Montenegro sowie Bürger des ehemaligen Jugoslawien befinden, die sich noch bei Bestehen dieser Staaten in Berlin angemeldet haben und noch nicht den jeweiligen Nachfolgestaaten zugeordnet sind (Vergleich zum Vorjahr: -662).

¹ einschließlich ehemalige Tschechoslowakei (Personen, die sich noch bei Bestehen dieses Staates angemeldet haben und bisher keinem Nachfolgestaat zugeordnet sind)

Im Vergleich zum 31. Dezember 2005 sind – abgesehen von ausländischen Bürgern aus einigen Ländern der Europäischen Union – die höchsten Zuwachsraten für Bürger aus Mexiko (+13,5 Prozent) und Australien (+11,2 Prozent) festzustellen.

Die meisten in Berlin gemeldeten Amerikaner stammen nach wie vor aus den USA: 13 064 Personen, das sind 508 Personen bzw. 4,0 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Vietnamesen stellen mit 11 767 Personen in Berlin die größte Bevölkerungsgruppe aus Asien. Die Zahl der Vietnamesen stieg im Jahresvergleich um 469 (+4,2 Prozent). Der größte Teil der Afrikaner stammt aus Ghana (1 876). 1 260 Australier lebten 2006 in Berlin.

Melderechtlich registrierte Ausländer in Berlin am 31. Dezember 2006 nach Herkunftsländern der Europäischen Union

Staatsangehörigkeit (Herkunftsland)	Stichtag		Veränderung 2006 gegenüber 2005	
	31. 12. 2006	31. 12. 2005	absolut	%
Europäische Union	131 450	124 312	7 138	+ 5,7
Belgien	1 273	1 203	70	+ 5,8
Dänemark	2 214	1 986	228	+ 11,5
Estland	311	271	40	+ 14,8
Finnland	1 373	1 348	25	+ 1,9
Frankreich	12 263	11 517	746	+ 6,5
Griechenland	10 109	10 134	- 25	- 0,2
Großbritannien einschl. Nordirland ..	9 559	9 187	372	+ 4,0
Irland	1 771	1 697	74	+ 4,4
Italien	14 251	13 804	447	+ 3,2
Lettland	1 166	1 073	93	+ 8,7
Litauen	1 229	1 092	137	+ 12,5
Luxemburg	309	291	18	+ 6,2
Malta	29	25	4	+ 16,0
Niederlande	3 691	3 438	253	+ 7,4
Österreich	8 676	8 409	267	+ 3,2
Polen	44 461	40 787	3 674	+ 9,0
Portugal	3 052	3 174	- 122	- 3,8
Schweden	2 637	2 480	157	+ 6,3
Slowakei	707	630	77	+ 12,2
Slowenien	1 162	1 155	7	+ 0,6
Spanien	6 283	5 762	521	+ 9,0
Tschechische Republik ¹	2 246	2 169	77	+ 3,6
Ungarn	2 544	2 554	- 10	- 0,4
Zypern	134	126	8	+ 6,3
nachrichtlich				
Ausländer Berlin insg.	467 683	460 555	7 128	+ 1,5

Bildung
Schuljahr 2006/2007:
Über 75 000 Schülerinnen
und Schüler
an brandenburgischen
beruflichen Schulen

Im Schuljahr 2006/2007 besuchen 75 582 Schülerinnen und Schüler die beruflichen Schulen des Landes Brandenburg. Als berufliche Schule in öffentlicher Trägerschaft fasst das Oberstufenzentrum die Berufsschule, die Berufsfachschule, die Fachoberschule und die Fachschule zusammen. Die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft sind als eigenständige Fachschulen oder als berufliche Schulen in einem oder mehreren Bildungsgängen organisiert.

Die Geschlechterverteilung in den beruflichen Schulen zeigt seit fünf Jahren ein unverändertes Bild. So werden die Berufsschulen von deutlich mehr Männern besucht, während an den Fachschulen mehr Frauen studieren.

Im Bildungsgang der Berufsschule – Schulischer Teil der Berufsausbildung – liegt dieses Verhältnis bei 38 Prozent Frauen zu 62 Prozent Männer. Im Schuljahr 2006/2007 lernen 18 028 Frauen und 30 874 Männer einen Beruf nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung. Im Bildungsgang der Berufsschule – Berufsorientierung/-vorbereitung – liegt dieses Verhältnis bei 34 Prozent Frau-

en zu 66 Prozent Männer. Im aktuellen Schuljahr besuchen 1 643 Frauen und 3 242 Männer diesen Bildungsgang. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um berufsschulpflichtige Jugendliche mit einer Fördervereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit.

Auch im Bildungsgang der Berufsfachschule – Erwerb eines Berufsabschlusses nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung – liegt das Verhältnis ähnlich bei 39 zu 61 Prozent (2 393 Frauen und 3 803 Männer). Im Bildungsgang der Berufsfachschule – Sozialberufe nach Landesrecht – liegt der Anteil der weiblichen Teilnehmer mit 82 Prozent (2 142 Frauen und 458 Männer) unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre von 86 Prozent. In der Ausbildung zu einem Assistenten nach Landesrecht überwiegt der Anteil weiblicher Teilnehmer bei 55 Prozent (1 792 Frauen und 1 518 Männer).

In den Bildungsgängen der Fachschule studieren 74 Prozent Frauen und 26 Prozent Männer.

Nur in den Bildungsgängen der Fachoberschule sind die Geschlechter fast gleich verteilt. Dort lernen 2 075 Frauen und 2 048 Männer, um die Fachhochschulreife zu erwerben.

Bildungsgang	Schüler		von den Schülern insg. sind im ... Ausbildungsjahr			
	insgesamt	weiblich	1.	2.	3.	4.
Berufsschule	53 787	19 671	20 199	15 970	15 139	2 479
Schulischer Teil der dualen Berufsausbildung	48 902	18 028	15 314	15 970	15 139	2 479
Berufsorientierung/-vorbereitung	4 885	1 643	4 885	-	-	-
Berufsfachschule	13 706	7 519	6 131	4 983	2 136	456
Ausbildung nach BBiG oder HwO	6 196	2 393	1 815	1 977	1 948	456
Ausbildung nach BBiG ¹	953	940	525	294	134	-
Sozialberufe nach Landesrecht	2 600	2 142	1 391	1 209	-	-
Assistenten nach Landesrecht	3 310	1 792	1 753	1 503	54	-
Berufliche Grundbildung	647	252	647	-	-	-
Fachoberschule	4 123	2 075	2 736	1 387	-	-
ohne Vorliegen eines Berufsabschlusses	2 950	1 615	1 590	1 360	-	-
mit Vorliegen eines Berufsabschlusses	1 136	434	1 124	12	-	-
Zweijähriger Sonderlehrgang ²	37	26	22	15	-	-
Fachschule	3 966	2 924	1 511	1 345	1 081	29
Sozialwesen	3 610	2 854	1 358	1 187	1 065	-
Technik	293	36	115	141	8	29
Wirtschaft	63	34	38	17	8	-
Insgesamt	75 582	32 189	30 577	23 685	18 356	2 964

Schülerinnen und Schüler
an Beruflichen Schulen
im Land Brandenburg
im Schuljahr 2006/2007
nach Bildungsgängen
und Ausbildungsjahren

1 Erwerb eines Berufsabschlusses als Kosmetikerin oder Kosmetiker
 2 Sonderlehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife für Berechtigte nach dem Bundesvertriebenengesetz am Kolleg

Bildung
2006: Zahl der Abschluss-
prüfungen an Hochschulen
im Land Brandenburg
erneut gestiegen

Im Prüfungsjahr 2006 wurden vor den Prüfungsämtern der Hochschulen und den drei Landesprüfungsämtern 5 543 Abschlussprüfungen, das sind 743 mehr als im Jahr zuvor, bestanden. Damit erreichte die Zahl der Abschlussprüfungen im Land Brandenburg einen neuen Höchststand. 2 866 Prüfungen wurden von Frauen erfolgreich absolviert.

81,8 Prozent aller Prüfungen waren erste Hochschulabschlüsse. Die anderen Prüfungen wurden nach Zweit- oder weiterführenden Studien (Promotionen, Aufbau-, Ergänzungs- oder Erweiterungsstudien) bestanden.

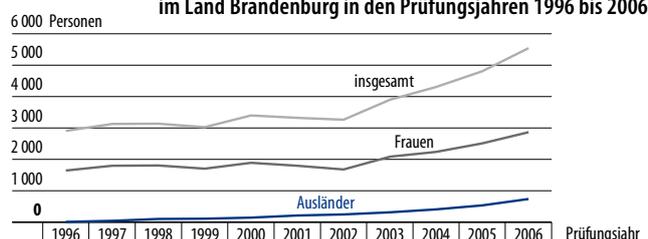
Mehr als die Hälfte aller Abschlussprüfungen (3 147) wurden nach Studien an Universitäten bestanden. In diese Gruppe gehören neben 1 084 Universitätsdiplomen auch 468 Bachelor- und 427 Masterabschlüsse an Universitäten und 282 Promotionen.

An den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) wurden 2 008 Abschlussprüfungen erfolgreich abgelegt; 1 658 Fachhochschuldiplome, 205 Bachelor- und 145 Masterprüfungen.

Die anderen Prüfungen entfallen auf die Verwaltungsfachhochschulen und die Kunsthochschulen.

Nach wie vor wurden die meisten Abschlussprüfungen in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bestanden (39 Prozent), 19 Prozent in einer Ingenieurwissenschaft und 18 Prozent in einem Fach der Sprach- und Kulturwissenschaften. Die anderen Prüfungen entfielen auf die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften; Kunst, Kunstwissenschaft; Agrar-, Forst und Ernährungswissenschaften; Sport und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften.

Hochschulabsolventen mit bestandener Abschlussprüfung im Land Brandenburg in den Prüfungsjahren 1996 bis 2006



Preise
April 2007:
Verbraucherpreisindex
in Berlin um
1,5 Prozent höher
als im Vorjahresmonat

Der Verbraucherpreisindex in Berlin stieg im April 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat April 2006 um 1,5 Prozent auf einen Indexstand von 110,0 (Basisjahr 2000 \pm 100). Im Vergleich zum Vormonat März 2007 war ein Anstieg um 0,4 Prozent zu verzeichnen.

Bei der kurzfristigen Entwicklung zum Vormonat März 2007 gab es die größten Veränderungen im Bereich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Hier wurde ein Anstieg um 1,8 Prozent registriert.

Hauptursache dafür waren deutliche Preiserhöhungen bei Gemüse und Obst. So wurden Tomaten um 30,1 Prozent, Paprika um 21,2 Prozent und Birnen um 12,3 Prozent teurer. Im Bereich Verkehr erhöhten sich die Kraftstoffpreise gegenüber März um 2,4 Prozent. Durch die Tarifierhöhung der BVG stiegen die Preise im öffentlichen Nahverkehr um 1,6 Prozent. Verbraucherfreundlich waren im Ostermonat die Preise für Pauschalreisen (-8,8 Prozent) und Flugreisen (-11,8 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es im April 2007 Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Getränken, Verkehrsdienstleistungen, Blumen sowie bei Campingartikeln.

Sinkende Preise wurden bei Damenoberbekleidung, Damen-, Herren- und Kinderschuhen sowie Fernseh- und Videotechnik ermittelt. Auch die Preise für Heizöl gingen gegenüber April 2006 um 11,1 Prozent zurück.

Verbraucherpreisindex in Berlin
im April 2007

Indexbezeichnung	Wägungsanteil	2006			2007		Veränderung gegenüber	
		April		März	April		April 2006	März 2007
	Promille	200 \pm 100			Prozent			
Gesamtindex.....	1 000	108,4	109,6	110	+ 1,5	+ 0,4		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	103,35	104,8	107,5	109,4	+ 4,4	+ 1,8		
Alkoholische Getränke, Tabakwaren.....	36,73	131,5	137,1	137,1	+ 4,3	-		
Bekleidung und Schuhe.....	55,09	84,6	82,5	82,5	- 2,5	-		
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe.....	302,66	114,1	115,1	115,4	+ 1,1	+ 0,3		
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung.....	68,54	100,3	100,4	100,5	+ 0,2	+ 0,1		
Gesundheitspflege.....	35,46	128,0	129,3	129,4	+ 1,1	+ 0,1		
Verkehr.....	138,65	116,0	116,5	118,4	+ 2,1	+ 1,6		
Nachrichtenübermittlung.....	25,21	92,1	91,6	91,8	- 0,3	+ 0,2		
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	110,85	93,9	95,7	94,1	+ 0,2	- 1,7		
Bildungswesen.....	6,66	131,7	132,7	132,7	+ 0,8	-		
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen..	46,57	104,6	106,4	106,4	+ 1,7	-		
Andere Waren und Dienstleistungen.....	70,23	107,7	109,9	109,9	+ 2,0	-		

Preise
April 2007:
Verbraucherpreisindex
für das Land Brandenburg
um 1,7 Prozent höher
als im Vorjahresmonat

Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg stieg von März 2007 bis April 2007 um 0,2 Prozent auf einen Indexstand von 112,8 (Basis 2000 \pm 100). Die Veränderung gegenüber April 2006 betrug +1,7 Prozent.

Kennzeichnend für die Entwicklung im April 2007 war der weitere Anstieg der Kraftstoff- und Heizölpreise. Kraftstoffe waren um 2,9 Prozent und Heizöl um 3,8 Prozent teurer als im Vormonat. Ohne die Einrechnung der Preise für Kraftstoffe und Heizöl hätte sich der Verbraucherpreisindex zum März 2007 nicht verändert. Preiszunahmen von über einem Prozent waren auch bei Nahrungsmitteln zu verzeichnen. Für Brot und Backwaren, Fleisch, Fleischwaren, Birnen, Weintrauben, Blumenkohl, Tomaten, Paprika und Kartoffeln mussten die Verbraucher mehr als im März bezahlen. Weiterhin wurden Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr im Land Brandenburg im April 2007 wirksam. Dämpfend auf die Preiserhöhungen wirkten Preissenkungen für Gas, Pauschalreisen sowie Miete für Ferienwohnungen.

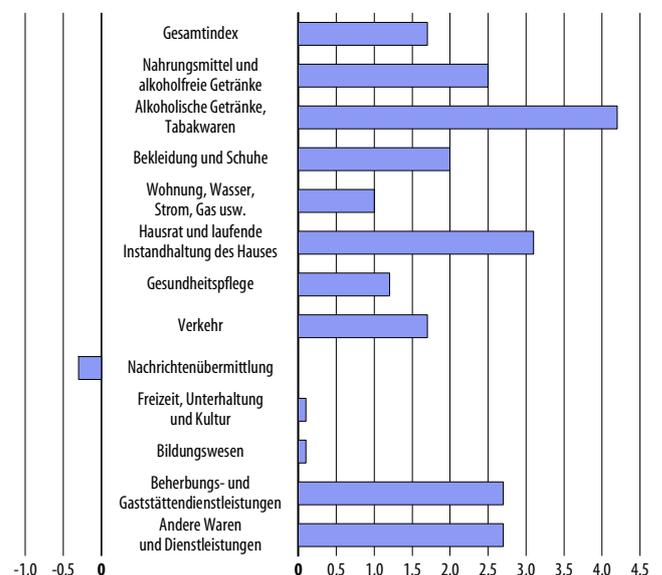
Die Höhe der Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat von +1,7 Prozent ist im Vergleich zum Stand März 2007 (+1,9 Prozent) leicht rückläufig. Mehr als im April des Vorjahres mussten die Verbraucher für Nahrungsmittel, Tabakwaren, Mieten, Wohnungsnebenkosten, Strom, Fernwärme, Bekleidung, Schuhe, Möbel, Fahrzeuge und Dienstleistungen bezahlen.

Trotz erhöhter Preise für Kraftstoffe und Heizöl gegenüber März 2007 waren diese im April 2007 preiswerter

als im April des Vorjahres. Dagegen lagen die Gaspreise, obwohl sie gegenüber März 2007 gesunken sind, im April 2007 weiterhin über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Verbraucherfreundlich blieb im Jahresvergleich die Preisentwicklung für Pauschalreisen, Heimelektronik, Haushaltsgroßgeräte, Post- und Kurierdienstleistungen sowie Telefone.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg
im April 2007 nach Abteilungen
 - Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum -



Handel
März 2007:
Berliner Einzelhandel
weiter im Plus

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im März 2007 nach vorläufigen Berechnungen nominal 3,6 Prozent mehr um als zwölf Monate zuvor. Real, also unter Ausschaltung der Preisentwicklung, stieg der Umsatz um 3,2 Prozent.

Deutliche nominale Umsatzsteigerungen konnte im bisherigen Jahresverlauf der Facheinzelhandel mit sonstigen Waren (+ 8,0 Prozent) erzielen, in dem zahlreiche Fachgeschäfte zusammengefasst sind, die z.B. Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schreibwaren, Bürobedarf, Geschenkartikel, Blumen, Schmuck, Computer, optische Erzeugnisse, Spielwaren, Fahrräder, Sport- und Campingartikel und Brennstoffe anbieten.

Dagegen ging der Handel außerhalb von Verkaufsräumen (-16,2 Prozent) zurück.

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel war im März 2007 um 2,8 Prozent höher als im Vorjahresmonat (Januar bis März 2007: +2,6 Prozent), dabei stieg sowohl die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (+ 1,0 Prozent) als auch die der Teilzeitbeschäftigten (+ 4,2 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im März 2007 nach Wirtschaftszweigen – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres					
	März 2007			Januar – März 2007		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
%						
Einzelhandel (ohne KFZ- Handel)						
in Verkaufsräumen	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,6
mit Waren verschiedener Art	+ 4,5	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,3
Facheinzelhandel mit Lebensmitteln	- 7,8	- 9,2	- 5,8	- 6,5	- 8,3	- 6,8
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	- 1,2	- 2,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,9	+ 0,3
Sonstiger Facheinzelhandel	+ 8,0	+ 8,6	+ 7,1	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,0
nicht in Verkaufsräumen	- 14,2	- 10,1	+ 9,3	- 16,2	- 12,3	+ 10,5

Gastgewerbe
I. Quartal 2007:
Berliner Gastgewerbe
mit Umsatzplus

Der Umsatz des Berliner Gastgewerbes stieg nach vorläufigen Berechnungen im ersten Quartal 2007 um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Real, also unter Ausschaltung von Preisveränderungen, wurde 0,5 Prozent weniger umgesetzt.

Im Beherbergungsgewerbe konnte in den ersten drei Monaten des Jahres 2007 ein Umsatzplus von nominal 6,2 Prozent und bei den Kantinen und Cateringunternehmen von 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. In dem größten Bereich, dem Gaststättengewerbe, war dagegen ein Umsatzrückgang um 3,2 Prozent zu verzeichnen.

Die Zahl der Beschäftigten ging im Berliner Gastgewerbe im ersten Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zurück (-0,1 Prozent). Dabei wurden Vollzeitstellen (-3,3 Prozent) abgebaut, während die Zahl der Teilzeitstellen um 3,0 Prozent zunahm.

Im Monat März 2007 stieg der Umsatz nominal um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, wobei in allen drei Bereichen ein Umsatzplus zu verzeichnen war.

Gleichzeitig setzte sich der Beschäftigtenabbau bei den Vollzeitstellen (-3,6 Prozent) weiter fort, während sich die Zahl der Teilzeitstellen um 4,0 erhöhte.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Gastgewerbes im März 2007 nach Wirtschaftszweigen – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres					
	März 2007			Januar – März 2007		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
%						
Beherbergungsgewerbe.....	+ 0,1	+ 5,2	+ 1,7	+ 6,2	+ 3,4	+ 3,2
Gaststättengewerbe.....	+ 0,4	- 2,3	- 2,1	- 3,2	- 5,6	- 3,7
Kantinen und Caterer.....	+ 8,9	+ 6,2	+ 7,3	+ 8,7	+ 6,1	+ 9,0
Insgesamt	+ 4,8	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,1	- 0,5	- 0,1

Produzierendes Gewerbe
März 2007:
Umsätze der Berliner
Industrie knapp unter
Vorjahresniveau

Im März 2007 erzielten die 357 Berliner Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte einen Umsatz von 2,6 Milliarden EUR und damit 0,5 Prozent weniger als im gleichen Vorjahresmonat.

Während die Auslandsumsätze um 0,3 Prozent auf 0,9 Milliarden EUR zunahmen, verfehlten die Inlandsumsätze erneut das entsprechende Vorjahresergebnis. 1,7 Milliarden EUR und damit 0,9 Prozent weniger wurden im Inland umgesetzt.

Im Branchenvergleich wird deutlich, dass im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung erhebliche Umsatzverluste (5,6 Prozent) eintraten, die sich aufgrund des hohen Marktanteils auf das Berliner Gesamtergebnis auswirkten.

Positiv verlief weiterhin die Entwicklung beim Maschinenbau (+16,6 Prozent) und der chemischen Industrie (+4,3 Prozent).

Im I. Quartal 2007 wurde ein Umsatz von 7,1 Milliarden EUR erreicht; 0,8 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Auslandsumsätze um 2,4 Prozent auf 2,4 Milliarden EUR zunahmen, verringerten sich die Inlandsumsätze um 2,3 Prozent auf 4,7 Milliarden EUR.

Die Beschäftigung hat sich gegenüber dem Vormonat um 177 Personen auf 84 463 Ende März 2007 erhöht. Im Vergleich zum März 2006 wurden 935 Arbeitsplätze oder 1,1 Prozent abgebaut. Die Abnahmerate hat sich damit weiter verringert.

Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe
Berlins im I. Quartal 2007

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl			in Mill. EUR		
Januar.....	84 572	2 186,3	740,3	- 1,8	- 2,7	- 0,9
Februar.....	84 286	2 234,2	765,7	- 1,9	+ 0,9	+ 8,4
März.....	84 463	2 632,1	897,8	- 1,1	- 0,5	+ 0,3
I. Quartal.....	84 440	7 052,6	2 403,8	- 1,6	- 0,8	+ 2,4

Bautätigkeit und
Wohnungswesen

I. Quartal 2007:
weniger Baugenehmigungen
in Berlin

Die Berliner Bauaufsichtsbehörden haben in den ersten drei Monaten des Jahres 2007 insgesamt 669 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt (Vorjahreszeitraum: 1 006).

Von den geplanten 1 171 Wohnungen werden 927 Wohnungen neu gebaut; durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z.B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 244 Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die meisten Baugenehmigungen für Wohneinheiten sind in den Bezirken Pankow, Mitte und Steglitz-Zehlendorf erteilt worden.

Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen liegt mit - 8,0 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. 424 Wohnungen werden als Einheiten in Ein- und Zwei-Familienhäusern, 487 Wohnungen in Geschossbauten geplant.

Von Januar bis März 2007 wurden 43 Genehmigungen (Vorjahreszeitraum: 44) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 66 700 m² erteilt.

Die veranschlagten Kosten aller im ersten Vierteljahr 2007 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 240 Millionen EUR.

Baugenehmigungen in Berlin
von Januar bis März 2007 nach Stadtbezirken

Stadtbezirk	Insgesamt	darunter für Wohnungen ¹	
		insgesamt	darunter Neubau
Mitte.....	38	286	201
Friedrichshain-Kreuzberg.....	13	12	-
Pankow.....	149	368	268
Charlottenburg-Wilmersdorf..	19	24	5
Spandau.....	76	63	66
Steglitz-Zehlendorf.....	68	161	158
Tempelhof-Schöneberg.....	15	-24	6
Neukölln.....	20	7	8
Treptow-Köpenick.....	68	60	57
Marzahn-Hellersdorf.....	93	87	84
Lichtenberg.....	61	98	47
Reinickendorf.....	49	29	27
Berlin	669	1 171	927

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z.B. durch Zusammenlegungen, führen.

aus Deutschland

Bevölkerung Prognose bis 2050: Zunehmende Kluft in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den neuen und alten Ländern

Ergänzend zu den Bundesergebnissen der zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder koordinierten 11. Bevölkerungsvorausberechnung vom November 2006 liegen nun entsprechende Daten nach Ländern vor: Die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den alten und den neuen Ländern werden sich danach weiter vergrößern. Während in den alten Ländern im Zeitraum von 2006 bis 2050 ein Bevölkerungsrückgang von 14 Prozent zu erwarten ist, wird die Bevölkerung der neuen Länder um 31 Prozent sinken.

Künftig wird der Osten Deutschlands der Vorausberechnung nach viel stärker von der fortschreitenden Alterung tangiert sein als der Westen. Dies wirkt sich nicht nur in der schnell ansteigenden Zahl der Älteren aus, sondern auch im Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials. Heute liegt der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (von 20 bis unter 65 Jahren) an der Gesamtbevölkerung in den neuen Ländern mit 62 Prozent noch höher als in den alten (60 Prozent). Das Erwerbspersonenpotenzial wird jedoch in den neuen Ländern schneller schrumpfen als im Westen Deutschlands und im Jahr 2050 bei 47 Prozent liegen. Im Jahr 2050 werden in den alten Ländern 52 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sein.

Der so genannte Altenquotient – er zeigt wie viele Senioren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis unter 65 Jahren) entfallen – wird in den neuen Ländern schneller ansteigen als in den alten. Er wird sich von heute etwa 35 bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln und dann 80 betragen. Der Westen Deutschlands weist bereits zurzeit einen etwas niedrigeren Altenquotienten von etwa 32 auf. Dieser wird etwas langsamer als im Osten Deutschlands ansteigen und im Jahr 2050 bei 62 liegen.

Die Bevölkerung in den Stadtstaaten wird nicht so schnell schrumpfen wie im übrigen Bundesgebiet und im Jahr 2050 noch 90 Prozent des aktuellen Niveaus betragen (2006: 5,8 Millionen Personen, 2050: 5,2 Millionen Personen). Der Altenquotient wird sich jedoch auch in diesen drei Bundesländern von heute etwa 29 auf 60 Seniorinnen und Senioren je 100 Personen im Erwerbsalter im Jahr 2050 verdoppeln.

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf eine der beiden Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die jetzt auch für die Bundesländer vorliegen. Diese geht von einem Außenwanderungssaldo – das ist die Differenz zwischen den Zuzügen nach und den Fortzügen aus Deutschland – von 100 000 Personen jährlich aus. Der gesamtdeutsche Wanderungssaldo wird auf die Länder entsprechend ihrem durchschnittlichen Wanderungsanteil der letzten Jahre aufgeteilt.

Die Binnenwanderungsentwicklung wurde bis zum Jahr 2020 modelliert: Hierbei wird unterstellt, dass der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder von 49 000 Personen im Jahr 2005 auf 8 000 Personen im Jahr 2020 zurückgehen wird. Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zur Lebenserwartung entsprechen den Annahmen für Deutschland, wobei länderspezifische Unterschiede erhalten bleiben. Bei der Geburtenentwicklung wird für die alten Länder von einer annähernden Konstanz der zusammengefassten Geburtenziffer bei 1,4 Kindern je Frau ausgegangen. In den neuen Ländern wird eine weitere Annäherung an das westdeutsche Geburtenniveau und an das höhere Alter der Mütter bei Geburt unterstellt. Zur Lebenserwartung bei Geburt wird für Deutschland insgesamt eine Zunahme um etwa sieben Jahre bis 2050 angenommen. Die alten Länder folgen diesem gesamtdeutschen Trend unmittelbar. In den neuen Ländern, in denen die durchschnittliche Lebenserwartung zurzeit noch etwas geringer ist als in den alten Ländern, nimmt die Lebenserwartung anfangs schneller zu und folgt dann ebenfalls dem gesamtdeutschen Trend.

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
2010 bis 2050 nach Regionen

Jahr	Westliche Flächenländer	Neue Länder	Stadtstaaten
Bevölkerung in Millionen			
2010.....	63,2	12,9	5,8
2020.....	62,3	12,0	5,8
2030.....	60,5	11,0	5,7
2040.....	57,9	10,1	5,5
2050.....	54,4	9,1	5,2
Bevölkerung im Erwerbsalter in Millionen			
2010.....	38,3	8,0	3,7
2020.....	37,5	6,8	3,6
2030.....	33,4	5,7	3,3
2040.....	30,3	5,1	3,0
2050.....	28,4	4,3	2,8
Altenquotient			
2010.....	33,0	37,7	30,4
2020.....	37,3	48,9	33,7
2030.....	50,4	67,1	44,3
2040.....	60,4	73,4	51,9
2050.....	62,4	80,2	60,2

Die zweite Variante der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Länder unterscheidet sich von der ersten nur durch die Annahme eines höheren Außenwanderungssaldos von 200 000 Personen jährlich. Zusammen markieren die beiden Varianten die Grenzen eines Korridors, in dem sich – bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung – die Veränderungen vollziehen dürften.

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Neues Internetangebot informiert über den Zensus 2011 in Deutschland

Zensus Im Jahr 2011 wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Zensus durchgeführt. Für Deutschland wird dieser Zensus die erste bundesweite Volks- und Wohnungszählung seit der Wiedervereinigung sein. Volkszählungen fanden hierzulande zuletzt 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der ehemaligen DDR statt. Mit dem Zensus 2011 werden aber nicht nur seit längerer Zeit wieder die wichtigen Eckzahlen zur Bevölkerung und deren Arbeits- und Wohnverhältnisse ermittelt, sondern die Erhebung wird außerdem erstmals in Deutschland mit einem registergestützten Verfahren durchgeführt. Wie der registergestützte Zensus im Einzelnen abläuft, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner Angaben zu leisten haben werden oder warum der Zensus nicht nur für die amtliche Statistik von zentraler Bedeutung ist, erläutert das neue Internetangebot zum Zensus 2011 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Auf der Startseite des neuen Internetangebotes erfahren Interessierte in Kürze das Wichtigste zum Zensus. Hier wird auch darüber ein Überblick gegeben, welche Themen rund um den Zensus auf den weiteren Seiten erläutert werden:

Notwendigkeit: Der Text beschreibt, warum es nicht ausreicht, die Ergebnisse früherer Volkszählungen fortzuschreiben, sondern von Zeit zu Zeit ein Zensus als neue Basis nötig ist.

Nutzen: Hier wird vorgestellt, welchen Nutzen die Ergebnisse für politische und raumplanerische Entscheidungen, für die Gesellschaft und damit mittelbar letztlich jeden Einzelnen haben.

Methode und Verfahren: Mit diesem Themengebiet beschäftigen sich mehrere Texte. Ein einführender Beitrag stellt knapp und allgemein verständlich Methode

und Aufbau des registergestützten Zensus dar. Wer sich darüber hinaus in die Teilgebiete vertiefend einlesen will, findet unter anderem erläuternde Texte über die Auswertung der Melderegister, die ergänzende Stichprobe bis zur Haushaltegenerierung, in der alle Daten zusammengeführt werden.

Datenschutz und Recht: Der Text erklärt, wie der Datenschutz und das Statistikgeheimnis bei der Erhebung sichergestellt werden.

Bisherige Zensen in Deutschland und Zensen im Ausland stellen zwei weitere Texte vor.

Veröffentlichungen: Für das interessierte Fachpublikum bietet das Internetangebot außerdem Aufsätze der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum Zensus.

Mit seinem mehrstufigen Aufbau richtet sich das Internetangebot sowohl an die interessierte Öffentlichkeit, die sich etwa erstmals mit dem Thema befasst, als auch an ein mit dem Thema vertrautes Fachpublikum.

Das informative Internetangebot zum Zensus ist für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von der Projektgruppe „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Zensus“ erstellt worden. In dieser arbeiten das Statistische Bundesamt und sechs Statistische Landesämter (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) zusammen, um für die gesamte amtliche Statistik eine gemeinsame und abgestimmte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Zensus zu erreichen. Aufgabe der Projektgruppe wird es auch in Zukunft sein, dass Internetangebot zum Zensus immer wieder auf den neuesten Stand zu bringen, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Das Angebot ist unter: www.zensus2011.de zu finden. Das Schalten von Links auf die Internetseite ist gestattet und ausdrücklich erwünscht.

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Immer weniger Mütter mit Kleinkindern

Familien 2005: Im Jahr 2005 zogen in Deutschland rund 1,9 Millionen 15- bis 64-jährige Mütter Kleinkinder von unter drei Jahren im Haushalt groß. Das sind rund 154 000 Mütter weniger als im April 1996. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten Haushaltsbefragung in Europa. Zu den Kindern zählen dabei – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen weiter, dass die Zahl der Mütter mit Kleinkindern im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) im Vergleich zu 1996 um 225 000 auf 1,5 Millionen in 2005 sank während sie in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) um 71 000 auf rund 346 000 im Jahr 2005 anstieg.

Von den deutschlandweit rund 1,9 Millionen Müttern mit Kleinkindern betreute 2005 fast die Hälfte (48 Prozent) ein Kind im Haushalt. 36 Prozent der Mütter mit Kleinkindern versorgten zwei Kinder im Haushalt, von denen mindestens eines unter drei Jahre alt war. Bei 16 Prozent der entsprechenden Mütter lebten insgesamt drei und mehr Kinder im Haushalt.

Rund drei Viertel (76 Prozent) der Mütter mit Kleinkindern waren Ehefrauen, 13 Prozent lebten ohne Trauschein mit ihrem Lebenspartner im Haushalt zusammen. 11 Prozent waren allein erziehende Mütter.

Mütter im erwerbsfähigen Alter¹ mit jüngstem Kind unter 3 Jahren in Deutschland 1996 und 2005 nach der Zahl der Kinder²

Jahr	Insgesamt	Mit 1 Kind	Mit 2 Kindern	Mit 3 und mehr Kindern	1 000			
					Deutschland			
1996	2 024	911	754	360	Deutschland			
2005	1 870	897	676	296	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)			
1996	1 749	782	654	313	Neue Länder (einschließlich Berlin)			
2005	1 524	711	563	250	Neue Länder (einschließlich Berlin)			
1996	275	128	100	47	Neue Länder (einschließlich Berlin)			
2005	346	186	114	46	Neue Länder (einschließlich Berlin)			

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

1 Erwerbsfähiges Alter: 15 bis 64 Jahre.
2 Im Haushalt lebende ledige Kinder.

Familien
2005:
Bei mehr als der Hälfte
der Paare mit Kindern
arbeiten beide Partner

Im Jahr 2005 arbeiteten von den Paaren mit Kindern in Deutschland bei mehr als der Hälfte beide Partner. Bei 51 Prozent der Ehepaare mit Kindern übten Mutter und Vater eine Erwerbstätigkeit aus. Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren es mit 54 Prozent noch etwas mehr.

Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. Betrachtet wurden 5,5 Millionen Ehepaare und 605 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften, bei denen beide Partner im erwerbsfähigen Alter sind und mindestens ein Kind unter 15 Jahren lebt. Zu den Kindern zählen dabei – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen weiter, dass bei 37 Prozent der Ehepaare ausschließlich der Vater erwerbstätig war. Bei 7 Prozent der Ehepaare übte keiner der Partner eine Erwerbstätigkeit aus (einschließlich vorübergehend Beurlaubte) und bei 5 Prozent war ausschließlich die Mutter erwerbstätig. Deutlich niedriger als bei Ehepaaren lag bei Lebensgemeinschaften mit 26

Prozent der Anteil der Paare, bei denen ausschließlich der Vater Erwerbstätiger war. Gleichzeitig war der Anteil der Paare, bei denen keiner der Partner eine Erwerbstätigkeit ausübte, bei Lebensgemeinschaften mit 13 Prozent nahezu doppelt so hoch wie bei Ehepaaren. Bei 7 Prozent der Lebensgemeinschaften ging ausschließlich die Mutter einer Erwerbstätigkeit nach.

Der Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung von Ehepaaren und Lebensgemeinschaften mit Kindern und mit zwei erwerbstätigen Partnern unterscheidet sich deutlich. Bei 73 Prozent der betrachteten Ehepaare stufte sich der Vater bei der Befragung als vollzeit- und die Mutter als teilzeiterwerbstätig ein. Auch die Paare, die in Lebensgemeinschaft lebten, gingen mit 53 Prozent dieser Arbeitszeitkombination nach. Bei 23 Prozent der Ehepaare übten beide Elternteile eine Vollzeittätigkeit aus, bei den Lebensgemeinschaften betrug dieser Anteil mit 41 Prozent fast das Doppelte. Andere mögliche Arbeitszeitaufteilungen spielten im Jahr 2005 eine eher untergeordnete Rolle.

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern in Deutschland 2005¹ nach der Erwerbsbeteiligung der Partner

Erwerbsbeteiligung des Vaters	Ins- gesamt	Erwerbsbeteiligung der Mutter					Nicht- erwerbs- tätige
		Erwerbstätige					
		zu- sammen	aktiv Erwerbstätige			vorüber- gehend Be- urlaubte ³	
			zu- sammen	Vollzeit- tätige ²	Teilzeit- tätige ²		
1 000							
Ehepaare							
Zusammen	5 509	3 193	3 069	801	2 268	125	2 316
Erwerbstätige	4 934	2 964	2 846	699	2 147	118	1 970
aktiv Erwerbstätige.....	4 865	2 923	2 824	694	2 130	99	1 942
Vollzeittätige ²	4 685	2 817	2 721	648	2 073	96	1 868
Teilzeittätige ²	180	106	103	46	57	/	74
vorübergehend Beurlaubte ³	69	41	22	/	17	19	28
Nichterwerbstätige	575	230	223	102	121	7	346
nichteheliche Lebensgemeinschaften							
Zusammen	605	390	372	162	209	19	215
Erwerbstätige	493	349	332	144	188	16	144
aktiv Erwerbstätige.....	486	344	330	143	187	15	141
Vollzeittätige ²	451	322	308	134	174	14	128
Teilzeittätige ²	35	22	22	9	13	/	13
vorübergehend Beurlaubte ³	7	/	/	/	/	/	/
Nichterwerbstätige	112	42	39	18	21	/	70

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformenkonzept am Hauptwohnsitz. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Ehepaare beziehungsweise nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit beiden Partnern im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren und mit im Haushalt lebendem jüngstem Kind unter 15 Jahren, auch Stief-, Pflege- und Adoptivkind

2 Selbsteinstufung der Befragten.

3 Zum Beispiel wegen Mutterschutz, Elternzeit

Erwerbstätigenrechnung

I. Quartal 2007: Beschleunigter Anstieg der Erwerbstätigkeit

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten im ersten Quartal 2007 rund 39,0 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Damit erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 569 000 Personen oder 1,5 Prozent, nach Zuwächsen von jeweils 1 Prozent im dritten und vierten Quartal 2006. Getragen von der guten Konjunktur und zusätzlich begünstigt durch die milde Witterung kam es im ersten Quartal 2007 zum beschleunigten Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich.

Im Vergleich zum Vorquartal ging die Erwerbstätigkeit – wie im ersten Quartal eines Jahres üblich – saisonal bedingt zurück. Der Rückgang im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum vierten Quartal 2006 fiel mit 662 000 Personen oder 1,7 Prozent jedoch deutlich schwächer aus als in den Jahren zuvor (Durchschnitt der ersten Quartale der vergangenen drei Jahre: – 790 000 Personen). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, wuchs die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2007 gegenüber dem Vorquartal um 175 000 Personen oder 0,4 Prozent.

Der Personalaufbau erstreckte sich über weite Teile der Wirtschaft. Dabei waren die größten Zuwächse weiterhin in den Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen. Dort stieg die Erwerbstätigkeit insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 464 000 Personen oder 1,7 Prozent. Im Baugewerbe hatte sich der Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2007 gegenüber dem ersten Quartal 2006 mit einem Zuwachs um 67 000 Personen oder 3,3 Prozent weiter verstärkt (im vierten Quartal 2006: +23 000 Personen oder + 1,0 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) kam es im ersten Quartal 2007 mit einem Anstieg um 35 000 Personen oder 0,5 Prozent erstmals seit dem Jahr 2001 wieder zu Beschäftigungsgewinnen im Vorjahresvergleich. Das Ergebnis in der Land- und Forstwirtschaft lag mit einem Plus von 3 000 Personen oder 0,4 Prozent leicht über dem entsprechenden Quartal des Vorjahres.

Die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahr um 515 000 Personen oder 1,5 Prozent auf rund 34,6 Millionen Personen. Bemerkenswert ist, dass dieser Anstieg vom Aufbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen wurde. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger wuchs im ersten Quartal 2007 um 54 000 Personen oder 1,2 Prozent auf rund 4,4 Millionen Erwerbstätige an.

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im ersten Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,3 Prozent auf 370 Stunden gestiegen, obwohl rund ein halber Arbeitstag weniger als im Vorjahresquartal zur Verfügung stand. Zu diesem Anstieg hat die zunehmend positive Entwicklung der Vollzeitbeschäftigung beigetragen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also das Produkt aus Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je Erwerbstätigen – hat sich um 1,8 Prozent auf 14,42 Milliarden Stunden erhöht.

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland sowie geleistete Arbeitsstunden¹ 2004 bis 2006

Jahr/Vierteljahr	Erwerbstätige insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungsbereiche ²	Geleistete Arbeitsstunden ³	
						je Erwerbstätigen	der Erwerbstätigen
1 000 Personen						h	Mill. h
2004.....	38 875	873	8 019	2 254	27 729	1 441,5	56 038
2005.....	38 823	850	7 883	2 165	27 925	1 437,4	55 804
2006.....	39 090	846	7 805	2 157	28 282	1 436,0	56 133
2005..... 1. Vj.....	38 398	792	7 897	2 077	27 632	364,1	13 981
2. Vj.....	38 696	868	7 867	2 154	27 807	344,8	13 342
3. Vj.....	38 928	887	7 868	2 214	27 959	365,1	14 213
4. Vj.....	39 264	855	7 900	2 214	28 295	363,4	14 269
2006..... 1. Vj.....	38 428	782	7 757	2 027	27 862	368,6	14 165
2. Vj.....	38 971	867	7 771	2 143	28 190	340,7	13 277
3. Vj.....	39 308	885	7 818	2 222	28 383	363,7	14 296
4. Vj.....	39 659	851	7 876	2 237	28 695	362,9	14 392
2007..... 1. Vj.....	38 997	785	7 792	2 094	28 326	369,8	14 421

¹ Für Erwerbstätige: Jahres- beziehungsweise Quartalsdurchschnitte.
² Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, öffentliche und private Dienstleister.

³ Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

aus Europa

Arbeitsmarkt
März 2007:
Arbeitslosenquote der
Eurozone auf 7,2 Prozent
gesunken

In der Eurozone lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im März 2007 bei 7,2 Prozent, gegenüber 7,3 Prozent im Februar. Im März 2006 hatte sie bei 8,2 Prozent gelegen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im März 2007 bei 7,3 Prozent, unverändert gegenüber Februar. Im März 2006 hatte sie 8,2 Prozent betragen.

Die niedrigsten Quoten verzeichneten im März 2007 Dänemark und die Niederlande (je 3,4 Prozent) sowie Irland (3,9 Prozent). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten Polen (11,4 Prozent) und die Slowakei (10,8 Prozent).

Dreiundzwanzig der Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote und vier einen Anstieg. Der stärkste relative Rückgang wurde in Slowenien (von 6,4 Prozent auf 4,6 Prozent), Polen (von 15,0 Prozent auf 11,4 Prozent) und der Slowakei (von 14,2 Prozent auf 10,8 Prozent) beobachtet. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten Rumänien (von 6,9 Prozent auf 7,8 Prozent) und Ungarn (von 7,3 Prozent auf 8,1 Prozent).

Vergleicht man den März 2006 mit dem März 2007, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,0 Prozent auf 6,0 Prozent und in der EU27 von 7,4 Prozent auf 6,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 9,6 Prozent auf 8,7 Prozent und in der EU27 von 9,1 Prozent auf 8,3 Prozent.

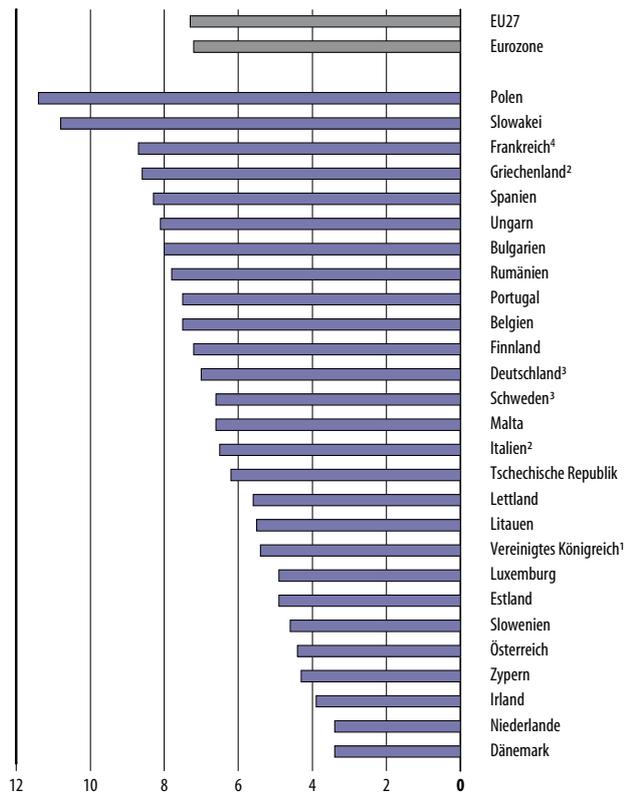
Die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen lag im März 2007 in der Eurozone bei 16,1 Prozent und in der EU27 bei 16,6 Prozent. Im März 2006 hatte sie 17,3 Prozent bzw. 18,0 Prozent betragen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen verzeichneten die Niederlande (6,5 Prozent), Dänemark (6,6 Prozent) und Irland (7,0 Prozent), die höchsten Griechenland (25,5 Prozent im vierten Quartal 2006), Polen (24,4 Prozent) und Rumänien (23,4 Prozent).

Quelle: Eurostat

Eurostat schätzt, dass im März 2007 in der EU27 insgesamt 17,0 Millionen Männer und Frauen, davon in der Eurozone 10,8 Millionen, arbeitslos waren. Im März 2006 waren in der EU27 insgesamt 19,0 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon in der Eurozone 12,1 Millionen.

In den USA lag die Arbeitslosenquote im März 2007 bei 4,4 Prozent, in Japan bei 4,0 Prozent.

Arbeitslosenquote in den Ländern der Europäischen Union im März 2007



1 Angaben von Januar 2007
 2 Angaben 4. Quartal 2006
 3 Vorläufige Angaben
 4 geschätzt auf Basis vorläufiger Daten

Handel
2006:
Europäische Union
erzielte im Warenverkehr
mit den USA
einen Überschuss von
mehr als 90 Milliarden EUR

Im Jahr 2006 exportierte die EU27 in die USA Waren im Gesamtwert von 269 Milliarden EUR, während sich die Wareneinfuhren der EU27 aus den USA auf 178 Milliarden EUR beliefen. Was die Entwicklung des Handels zwischen der EU27 und den USA in den letzten Jahren betrifft, fällt vor allem der kontinuierliche Anstieg des Handelsbilanzüberschusses der EU27 auf; er erhöhte sich zwischen 2000 und 2006 von 32 Milliarden EUR auf 91 Milliarden EUR. Die Hauptursache für diesen gestiegenen Überschuss ist ein Anstieg der Ausfuhren nach den USA (von 238 Milliarden EUR im Jahr 2000 auf 269 Milliarden EUR im Jahr 2006) und ein Rückgang der Einfuhren aus den USA (von 206 Milliarden EUR auf 178 Milliarden EUR). Der Anteil der Ausfuhren der EU27 nach den USA an den Gesamteinfuhren der EU27 verringerte sich zwischen 2000 und 2006 von 28 Prozent auf 23 Prozent; der entsprechende Anteil der Einfuhren nahm im gleichen Zeitraum von 21 Prozent auf 13 Prozent ab. Bei fast 42 Prozent der Ausfuhren der EU27 in die USA und knapp 45 Prozent der entsprechenden Einfuhren handelte es sich 2006 um Maschinen und Fahrzeuge.

Mit einem Anteil von 28 Prozent (76 Milliarden EUR) an den gesamten Ausfuhren der EU27 in die USA war Deutschland 2006 unter den EU-Mitgliedstaaten der bedeutendste Exporteur; auf Platz zwei lag das Vereinigte Königreich (46 Milliarden EUR oder 17 Prozent). Die bedeutendsten Importeure waren ebenfalls das Vereinigte Königreich (39 Milliarden EUR oder 22 Prozent) und Deutschland (37 Milliarden EUR oder 21 Prozent). Die meisten Mitgliedstaaten erzielten im Warenverkehr mit den USA 2006 einen Überschuss; die größten Überschüsse verzeichneten Deutschland (+40 Milliarden EUR), Italien (+14 Milliarden EUR) und Irland (+10 Milliarden EUR).

Auf die USA entfiel ein Drittel des Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU25 und Drittländern Im Jahr 2005 exportierte die EU25 in die USA Dienstleistungen im Gesamtwert von 123 Milliarden EUR, während

sich die Dienstleistungseinfuhren der EU25 aus den USA auf 116 Milliarden EUR beliefen. Die Bilanz des Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU25 und den USA schloss somit mit einem Überschuss der EU25 von 7 Milliarden EUR ab. Dieser Überschuss war in erster Linie auf Transportdienstleistungen (+11 Milliarden EUR) sowie auf Finanzdienstleistungen (+5 Milliarden EUR) und Reiseverkehrsdienstleistungen (+4 Milliarden EUR) zurückzuführen; das höchste Defizit (-11 Milliarden EUR) war dagegen bei Patenten und Lizenzen zu verzeichnen. Auf die USA entfiel ein Drittel des Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU25 und Drittländern. Wie im Warenverkehr so waren auch im Dienstleistungsverkehr

Warenverkehr zwischen der Europäischen Union¹ und den USA
2000 bis 2006

Jahr	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo
	Mill. EUR				
2000	238 203	206 280	206 280	238 203	31 923
2001	245 594	203 298	203 298	245 594	42 296
2002	247 934	182 621	182 621	247 934	65 313
2003	227 281	158 125	158 125	227 281	69 157
2004	235 498	159 371	159 371	235 498	76 128
2005	252 852	163 802	163 802	252 852	89 050
2006	268 905	177 711	177 711	268 905	91 195

1 27 Mitgliedstaaten

das Vereinigte Königreich (34 Milliarden EUR oder 27 Prozent der gesamten Ausfuhren und 22 Milliarden EUR oder 19 Prozent der gesamten Einfuhren im Jahr 2005) und Deutschland (19 Milliarden EUR oder 19 Prozent bzw. 19 Milliarden EUR oder 16 Prozent) die Haupthandelspartner der USA. Die höchsten Überschüsse verzeichneten das Vereinigte Königreich (+12 Milliarden EUR), Griechenland (+5 Milliarden EUR) und Frankreich (+4 Milliarden EUR), während die größten Defizite auf Irland (-15 Milliarden EUR) und die Niederlande (-1 Milliarden EUR) entfielen.

Quelle: Eurostat

Warenverkehr zwischen der Europäischen Union¹ und den USA
2000 und 2006 nach Produkten

Produkt	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
	Mill. EUR					
Grundstoffe	22 635	32 748	16 491	17 482	6 144	15 267
Nahrungsmittel	9 229	11 323	6 143	5 472	3 086	5 851
Rohstoffe	2 342	3 632	8 105	7 793	- 5 763	- 4 161
Energie	11 064	17 793	2 243	4 216	8 821	13 577
Industrieerzeugnisse	211 392	229 221	183 653	150 362	27 739	78 859
Chemische Erzeugnisse	35 279	54 921	26 609	34 626	8 670	20 295
Maschinen und Fahrzeuge	115 311	112 934	116 391	79 288	- 1 080	33 646
Andere Erzeugnisse	60 802	61 366	40 654	36 449	20 148	24 918
Sonstige	4 176	6 936	6 136	9 867	-1 960	- 2 931
Insgesamt	238 203	268 905	206 280	177 711	31 923	91 195

1 27 Mitgliedstaaten

Produzierendes Gewerbe
Februar 2007:
Industrieproduktion
in der Eurozone
um 0,4 Prozent gestiegen

Laut Schätzungen ist die saisonbereinigte Industrieproduktion im März 2007 in der Eurozone gegenüber Februar 2007 um 0,4 Prozent gestiegen. Im Februar war die Produktion um 0,5 Prozent gestiegen und im Januar um 0,6 Prozent zurückgegangen. In der EU27 stieg die Produktion im März 2007

um 0,5 Prozent, nach einem Anstieg um 0,4 Prozent im Februar und einem Rückgang um 0,5 Prozent im Januar.

Gegenüber demselben Monat des Vorjahres stieg die Industrieproduktion im März 2007 in der Eurozone um 3,7 Prozent und in der EU27 um 3,9 Prozent.

Im Monatsvergleich erhöhte sich die Produktion von Verbrauchsgütern im März 2007 gegenüber dem Vormonat in der Eurozone und in der EU27 um 0,7 Prozent. In beiden Gebieten stieg die Produktion von Vorleistungsgütern um 0,5 Prozent. Der Energiesektor verzeichnete einen Produktionsanstieg in der Eurozone um 0,5 Prozent und in der EU27 um 0,4 Prozent.

Bei den Investitionsgütern blieb die Produktion in der Eurozone stabil und erhöhte sich um 0,1 Prozent in der EU27. Bei den Gebrauchsgütern betrug der Rückgang in der Eurozone 0,2 Prozent und in der EU27 der Anstieg 0,4 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten im März 2007 dreizehn eine steigende, sechs eine sinkende Industrieproduktion; in Bulgarien und den Niederlanden blieb die Produktion stabil. Die kräftigsten Zuwächse verbuchten Dänemark (+2,6 Prozent), Portugal (+2,5 Prozent) und Slowenien (+2,1 Prozent), die stärksten Rückgänge Lettland (-5,1 Prozent), Irland (-2,3 Prozent) und Griechenland (-0,7 Prozent).

Im Jahresvergleich erhöhte sich die Produktion von Investitionsgütern im März 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat in der Eurozone um 6,4 Prozent und in der EU27 um 7,0 Prozent.

Die Produktion von Vorleistungsgütern nahm um 6,4 Prozent bzw. 6,5 Prozent zu. Bei den Gebrauchsgütern betrug der Anstieg in der Eurozone 4,0 Prozent und in der EU27 4,8 Prozent. Verbrauchsgüter legten um 3,1 Prozent bzw. 2,5 Prozent zu. Der Energiesektor verzeichnete einen Produktionsrückgang in der Eurozone um 7,3 Prozent und in der EU27 um 6,1 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten im März 2007 siebzehn eine steigende und vier eine rückläufige Industrieproduktion. Die höchsten Anstiege waren in Polen (+13,6 Prozent), der Slowakei (+12,6 Prozent), Slowenien (+11,5 Prozent) und Bulgarien (+10,0 Prozent) zu beobachten, Rückgänge in Lettland (-8,5 Prozent), Litauen (-4,8 Prozent), den Niederlanden (-2,0 Prozent) und Finnland (-0,8 Prozent).

Quelle: Eurostat

Monatsvergleich der Industrieproduktion in der Europäischen Union
Oktober 2006 bis März 2007 nach Gebiet und Gütergruppen

Gebiet Gütergruppe	Veränderung gegenüber dem Vormonat ¹					
	Okt. 2006	Nov. 2006	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007
%						
Eurozone						
Gesamte Industrie ² ...	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	- 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Vorleistungsgüter	+ 0,6	+ 0,1	+ 2,1	- 0,6	+ 0,7	+ 0,5
Energie	- 2,1	+ 0,5	+ 1,8	- 3,5	- 0,2	+ 0,5
Investitionsgüter	- 0,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,0
Gebrauchsgüter	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,9	- 1,5	+ 0,6	- 0,2
Verbrauchsgüter	+ 0,5	- 0,1	+ 1,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,7
EU27						
Gesamte Industrie ² ...	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,1	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Vorleistungsgüter	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,9	- 0,4	+ 0,6	+ 0,5
Energie	- 1,9	+ 0,8	+ 0,7	- 2,2	+ 0,2	+ 0,4
Investitionsgüter	- 0,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1
Gebrauchsgüter	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,6	- 1,3	+ 0,3	+ 0,4
Verbrauchsgüter	+ 0,4	- 0,1	+ 1,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,7

1 Saisonbereinigt; fehlende Werte wurden zur Berechnung der Aggregate für die Eurozone und die EU geschätzt
 2 ohne Baugewerbe

Jahresvergleich der Industrieproduktion in der Europäischen Union
Oktober 2006 bis März 2007 nach Gebiet und Gütergruppen

Gebiet Gütergruppe	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ¹					
	Okt. 2006	Nov. 2006	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007
%						
Eurozone						
Gesamte Industrie ² ...	+ 4,1	+ 3,0	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,7
Vorleistungsgüter	+ 5,4	+ 3,5	+ 7,3	+ 5,5	+ 7,1	+ 6,4
Energie	- 1,6	- 3,9	- 4,2	- 7,5	- 7,3	- 7,3
Investitionsgüter	+ 6,0	+ 6,5	+ 7,7	+ 6,9	+ 7,4	+ 6,4
Gebrauchsgüter	+ 5,0	+ 5,3	+ 6,5	+ 3,8	+ 5,0	+ 4,0
Verbrauchsgüter	+ 2,6	+ 1,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,1	+ 3,1
EU27						
Gesamte Industrie ² ...	+ 4,0	+ 3,3	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,9
Vorleistungsgüter	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,5	+ 6,9	+ 6,5
Energie	- 2,5	- 3,8	- 4,5	- 7,0	- 6,2	- 6,1
Investitionsgüter	+ 6,5	+ 7,4	+ 8,7	+ 7,3	+ 7,8	+ 7,0
Gebrauchsgüter	+ 7,7	+ 7,9	+ 7,8	+ 5,2	+ 5,5	+ 4,8

1 Saisonbereinigt; fehlende Werte wurden zur Berechnung der Aggregate für die Eurozone und die EU geschätzt
 2 ohne Baugewerbe

Jürgen Hübner

Wirtschaftstrends im Überblick



Berlin Dezember 2006

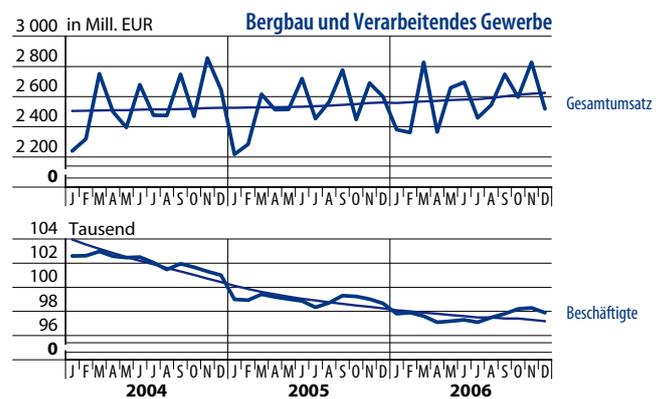
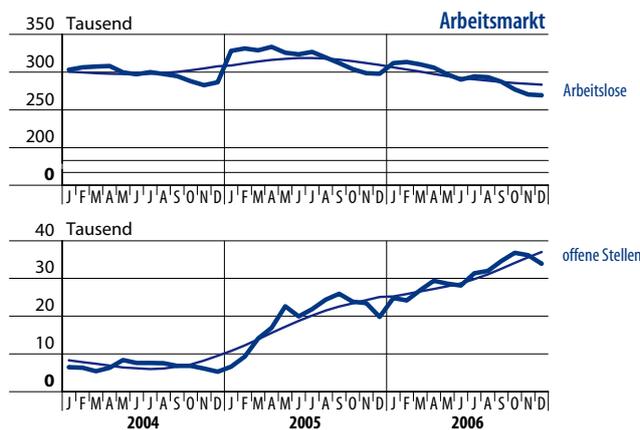
Die Anzahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich im Dezember 2006 im Vergleich zum Dezember 2005 um 9,5 Prozent, das waren 28 323 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingangindex eine steigende Tendenz, während bei der Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz vorlag. Der Umsatz war langfristig und verhalten im Steigen begriffen. Für das Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten ein fallender und beim Umsatz ein fast gleichbleibender bis leicht fallender Trend erkennbar. Der Auftragseingang

kündigt indes eine stärkere Belebung an. Beim Berliner Einzelhandel waren die Beschäftigtenzahlen und der nominale Umsatz steigend – der Umsatz stärker als die Beschäftigten. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz eine zunehmende Tendenz, während die Beschäftigtenanzahlen eine abnehmende Tendenz aufwiesen. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich, teilweise weit über zehnprozentig, an. Sowohl bei der Anzahl der Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine gleichmäßig steigende Tendenz erkennbar. Der Verbraucherpreisindex sank nach längerem fast konstantem Anstieg etwas ab; die Inflationsrate lag nunmehr bei +1,3 Prozent.

Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen einschließlich der Berliner Werte. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Anzahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen erhöhten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 14 094 Stellen oder um 71,1 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,9.

Die im Monat Dezember 2006 im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 802 Berliner Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 519 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 80,7 Millionen EUR unterboten; es verminderte sich um 3,1 Prozent. Im Vergleich des Dezembers 2006 mit dem Dezember 2005 verminderte sich der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes ebenfalls, hier waren es 6,9 Prozent weniger. Im gesamten Jahr 2006 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 31,0 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Jahr 2005 bedeutete dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 1,9 Prozent. Bei der Beschäftigtenanzahl dieses Bereiches war zwar seit Juli 2006 ein Zuwachs erkennbar, der aber noch nicht zu einem deutlich erkennbaren Trendwechsel – immerhin aber zu einem recht deutlich verlangsamten Fallen der Trendfunktion – führte. Im Dezember 2006 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 97 914 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem November 2006 – fiel die Zahl der Beschäftigten um 0,4 Prozent oder 409

In Berlin wurden Ende Dezember 2006 mit 269 461 Arbeitslosen rund 0,4 Prozent weniger als im Vormonat, dem November 2006, registriert. Im Vergleich zum Dezember 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 9,5 Prozent, das entspricht 28 323 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 18,5 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 16,0 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,7 bzw. 1,8 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,4 Prozentpunkte bzw. auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 0,3 bzw. 0,8



Personen. Im Vergleich zum Dezember 2005 waren es dann allerdings –0,8 Prozent oder 756 Personen weniger. Da im Dezember 2006 der Gesamtumsatz stärker als die Beschäftigtenzahl fiel, sank die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ebenfalls, und zwar auf 25 721,6 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vormonat zwar –10,5 Prozent, im Vergleich der 12-Monatszeiträume waren es jedoch +3,3 Prozent.

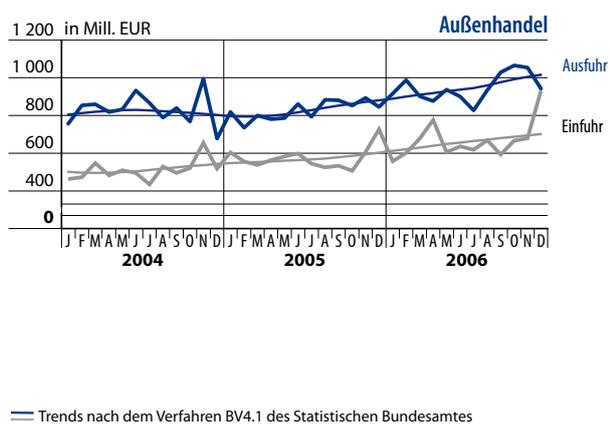
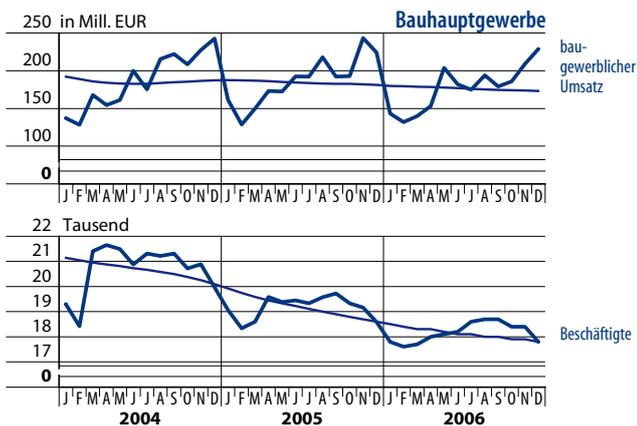
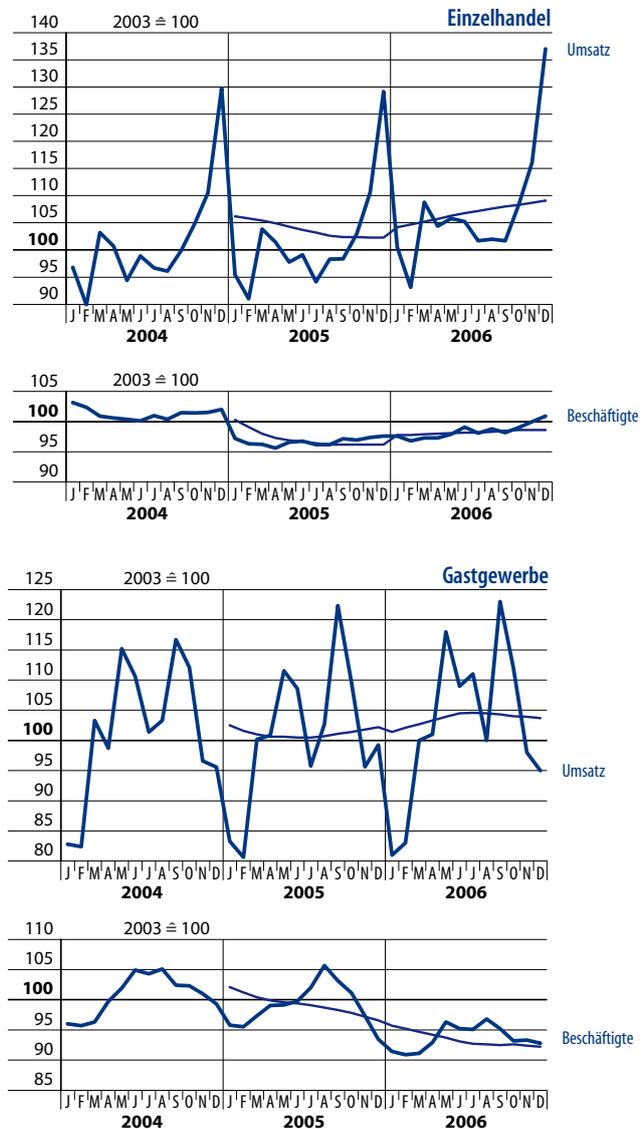
Der Umsatz in absoluten Werten im Berliner **Bauhauptgewerbe** stieg zwar seit dem September 2006 wieder an, eine Trendwende ist aber noch nicht erkennbar. Die in diesem wichtigen Wirtschaftszweig tätigen 17 760 Beschäftigten erzielten im Dezember 2006 einen baugewerblichen Umsatz von 228,6 Millionen EUR. Der Umsatz lag um 1,9 Prozent über dem Wert vom Dezember 2005. Im Vergleich der beiden Jahre – 2006 zu 2005 – ist jedoch ein Abfall um 5,2 Prozent aufgetreten. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Ebenso deutlich sind die mehr oder weniger stark fallenden Trends des baugewerblichen Umsatzes und der Anzahl der Beschäftigte erkennbar.

Beim nominalen Umsatz-Index im Berliner **Einzelhandel** war seit Juni 2005, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine steigende Tendenz erkennbar. Die Veränderung des Dezembers 2006 zum Dezember 2005 betrug +5,8 Prozent und beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich ein Plus von 4,4 Prozent. Die Trendfunktion bei dem Beschäftigtenindex war etwa gleichbleibend. Die Beschäftigten-Kennziffern lauteten: +2,3 Prozent für Dezember 2006 zum Dezember 2005 und +0,6 Prozent für den Vergleich der entsprechenden beiden Jahre. Aufgrund einer Umbasierung im Jahr 2004 ist zurzeit die Trendberechnung im Einzelhandel, wie auch im Gastgewerbe, erst ab Januar des Jahres 2005 möglich.

Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war ein steigender Trend beim Umsatz und bei den Beschäftigten ein fallender Trend erkennbar. Beim nominalen Umsatz trat im Vergleich zum Dezember 2005 eine Veränderung von –2,0 Prozent auf und im Vergleich des Jahres 2006 zum Jahr 2005 war ein Zuwachs von 4,0 Prozent feststellbar. Der leichte Einfluss der Fußballweltmeisterschaft, die bekanntlich vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 stattfand, ist

ebenfalls erkennbar. Der Index der Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,3 Prozent und im Jahresvergleich fiel er um 4,7 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Dezember 2006 ein Volumen von 931,9 Millionen EUR und lag damit um 28,1 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Im Jahresvergleich 2006 zu 2005 waren es +16,3 Prozent.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Im gleichen Monat betrug das Exportvolumen 943,3 Millionen EUR. In der Grafik ist sowohl für den Export (Spezialhandel) als auch für den Import (Generalhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten, der beim Export etwas stärker als beim Import ausgeprägt ist. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

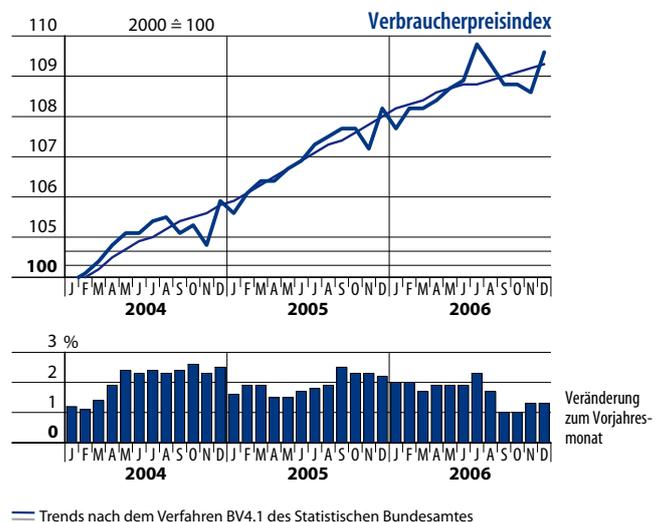
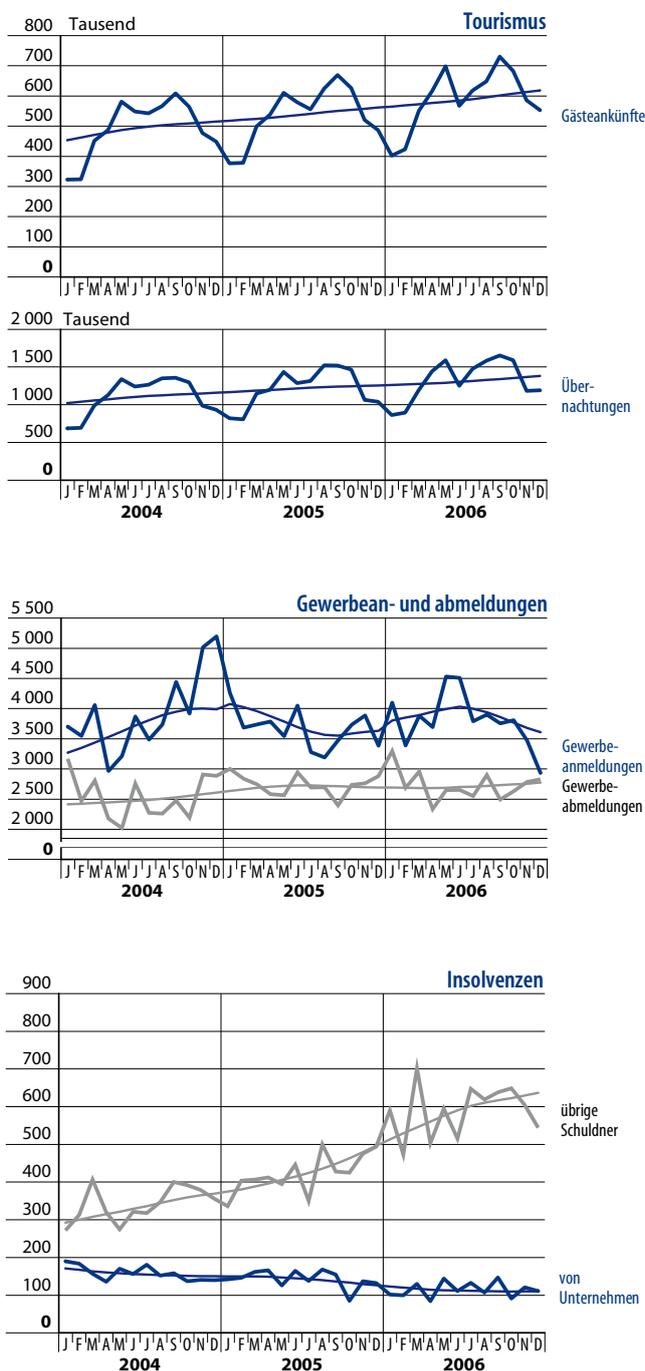
Im Dezember 2006 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 189,6 Tausend; gegenüber dem Dezember 2005 waren es 151 632 Übernachtungen oder 14,6 Prozent mehr. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 8,8 Prozent. Die Anzahl der Gäste und die der Übernachtungen zeigten beide einen stabil-steigenden Trend in etwa gleicher Größenordnung. Wie im Gastgewerbe ist

der Einfluss der Fußballweltmeisterschaft erkennbar. Im Dezember 2006 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen.

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** fiel gegenüber dem Dezember 2005 um 13,2 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum war es jedoch ein Zuwachs von 4,0 Prozent. Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen fiel damit erstmalig seit dem April 2004 wieder einmal unter 3000, insgesamt schlug sich diese Entwicklung dann auch im Trend deutlicher nieder. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist in der Tendenz demgegenüber fast konstant. Die Werte der Gewerbeanmeldung betragen zum Vorjahresmonat -1,8 Prozent und im Vergleich der Jahreszeiträume dann -0,2 Prozent.

Bei den **Insolvenzen** lagen für die Unternehmensinsolvenzen und die übrigen Schuldner langfristig entgegengesetzte Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein deutlich fallender Trend erkennbar. Sie sind langfristig und stabil bei knapp über 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner war demgegenüber eine kontinuierlich ansteigende Tendenz zu beobachten. Im Monat Dezember 2006 erhöhten sich die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat um 10,1 Prozent auf 544 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen nur 111 Fälle, das entsprach -7,1 Prozent im Vergleich zum Dezember 2005. Beim Vergleich der Jahreszeiträume wurde der Rückgang der Insolvenzfälle der Unternehmen deutlich; es ergaben sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum beachtliche 19,8 Prozent weniger. Die Insolvenzen der übrigen Schuldner nahmen im gleichen Zeitraum jedoch um 39,6 Prozent zu.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Entwicklung der Verbraucherpreise lag im Monat Dezember 2006 – bezogen auf das Jahr 2000 – bei 109,6. Es zeigte sich ein langfristig konstant-steigender Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich, der aber in den letzten Monaten stärkere Schwankungen aufwies. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindexes, zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 ergab sich damit der Wert von +1,3 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit unter dem Niveau der jährlichen Vergleichswerte von +1,7 Prozent. Sie bewegte sich im Zeitraum der letzten sechs Jahre zwischen -0,1 bis +2,6 Prozent



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Dezember 2006

(Basis: Originalwerte, Stand vom 25.4. 2007)

Merkmal	Einheit	Dezember 2006		Januar 2006–Dezember 2006	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%
Arbeitsmarkt¹					
Arbeitslose.....	Anzahl	269 461	- 9,5	293 497	- 8,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe²					
Auftragseingangsindex ³	2000 \pm 100	108,1	+ 13,1	106,8	+ 6,9
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 518,5	- 3,1	2 581,8	+ 1,9
Beschäftigte.....	1 000	97,9	- 0,8	97,6	- 1,4
Bauhauptgewerbe²					
Auftragseingang ²	Mill. EUR	135,5	+ 6,5	130,7	+ 6,8
baugewerblicher Umsatz ³	Mill. EUR	228,6	+ 1,9	177,0	- 5,2
Beschäftigte ³	1 000	17,8	- 4,4	18,2	- 5,3
Einzelhandel					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	137,0	+ 5,8	107,1	+ 4,4
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	100,9	+ 2,3	98,4	+ 0,6
Gastgewerbe					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	95,4	- 2,0	103,0	+ 4,0
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	92,8	+ 0,3	93,7	- 4,7
Außenhandel					
Ausfuhr.....	Mill. EUR	943,3	+ 11,6	947,8	+ 14,5
Einfuhr.....	Mill. EUR	931,9	+ 28,1	667,7	+ 16,3
Tourismus					
Gästeankünfte.....	1 000	553,3	+ 13,7	589,8	+ 9,5
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 189,6	+ 14,6	1 325,9	+ 8,8
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen					
Gewerbeanmeldungen.....	Anzahl	2 936	- 13,2	3 813,5	+ 4,0
Insolvenzen insgesamt.....	Anzahl	111	- 15,9	115,1	- 19,8
Insolvenzen von Unternehmen.....	Anzahl	544	+ 10,1	589,9	+ 39,6
Verbraucherpreisindex.....	2000 \pm 100	109,6	+ 1,3	108,7	+ 1,7

1 Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3 Ergebnis der Hochrechnung

Brandenburg Dezember 2006

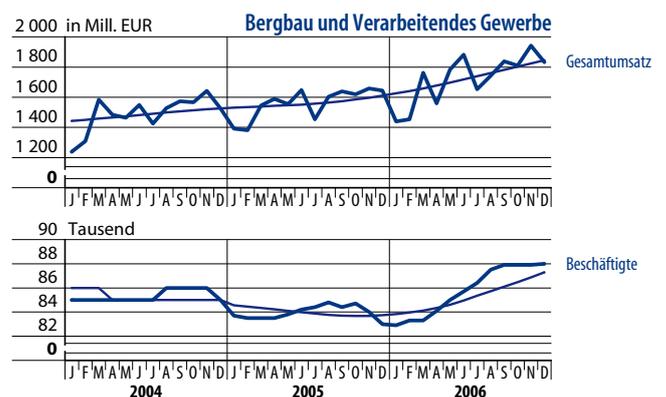
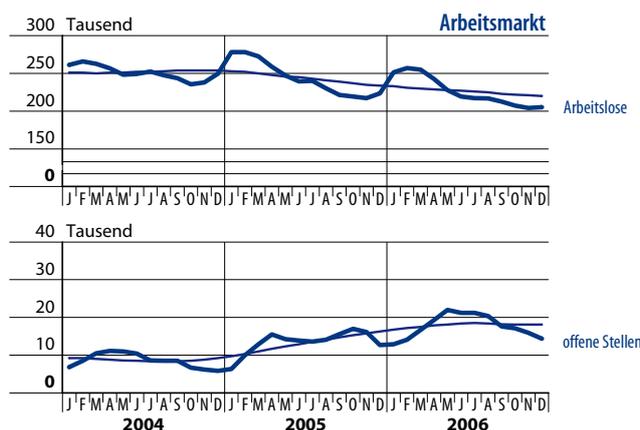
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im Dezember 2006 im Vergleich zum Dezember 2005 um 8,2 Prozent oder 18 365 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 17,1 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz, die Beschäftigtenzahlen und der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Die Auslandsnachfrage entwickelte sich stärker als die des Inlandes. Für das Bauhauptgewerbe ist ein steigender Trend beim Umsatz und beim Auftragseingang erkennbar, der nun auch

bei den Beschäftigten deutlich sichtbar wird. Der brandenburgische Einzelhandel und das Gastgewerbe zeigten bei den Beschäftigten und beim nominalen Umsatz eine leicht steigende Tendenz, die beim Gastgewerbe etwas stärker als beim Einzelhandel ausgeprägt war. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach wie vor – sehr stark an. Sowohl bei der Anzahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, ist eine langfristig und leicht steigende Tendenz – bei sehr starken saisonalen Schwankungen – erkennbar. Der Verbraucherpreisindex schwankt seit Mitte des Jahres 2006 etwas stärker um den längerfristigen Trend, der sich auch geringfügig abzuschwächen scheint; die Inflationsrate lag nunmehr bei + 1,7 Prozent.

ten Durchschnitt, aber jeweils 0,3 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Arbeitslosenquoten einschließlich der von Berlin. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter stabil fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem Dezember des vorigen Jahres um 1 761 Stellen oder um 13,9 Prozent höher. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 14,2. Es stieg damit seit dem niedrigsten Wert mit 10,2 im Juli 2006 wieder stärker an. Die Anzahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und in der Weiterbildung befindlichen Personen war seit Mitte des Jahres 2006 fast konstant geblieben; im Vergleich zum Dezember 2005 sank sie um beachtliche 22,1 Prozent.

Die im Monat Dezember 2006 im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 1 070 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 832,6 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 188,7 Millionen EUR bzw. 11,5 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum stiegen der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes um 38,3 Prozent und der Index der Nettoproduktion um 11,4 Prozent an. Im gesamten Jahr 2006 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 20,7 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Jahr 2005 bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 10,5 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftszweig ist – zwar bei größeren kurzzeitigen Schwankungen der einzelnen Monatswerte – aber stabil nach oben gerichtet.

Im Land Brandenburg wurden Ende Dezember des Jahres 2006 mit 205 373 Arbeitslosen rund 0,5 Prozent mehr als im Vormonat, dem November 2006, registriert. Im Vergleich zum Dezember 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 8,2 Prozent, das entspricht 18 365 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 17,1 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 15,4 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,2 bzw. 1,3 Prozentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen unverändert 5,8 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,4 Prozentpunkte über dem bundeswei-



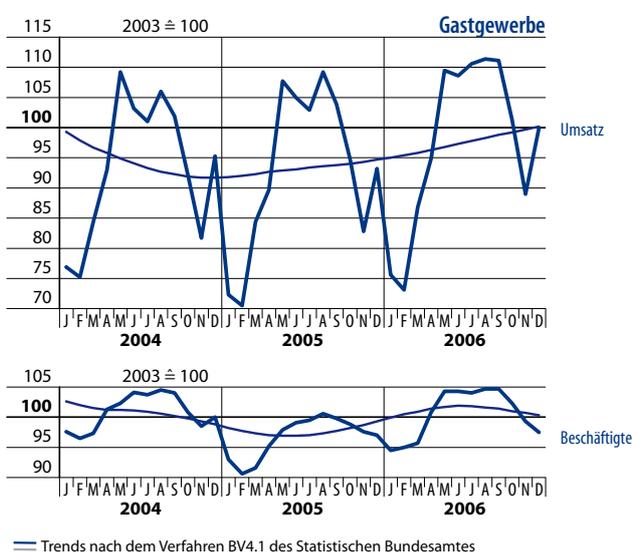
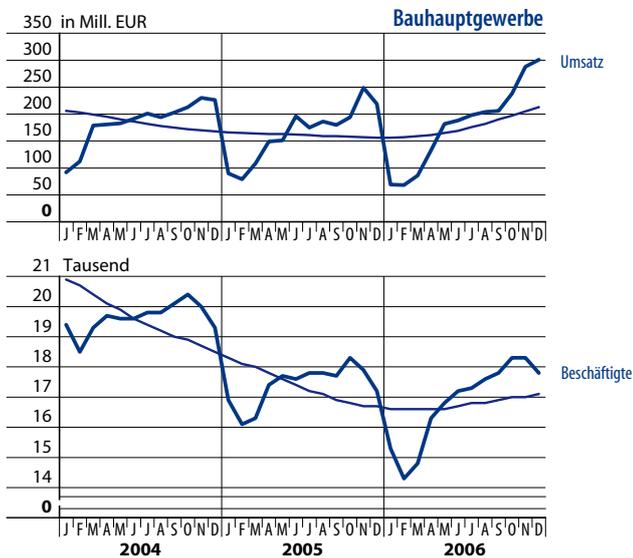
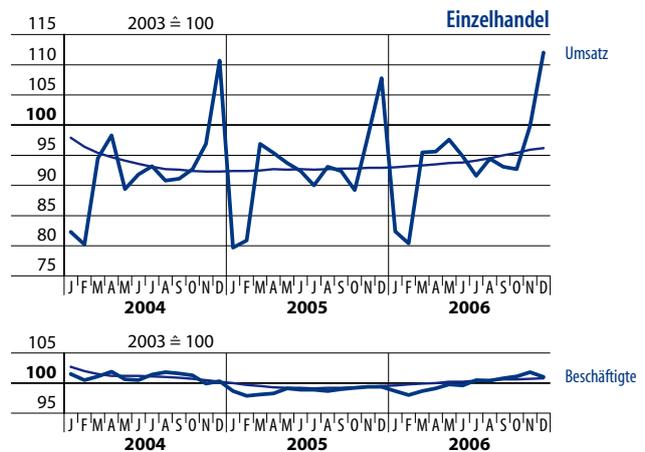
Bei der Beschäftigtenanzahl dieses Bereiches war seit März 2006 ein leichter aber kontinuierlicher Zuwachs erkennbar. Im Dezember 2006 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 87 895 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem November 2006 – fiel die Anzahl der Beschäftigten um 0,1 Prozent oder 54 Personen. Gegenüber dem Dezember 2005 stieg die Beschäftigtenzahl dagegen um 4,7 Prozent. Beim Vergleich des gesamten Jahre 2006 mit dem Jahr 2005 sind es +1,6 Prozent. Ein ansteigender Trend ist seit dem Jahresbeginn 2006 deutlich erkennbar. Womit der steigende Umsatz nun auch steigende Beschäftigtenzahlen, wenn auch wesentlich schwächer, nach sich zieht. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg demzufolge auch weiter an – auf 20 850 EUR pro Beschäftigten im Dezember 2006. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten folgt diesem Trend. Sie lag zwar im Vergleich zum Dezember 2005 um insgesamt 1,6 Prozent niedriger, aber im langfristigeren und damit aussagefähigeren Vergleich der letzten 12 Monate um 1,6 Prozent höher. Die Auslandsnachfrage stieg in diesem Unternehmenssektor wiederum wesentlich stärker als die Binnennachfrage. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses wichtigsten brandenburgischen Wirtschaftszweiges erreichte im Dezember 2006 ein Niveau von ca. 442 Millionen EUR, die Exportquote betrug dabei 24,1 Prozent. Insgesamt sind im Jahr 2006 für fast 4,9 Milliarden EUR Waren aus dem Land Brandenburg exportiert worden.

Im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** stieg der Umsatz an. Dieser seit Jahresbeginn erkennbare Trend verstärkte sich weiter. Die 349 im Dezember 2006 berichtspflichtigen Betriebe erreichten mit 17 764 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 300,8 Millionen EUR; der Umsatz lag um 37,1 Prozent über dem Wert vom Dezember 2005. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und den steigenden Umsatztrend, der – wenn auch ganz schwach ausgeprägt – nun die Beschäftigtenzahl erreicht hat. Im Dezember 2006 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 193,2 Millionen EUR. Es lag damit um beachtliche 77,8 Prozent

über den Angaben des Dezembers 2005. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +6,2 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe verminderte sich im Vergleich des Jahres 2006 zum Jahr 2005 um 3,2 Prozent. Im kurzfristigen und deshalb weniger aussagefähigen Vergleich zum einzelnen Vorjahresmonat (Dezember 2006 zu Dezember 2005) waren es jedoch 542 Beschäftigte oder 3,1 Prozent mehr.

Beim nominalen Umsatz-Index im brandenburgischen **Einzelhandel** war in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine leicht steigende Tendenz erkennbar. Die Veränderung im Dezember 2006 zum Vorjahresmonat betrug +3,9 Prozent und beim Vergleich des gesamten letzten Jahres zum Jahr 2005 ergab sich ein Plus von 1,8 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffern lauten: +1,6 Prozent für Dezember 2006 zum Dezember 2005 und +1,2 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume. Die Trendfunktion bei den Beschäftigten- und Umsatzindizes ist ebenfalls steigend; beim Umsatz stärker als bei den Beschäftigten.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** war ein leicht aber stabil steigender Trend bei Umsatz und Beschäftigten erkennbar. Beim nominalen Umsatz trat im Vergleich zum Dezember 2005 eine Veränderung von +7,2 Prozent auf und im Vergleich des ganzen Jahres



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

war ein Zuwachs von 5,0 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenanzahl stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,5 Prozent, im Jahresvergleich um 4,0 Prozent. Die Index-Trendfunktion des nominalen Umsatzes ist deutlich steigend während die der Beschäftigten seit Juni 2006 wieder leicht im Fallen begriffen ist.

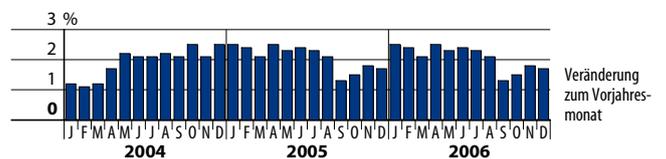
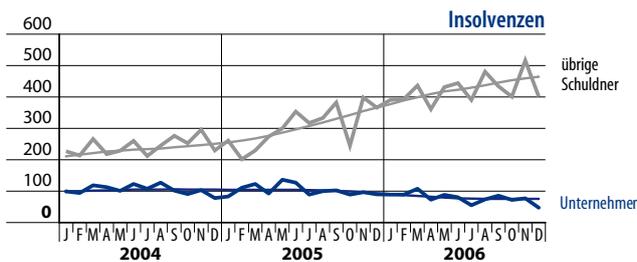
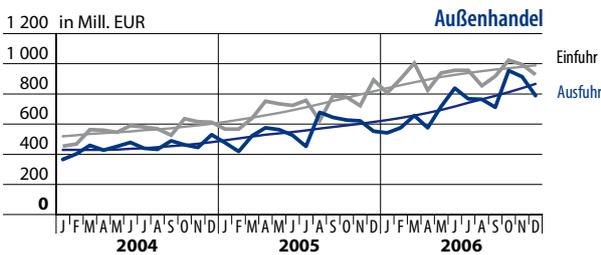
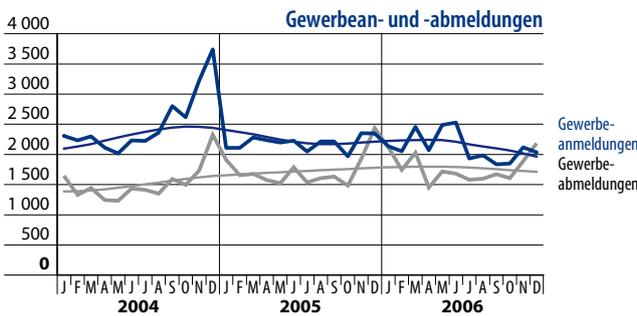
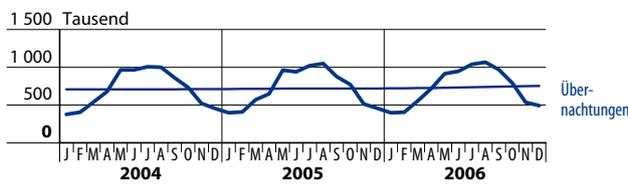
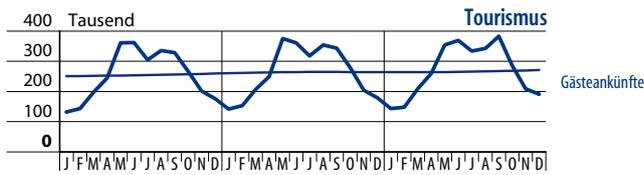
Im Dezember 2006 betrug die Anzahl der Gästeankünfte in der **Tourismusbranche** 191,2 Tausend; gegenüber dem Dezember 2005 waren es 11,3 Tausend oder 6,3 Prozent mehr. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 2,0 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg etwas stärker an – im Vergleich zum Dezember 2005 um 7,2 Prozent und im

Vergleich zum Jahr 2005 um 2,5 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2006 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel des Jahres 2006 waren es 2,7 Übernachtungen. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen – trotz einer sehr saisonal geprägten Entwicklung, die sich über die einzelnen Jahre verfestigte – langfristig eine kontinuierlich steigende Tendenz erkennbar.

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** verminderte sich gegenüber dem Dezember 2005 um 13,2 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum sind es – 3,1 Prozent. Trotz eines leichten Anstieges im November und Dezember ist die Tendenz weiterhin fallend. Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** nahm wieder zu – wie alljährlich im Dezember. Sie lag im Dezember 2006 über den -anmeldungen, ohne den bisherigen Trend zu beeinflussen. Die analogen Werte zu den gleichen Vergleichszeiträumen der Gewerbeanmeldung betragen: zum Vorjahresmonat – 10,3 Prozent und im Vergleich der Einjahreszeiträume + 2,5 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im Dezember 2006 ein Volumen von 789,9 Millionen EUR und lag damit um 42,9 Prozent über dem Ergebnis des Dezembers 2005. Bei dem Jahresvergleich ergab sich ein Plus von 32,3 Prozent. Insgesamt wurden im Jahr 2006 Waren im Wert von 8,8 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen 927,9 Millionen EUR, bei einem Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Dezember 2005. Im Jahr 2006 wurden Waren im Wert von 11,1 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert. In der Grafik ist sowohl für den Export (Spezialhandel) als auch für den Import (Generalhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten, der sich beim Import etwa ab Jahresmitte 2006 leicht abschwächt, beim Export aber weiter ansteigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Bei den **Insolvenzen** lagen für die Unternehmen und die übrigen Schuldner gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Im Monat Dezember 2006 stiegen die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,8 Prozent auf 402 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen nur 48 Fälle, das waren – 46,7 Prozent im Vergleich zum Dezember 2005. Beim Vergleich der Jahreszeiträume 2006 zu 2005 entwickelte sich der Rückgang der Insolvenzfälle der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich – für den Vergleichszeitraum – beachtliche 24,3 Prozent weniger, bei den übrigen Schuldnern waren es dagegen 38,8 Prozent mehr.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Entwicklung der Verbraucherpreise lag im Monat Dezember

2006, bezogen auf das Jahr 2000, bei 112,2. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2005 und dem Dezember 2006, ergab sich damit der Wert von + 1,7 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit unter dem Niveau der jährlichen Vergleichswerte. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der nur unwesentlich von den einzelnen Monatswerten abwich, in den letzten Monaten doch stärkere Schwankungen aufwies und dessen bisheriger gradliniger Trend sich leicht abzuschwächen scheint.

Entwicklung der konjunkturellen Lage im Land Brandenburg im Dezember 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. März 2007)

Merkmal	Einheit	Dezember 2006		Januar 2006–Dezember 2006	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	205 373	– 8,2	226 465	– 7,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe					
Auftragszugangindex ¹	2000 \triangleq 100	144,7	+ 38,3	11,4	+ 12,8
Produktionsindex	2000 \triangleq 100	142,6	+ 11,4	142,2	+ 11,9
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 832,6	+ 11,5	1 725,0	+ 10,5
Beschäftigte	1 000	87,9	+ 4,7	85,4	+ 1,6
Bauhauptgewerbe²					
Auftragszugang	Mill. EUR	193,2	+ 77,8	139,8	+ 6,2
Gesamtumsatz	Mill. EUR	300,8	+ 37,1	180,1	+ 9,3
Beschäftigte	1 000	17,8	+ 3,1	16,8	– 3,2
Einzelhandel					
Umsatz nominal	2003 \triangleq 100	112,0	+ 3,9	94,2	+ 1,8
Beschäftigte	2003 \triangleq 100	101,0	+ 1,6	100,0	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz nominal	2003 \triangleq 100	99,9	+ 7,2	97,7	+ 5,0
Beschäftigte	2003 \triangleq 100	97,5	+ 0,5	100,6	+ 4,0
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. EUR	789,6	+ 42,9	734,0	+ 32,3
Einfuhr	Mill. EUR	927,9	+ 3,8	925,5	+ 29,9
Tourismus					
Gästeankünfte	1 000	191,2	+ 6,3	269,1	+ 2,0
Gästeübernachtungen	1 000	491,7	+ 7,2	736,2	+ 2,5
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen					
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 036,0	– 13,2	2 124,9	– 3,1
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	48,0	– 46,7	78,3	– 24,3
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	402,0	+ 9,8	423,3	+ 38,8
Verbraucherpreisindex	2000 \triangleq 100	112,2	+ 1,7	111,1	+ 2,1

1 für das Verarbeitende Gewerbe

2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Geert Baasen

Wechselndes Wahlverhalten in Berlin und Brandenburg seit 1999



Einleitung

Seit der Vereinigung Deutschlands gibt es politische Bestrebungen in Berlin und Brandenburg, die beiden Bundesländer zu vereinigen. Nach dem Scheitern einer Volksabstimmung 1996 [1] und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Oktober 2006 [2], wonach der Bund nicht zur Übernahme von Sanierungshilfen für die Schulden Berlins verpflichtet

In den letzten sieben Jahren haben sich die Wahlergebnisse in Berlin und Brandenburg stark verändert. Nach wie vor hatten aber nur Koalitionen aus CDU und SPD oder aus SPD und Linkspartei eine deutliche Zweitstimmenmehrheit. Sowohl eine schwarz-gelbe als auch eine rot-grüne Koalition waren in den beiden Ländern und in der Region Berlin-Brandenburg weit von einer Zweitstimmenmehrheit entfernt.

werden kann, steht die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes derzeit allerdings nicht auf der politischen Tagesordnung. Eine engere Zusammenarbeit der Verwaltungen in beiden Ländern bleibt aber weiterhin ein erklärtes Ziel der beiden Landesregierungen.

Als eine von mehreren Maßnahmen dieser Verwaltungszusammenarbeit wurde die amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg zum 1. Januar 2007 fusioniert, und die bestehenden Einrichtungen – das Statistische Landesamt Ber-

lin und der Statistikteil des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg – in ein gemeinsames Amt überführt.

In der vorliegenden Zeitschrift werden seit Anfang des Jahres in einer Serie für jedes Statistikgebiet die Daten der Region Berlin-Brandenburg vorgestellt. In diesem Beitrag geht es um die Ergebnisse von Wahlen zum jeweiligen Landesparlament in der Region Berlin-Brandenburg.

Wahlergebnisse werden in erster Linie bestimmt durch die politischen Themen im Land und durch die Strategien der Parteien. Nicht zuletzt spielen die zur Wahl stehenden Personen eine entscheidende Rolle für den Ausgang der Wahl. Ein Vergleich der Wahlergebnisse in den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg kann deshalb lediglich Hinweise geben auf die Stärke der Parteien in der Region.

Ähnliche Beteiligung in Berlin und Brandenburg bei den letzten Wahlen zum Landesparlament

Zum Vergleich der politischen Stärkeverhältnisse auf Landesebene wird hier das Zweitstimmenergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 17. September 2006 mit dem der letzten Wahl zum Landtag Brandenburg zwei Jahre zuvor, am 19. September 2004, verglichen.

Die Wahlbeteiligung lag in beiden Ländern mit 58,0 Prozent in Berlin und 56,4 Prozent in Brandenburg auf einem ähnlichen Niveau. Im Vergleich zu den Landtagswahlergebnissen in den anderen Bundesländern war die Wahlbeteiligung in der Region Berlin-Brandenburg durchschnittlich.¹

Jeweils stärkste Partei in beiden Ländern wurde die SPD: Sie errang 30,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen in Berlin und 31,9 Prozent in Brandenburg und damit ein in beiden Bundesländern sehr ähnliches Ergebnis. Das Ergebnis der CDU unterscheidet sich in beiden Ländern ebenfalls nur geringfügig (21,3 Prozent in Berlin und 19,4 Prozent in Brandenburg). In Berlin wurde die CDU mit diesem Anteil zweitstärkste Partei, in Brandenburg die drittstärkste.

Die Ergebnisse der anderen Parteien wichen dagegen in beiden Ländern deutlich voneinander ab. Die größte Prozentpunktdifferenz mit 14,5 war bei der Linkspartei zu beobachten, die in Brandenburg 2004 noch unter dem Namen PDS² angetreten war. Sie konnte in Brandenburg prozentual ein mehr als doppelt so hohes Ergebnis erzielen wie im Land Berlin³. In Brandenburg belegte sie damit sogar den zweiten Platz knapp hinter der SPD.

Die GRÜNEN errangen in Berlin 13,1 Prozent und damit knapp hinter der Linkspartei den vierten Platz. In Brandenburg verfehlten sie dagegen mit lediglich 3,6 Prozent der Zweitstimmen deutlich den Einzug ins Parlament. Das Ergebnis der FDP war in Berlin mit 7,6 Prozent der Zweitstimmen ebenfalls deutlich höher als in Brandenburg: 3,3 Prozent reichten hier für den Einzug ins Parlament ebenfalls nicht aus.

Bei beiden hier betrachteten Wahlen hatten sich die am rechten Rand stehenden Parteien NPD und

1 Bei den jeweils letzten Landtagswahlen in den 16 Bundesländern, die zwischen dem 2. Februar 2003 und dem 17. September 2006 stattfanden, lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei 59,7 Prozent.

Im Westteil Deutschlands einschließlich Berlin-West beteiligten sich 60,9 Prozent der Wahlberechtigten und im Ostteil Deutschlands einschließlich Berlin-Ost 55,0 Prozent.

2 Vor der Bundestagswahl 2005 hat sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in Die Linkspartei, PDS (Die Linke.) umbenannt.

3 Die Ergebnisse der Linkspartei sind in Berlin aufgrund der politischen Geschichte der Stadt sehr unterschiedlich: Die Linkspartei erzielte im Westteil lediglich 4,2 Prozent der Zweitstimmen und im Ostteil 28,1 Prozent – also fast das gleiche Ergebnis wie im Land Brandenburg.

DVU in Brandenburg und Berlin abgesprochen, bei den beiden Landtagswahlen nicht gegeneinander anzutreten. In Brandenburg konnte die DVU einen Anteil von 6,1 Prozent der gültigen Zweitstimmen erzielen und ist als vierte Partei mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten. Die NPD in Berlin scheiterte dagegen mit 2,6 Prozent an der 5 Prozent-Hürde.

Zum Messen der Unterschiede des Wahlverhaltens in Berlin und Brandenburg werden Prozentpunktdifferenzen als Abstandsmaß (Tabelle 1, Spalte 9) benutzt. Die prozentualen Stimmenanteile der Parteien in Berlin und Brandenburg werden voneinander abgezogen und die Differenzbeträge (ohne Berücksichtigung des Vorzeichens) zusammengezählt. Die Summe dieser Differenzen beträgt bei den betrachteten Wahlen 31,5 Prozentpunkte. Den größten Anteil daran hatte die Linkspartei/PDS (14,6 Prozentpunkte), gefolgt von den GRÜNEN (9,5 Prozentpunkte) und der FDP (4,3 Prozentpunkte).

Koalitionen aus Rot-Rot und aus Rot-Schwarz sowohl in Berlin als auch in Brandenburg möglich

In Berlin hatte die SPD, wie schon bei der letzten Wahl im Jahr 2001, eine Koalition mit der Linkspartei geschlossen. Die Koalition repräsentierte 44,2 Prozent der Zweitstimmenwähler und kam im Abgeordnetenhaus auf 76 der 149 Sitze. Rechnerisch hätte die SPD auch mit der CDU oder sogar mit den GRÜNEN koalieren können. Eine rot-schwarze Koalition, die aber aus politischen Gründen ausgeschlossen wurde, hätte sogar eine Mehrheit der Zweitstimmenwähler repräsentiert (52,1 Prozent) und wäre auf 90 Sitze gekommen. Rot-Grün hätte wie Rot-Rot mit 76 Abgeordneten eine knappe Mehrheit im Parlament gehabt.

In Brandenburg wurde nach der Wahl die bestehende Koalition aus SPD und CDU fortgesetzt. Rechnerisch wäre auch hier eine rot-rote Koalition möglich gewesen, die aber ebenfalls, wie ein Zusammengehen zwischen Rot und Schwarz in Berlin, aus politischen Gründen nicht in Frage kam.

Zählt man nun die in Berlin und Brandenburg bei den letzten Wahlen zu den Landesparlamenten erzielten Zweitstimmen zusammen, sieht man, dass in der Region Berlin-Brandenburg sowohl eine Koalition aus SPD und CDU als auch eine aus SPD und Linkspartei eine Mehrheit der Zweitstimmenwähler repräsentieren würde (vgl. Tabelle 1, Spalten 7 und 8).

Die SPD lag danach mit 31,3 Prozent der Zweitstimmen klar vorn, mit einem Vorsprung von 10,8 Prozentpunkten vor der zweitplatzierten CDU, die 20,5 Prozent der Zweitstimmen errang. Die Linkspartei erreichte mit 20,1 Prozent knapp dahinter den dritten Platz. Mehr als 5 Prozent erzielten außerdem die GRÜNEN (8,8 Prozent) und die FDP (5,6 Prozent)

Weit von einer Mehrheit der Zweitstimmen in der Region entfernt sind allerdings die Koalitionen, die in der Vergangenheit auf Bundesebene und auch in den anderen Ländern häufig gebildet wurden, nämlich die aus CDU und FDP, aus SPD und FDP sowie die aus SPD und GRÜNEN. Die Parteienlandschaft in der Region ist durch drei mittelgroße Parteien (SPD, CDU und Linkspartei) gekennzeichnet.

Bei dieser fiktiven Rechnung fällt auch auf, dass NPD (1,4 Prozent) und DVU (2,8 Prozent) zusammen in Berlin und Brandenburg lediglich auf 4,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen gekommen waren und damit weniger als 5 Prozent erreichten, die nötig sind, um in ein Landesparlament einzuziehen.

Wie stabil oder instabil sind nun die Wahlergebnisse in der Region Berlin-Brandenburg bei Wahlen zum jeweiligen Landesparlament? Wäre damit zu rechnen, dass bei einer Landtagswahl in einem gemeinsamen Bundesland die SPD die stärkste Kraft werden würde? Wäre es wahrscheinlich, dass andere Koalitionen gebildet werden könnten als 2004/2006?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden die Vorwahlergebnisse aus dem Jahr 1999 herangezogen. In Brandenburg war dies die letzte Wahl vor 2004. In Berlin wurde zwischen 1999 und 2006 noch ein weiteres Mal gewählt, und zwar am 21. Oktober 2001. Die vorgezogene Wahl war nötig, da aufgrund der Krise der Bankgesellschaft die SPD die große Koalition mit

Tab. 1 **Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2006 und zum Landtag Brandenburg 2004 – Zweitstimmen –**

Merkmal	Berlin			Brandenburg			Fiktiv		Differenz Berlin-Brandenburg
	absolut	%	Sitze	absolut	%	Sitze	Berlin-Brandenburg		
	1	2	3	4	5	6	absolut	%	%-punkte
Wahlberechtigte	2 425 480	x	x	2 117 145	x	x	4 542 625	x	x
Wähler	1 407 754	58,0	x	1 194 192	56,4	x	2 601 946	57,3	1,6
Ungültige Stimmen ..	28 241	2,0	x	25 283	2,1	x	53 524	2,1	0,1
Gültige Stimmen für									
SPD	424 054	30,8	53	372 942	31,9	33	796 996	31,3	1,1
CDU	294 026	21,3	37	227 062	19,4	20	521 088	20,5	1,9
Die Linke. ¹	185 185	13,4	23	326 801	28,0	29	511 986	20,1	14,6
GRÜNE ²	180 865	13,1	23	42 091	3,6	-	222 956	8,8	9,5
FDP	104 584	7,6	13	38 890	3,3	-	143 474	5,6	4,3
Sonstige	188 641	13,7	-	161 123	13,8	6	349 764	13,7	0,1
darunter									
DVU	x	x	x	71 041	6,1	6	x	x	x
NPD	35 229	2,6	-	x	x	x	x	x	x
Insgesamt	1 377 355	100,0	149	1 168 909	100,0	88	2 546 264	100,0	31,5 ³

1 PDS in Brandenburg
 2 GRÜNE/B90 in Brandenburg
 3 Entspricht dem Abstandsmaß zur Beurteilung des unterschiedlichen Wahlverhaltens bei der gültigen Stimmenabgabe für die Parteien in Berlin und Brandenburg. Es ergibt sich aus der Summierung der jeweiligen Differenzen der Stimmenanteile der Parteien in Berlin und Brandenburg, ohne Berücksichtigung des Vorzeichens.

Tab. 2 **Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1999 und zum Landtag Brandenburg 1999 – Zweitstimmen –**

Merkmal	Berlin			Brandenburg			Fiktiv Berlin-Brandenburg		Differenz Berlin- Brandenburg
	absolut	%	Sitze	absolut	%	Sitze	absolut	%	%-punkte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Wahlberechtigte	2 414 493	x	x	2 056 834	x	x	4 471 327	x	x
Wähler	1 582 407	65,5	x	1 116 874	54,3	x	2 699 281	60,4	11,2
Ungültige Stimmen ..	17 646	1,1	x	14 514	1,3	x	32 160	1,2	0,2
Gültige Stimmen für									
SPD	349 731	22,4	42	433 521	39,3	37	783 252	29,4	17,1
CDU	637 311	40,8	76	292 634	26,5	25	929 945	34,9	14,3
PDS	276 869	17,7	33	257 309	23,3	22	534 178	20,0	5,6
GRÜNE ¹	155 322	9,9	18	21 410	1,9	-	176 732	6,6	8,0
FDP	34 280	2,2	-	20 472	1,9	-	54 752	2,1	0,3
Sonstige	110 063	7,0	-	77 014	7,0	5	187 077	7,0	-
darunter									
DVU	x	x	x	58 247	5,3	5	x	x	x
NPD	13 038	0,8	-	8 137	0,7	-	21 175	0,8	0,1
Insgesamt	1 563 576	100,0	169	1 102 360	100,0	89	2 665 936	100,0	45,3 ²

1 GRÜNE/B90 in Brandenburg
2 Entspricht dem Abstandsmaß zur Beurteilung des unterschiedlichen Wahlverhaltens bei der gültigen Stimmenabgabe für die Parteien in Berlin und Brandenburg. Es ergibt sich aus der Summierung der jeweiligen Differenzen der Stimmenanteile der Parteien in Berlin und Brandenburg, ohne Berücksichtigung des Vorzeichens

der CDU verlassen hatte. Die politischen Ereignisse von 2001 führten zu einer drastischen Veränderung der Berliner Parteienlandschaft. Die Wahl 1999 war die letzte vor diesem Ereignis und wird deshalb hier für den Vergleich herangezogen.

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteil von SPD und CDU deutlich anders in Berlin und Brandenburg bei den Wahlen 1999

Die Wahlergebnisse 1999 unterscheiden sich in Berlin erheblich von denen bei der Wahl 2006. Die CDU kam in Berlin auf 40,8 Prozent der Zweitstimmen und war damit unangefochten die stärkste Partei mit einem Vorsprung von 18,4 Prozentpunkten vor der SPD, die hier auf 22,4 Prozent kam. Die CDU war damals auch insgesamt die stärkste Partei in der Region. Die Ergebnisse in Berlin und Brandenburg unterscheiden sich ebenfalls erheblich: Die Prozentpunktdifferenz der CDU in Berlin und Brandenburg betrug 14,3 Prozentpunkte und lag damit auf dem Niveau der Linkspartei. PDS bei den Wahlen 2004/2006 (14,5 Prozentpunkte – Tabelle 1, Spalte 9).

Anders als 2004/2006 war es 1999 das Ergebnis der SPD, das in Berlin und Brandenburg am deutlichsten voneinander abwich (17,1 Prozentpunkte). Bei den Wahlen 1999 war die SPD in Berlin mit 22,4 Prozent sehr viel schwächer als in Brandenburg (39,3 Prozent). Die politischen Ereignisse in Berlin und Brandenburg nach 1999 hatten in beiden Ländern zu sehr unterschiedlichen Veränderungen geführt: Die SPD gewann in Berlin deutlich Wähler hinzu – in Brandenburg verlor sie und ist jetzt in beiden Ländern ungefähr gleich stark. Die CDU ist ebenfalls in beiden Ländern eine etwa gleich starke Partei. In Berlin verlor sie seit 1999 mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft (von 637 311 auf 294 026 Zweitstimmen) und in Brandenburg etwa jede fünfte Zweitstimme.

Die Ergebnisse der Linkspartei. PDS haben sich im betrachteten Zeitraum dagegen auseinander entwickelt – die Prozentpunktdifferenz zwischen Berlin und Brandenburg stieg von 5,6 im Jahr 1999 auf 14,9 im Jahr 2004/2006.

Insgesamt weicht das Wahlergebnis in Berlin und Brandenburg 1999 sehr viel stärker voneinander ab als 2004/2006. Die Prozentpunktdifferenz zwischen Berlin und Brandenburg lag 2004/2006 (31,5 Prozentpunkte) sehr viel niedriger als 1999 (45,3 Prozentpunkte).

Trotz der großen Veränderungen zwischen 1999 und 2004/2006 in Berlin und Brandenburg unterscheiden sich die möglichen Koalitionen nur geringfügig. Nach dem 1999er Wahlergebnis in der Region Berlin-Brandenburg hätte sowohl eine Koalition aus SPD und Linkspartei eine Mehrheit der Zweitstimmenwähler repräsentiert als auch eine aus SPD und CDU, wobei die SPD bei der letzteren Konstellation der kleinere Partner gewesen wäre.

Quellennachweis

- [1] Der Landesabstimmungsleiter Berlin und der Landesabstimmungsleiter Brandenburg, Volksabstimmungen am 5. Mai 1996 – Endgültige Ergebnisse; Statistisches Landesamt Berlin und Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Gemeinschaftsveröffentlichungen Berlin / Brandenburg, Heft 4; Berlin, Potsdam 1996
- [2] Bundesverfassungsgericht (BVerfG), 2 BvF 3/03 vom 19. 10. 2006, Absatz-Nr. (1-256), http://www.bverf.de/entscheidungen/fs20061019_2bvff000303.html

Ulrike Brandes

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg im Jahr 2006



Ausgaben

Die Ausgaben der laufenden Rechnung erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr² von 4 679,3 Millionen EUR auf 4 937,4 Millionen EUR. Der Anstieg um 258,1 Millionen EUR ist hauptsächlich auf höhere Ausgaben für Leistungen im Sozialbereich zurückzuführen. Diese erhöhten sich von 1 607,6 Millionen EUR auf 1 828,0 Millionen EUR.

Im Jahr 2006 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg nach den Ergebnissen der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen 6 052,4 Millionen EUR ein und gaben 5 947,9 Millionen EUR aus¹. Daraus ergab sich ein bereinigtes positives Finanzierungssaldo in Höhe von 104,5 Millionen EUR. Alle vier kreisfreien Städte wiesen ein Finanzierungsdefizit aus. Es betrug insgesamt 67,5 Millionen EUR.

Der Anstieg der Ausgaben der Sozialleistungen um 220,4 Millionen EUR im Vergleich zum Jahr 2005 ist insbesondere durch die höheren Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (+218,3 Millionen EUR) bedingt. Dem standen allerdings höhere Einnahmen aus Zuweisungen des Landes und des Bundes in Höhe von 190,0 Millionen EUR gegenüber.

Für Leistungen der Unterkunft und Heizung wurden 595,6 Millionen EUR im Jahr 2006 ausgegeben (2005: 534,6 Millionen EUR). Die Ausgaben der Landkreise für das Arbeitslosengeld II erhöhten sich um 40,8 Prozent auf 413,6

Millionen EUR. Der starke Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass im 1. Halbjahr 2005 noch nicht alle Optionskommunen die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit vollständig übernommen hatten. Die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung gemäß § 16 SGB II und einmalige Leistungen gemäß § 23 SGB II stiegen von 89,6 Millionen EUR im Jahr 2005 auf 127,1 Millionen EUR an.

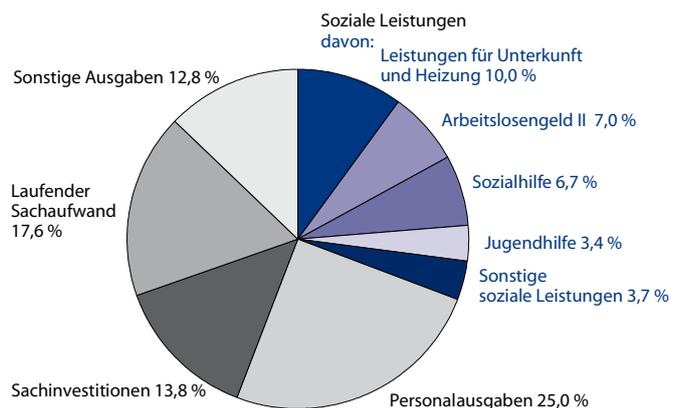
Einen Rückgang der Ausgaben um 5,4 Millionen EUR auf 400,6 Millionen EUR im Vergleich zum Jahr 2005 verzeichneten die

Sozialhilfeleistungen. Für Leistungen der Jugendhilfe wurden 200,5 Millionen EUR im Jahr 2006 ausgegeben. Damit erhöhten sich diese geringfügig um 2,0 Millionen EUR bzw. 1,0 Prozent. Die Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beliefen sich auf 62,9 Millionen EUR (2005: 55,0 Millionen EUR). Um 11,6 Prozent auf 24,3 Millionen EUR verringerten sich die Ausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Personalausgaben blieben mit 1 489,7 Millionen EUR annähernd auf dem Vorjahresniveau (2005: 1 476,4 Millionen EUR), ebenso die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand: Diese erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,1 Prozent auf 1 047,4 Millionen EUR.

Die Ausgaben der Kapitalrechnung erhöhten sich im Vergleich zum Jahr 2005 um 6,9 Prozent auf 1 010,5 Millionen EUR. Ursachen sind neben den Sachinvestitionen die Ausgaben für Investitionszuweisungen an öffentliche, private Unternehmen und übrige Bereiche. Diese stiegen im Jahr 2006 auf 132,1 Millionen EUR an (2005: 104,0 Millionen EUR), da u.a. die Stadt Eisenhüttenstadt und der Landkreis Uckermark in die Rekultivierung von Deponien investierten. Die Ausgaben für Sachinvestitionen erhöhten sich um 1,6 Prozent auf 818,9 Millionen EUR. Bei den Ausgaben für Baumaßnahmen wurde ein Anstieg in Höhe von 20,8 Millionen EUR auf 721,9 Millionen EUR verzeichnet. Die prozentuale Ausgabenstruktur der Gemeindefinanzen ist Abbildung 1 zu entnehmen.

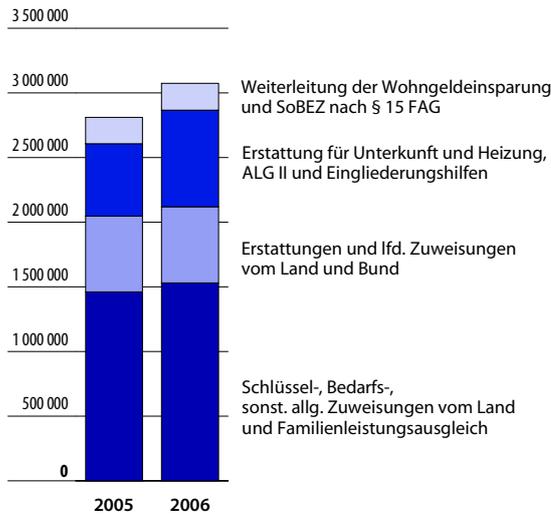
Abb. 1 Anteil der Ausgabearten an den bereinigten Ausgaben der Gemeindefinanzen im Land Brandenburg 2006



1 Die Einnahmen und Ausgaben wurden bereinigt um die haushaltstechnischen Verrechnungen, die von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge (Rücklagenbewegungen, Schuldenaufnahme und -tilgung am Kreditmarkt, Aufnahme und Rückzahlung innerer Darlehen und die Deckung von Vorjahresfehlbeträgen).

2 Grundlage bildet die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände 2005.

Abb. 2 **Bundes- und Landeszuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Brandenburg 2005 und 2006**



Einnahmen

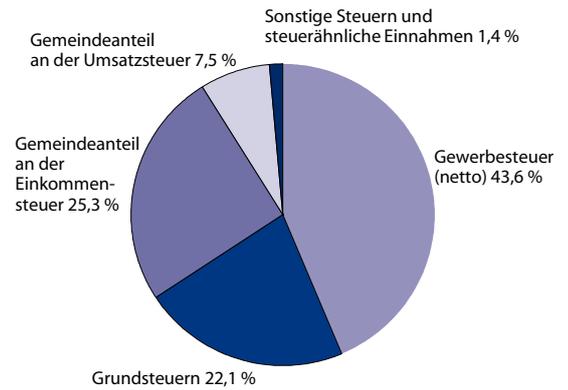
Die Einnahmen der laufenden Rechnung stiegen von 4 827,6 Millionen EUR auf 5 168,9 Millionen EUR. Der Anstieg um 7,1 Prozent bzw. 341,3 Millionen EUR ist vor allem auf einen Zuwachs der Bundes- und Landeszuweisungen im Zusammenhang mit dem SGB II (+190,0 Millionen EUR), erhöhten Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung (+74,8 Millionen EUR) und gestiegenen Steuereinnahmen (netto) um 46,0 Millionen EUR zurückzuführen.

Haupteinnahmequelle der kommunalen Haushalte des Landes Brandenburg sind die Bundes- und Landeszuweisungen (ohne Investitionen). Sie beliefen sich im Jahr 2006 auf 3 073,9 Millionen EUR und hatten einen Anteil von 59,5 Prozent an den Einnahmen der laufenden Rechnung. Abbildung 2 verdeutlicht die Entwicklung der Bundes- und Landeszuweisungen (ohne Investitionen) an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg im Jahr 2006 gegenüber 2005.

Die Steuereinnahmen (netto) der Kommunen des Landes Brandenburg beliefen sich im Jahr 2006 auf 1 041,7 Millionen EUR, das sind 46,0 Millionen EUR bzw. 4,6 Prozent mehr als im Jahr 2005. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf die Gewerbesteuereinnahmen (netto) zurückzuführen; diese stiegen um 7,0 Prozent auf 454,3 Millionen EUR an (2005: 424,6 Millionen EUR). Die Einnahmen aus Grundsteuern erhöhten sich geringfügig von 226,7 Millionen EUR im Jahr 2005 auf 230,6 Millionen EUR im Jahr 2006. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer belief sich auf 78,6 Millionen EUR und verzeichnete damit einen Anstieg um 14,3 Prozent bzw. 9,8 Millionen EUR im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöhte sich um 3,8 Millionen EUR auf 263,4 Millionen EUR. Die prozentuale Verteilung der Steuereinnahmen (netto) der brandenburgischen Gemeinden im Jahr 2006 zeigt Abbildung 3.

Die Einnahmen der Gewerbesteuer (netto) hatten mit 43,6 Prozent den größten Anteil an den Steuereinnahmen (netto). Das entspricht im Durchschnitt einer Einnahme von 178 EUR je Einwohner. Der Me-

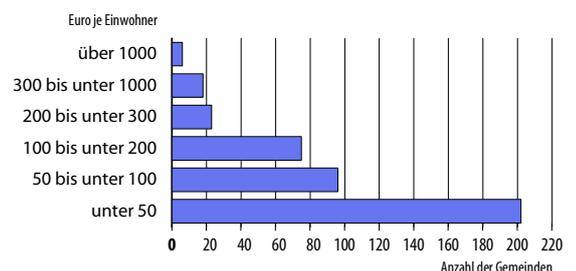
Abb. 3 **Steuereinnahmen der Gemeinden des Landes Brandenburg im Jahr 2006**



dian der Gewerbesteuereinnahmen (netto) betrug im Jahr 2006 für die Gemeinden 55 EUR je Einwohner. Differenziert nach Einnahmeklassen verteilt sich die Gewerbesteuereinnahme je Einwohner auf die Gemeinden sehr unterschiedlich (Abbildung 4). 202 Gemeinden hatten Gewerbesteuereinnahmen (netto) von unter 50 EUR je Einwohner, darunter befanden sich 7 Kommunen, die ein negatives Aufkommen – bedingt durch Rückzahlungen – nachwiesen. Nur sechs Gemeinden verfügten über Einnahmen von über 1 000 EUR je Einwohner, darunter Teichland (13 358 EUR je Einwohner), Liebenwalde (3 669 EUR je Einwohner), Schenkenberg (1 880 EUR je Einwohner) und Baruth/Mark (1 844 EUR je Einwohner). Es handelt sich hier um fast ausnahmslos kleine kreisangehörige Gemeinden. Die Landeshauptstadt Potsdam lag mit 294 EUR je Einwohner an 25. Stelle. Noch weiter abgeschlagen war die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit 113 EUR je Einwohner. Sie belegte von 420 Gemeinden den 107. Platz. Diese Betrachtung zeigt, den großen Einfluss weniger steuerstarker Gemeinden auf die Gesamtsituation der kreisangehörigen Gemeinden.

Die Kommunen des Landes Brandenburg hatten im Jahr 2006 Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 408 EUR je Einwohner und Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Höhe von 178 EUR je Einwohner. Ein Vergleich mit den neuen Bundesländern zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg den Durchschnittswert sowohl bei den Steuereinnahmen (netto) von 420 EUR je Einwohner als auch bei der Gewerbesteuer (netto) von 196 EUR je Einwohner nicht erreichen konnten. Alle neuen

Abb. 4 **Gemeinden mit Gewerbesteuereinnahmen (netto) des Landes Brandenburg im Jahr 2006 nach Einnahmeklassen**



Tab. 1 Steuereinnahmen (netto) und Gewerbesteuererinnahmen (netto) der Gemeinden und Gemeindeverbände der neuen Bundesländer im Jahr 2006

Bundesland	Steuer-einnahmen (netto)	darunter
		Gewerbe-steuer-einnahmen (netto)
EUR je Einwohner		
Brandenburg.....	408	178
Mecklenburg-Vorpommern...	368	159
Sachsen.....	459	222
Sachsen-Anhalt.....	434	208
Thüringen.....	385	183
Insgesamt	420	196
Veränderung zum Vorjahr in %		
Brandenburg.....	+4,6	+7,0
Mecklenburg-Vorpommern...	+10,1	+16,4
Sachsen.....	+7,9	+10,4
Sachsen-Anhalt.....	+9,8	+12,0
Thüringen.....	+8,9	+22,9
Insgesamt	+8,0	+12,6

Länder, mit Ausnahme von Brandenburg, konnten ihre Gewerbesteuererinnahmen (netto) um über 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern. Dabei verzeichnete Thüringen den höchsten Zuwachs mit 22,9 Prozent. Brandenburg erreichte einen Zuwachs in Höhe von 7,0 Prozent.

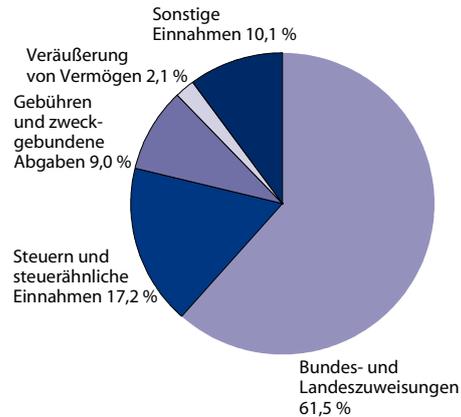
Eine Betrachtung der gewogenen Durchschnittshebesätze der Gewerbesteuer für das Jahr 2005 zeigt, dass das Land Brandenburg mit 306 Prozent im Vergleich zu den neuen Bundesländern den niedrigsten Hebesatz nachwies. Das Land Sachsen hatte mit 414 Prozent den höchsten gewogenen Durchschnittshebesatz.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung gingen um 1,7 Prozent auf 883,4 Millionen EUR im Jahr 2006 zurück. Der Rückgang um 15,2 Millionen EUR ist u. a. auf die Zuweisungen für Investitionen vom Land zurückzuführen. Diese verringerten sich um 40,9 Millionen EUR auf 610,4 Millionen EUR. Demgegenüber standen höhere Einnahmen aus der Veräußerung

Tab. 2 Gewogene Durchschnittshebesätze der Gewerbesteuer in den Gemeinden und Gemeindeverbänden der neuen Bundesländer im Jahr 2005

Bundesland	Gewogener Durchschnittshebesatz der Gewerbesteuer
	%
Brandenburg.....	306
Mecklenburg-Vorpommern..	307
Sachsen.....	414
Sachsen-Anhalt.....	315
Thüringen.....	342

Abb. 5 Anteil der Einnahmearten an den bereinigten Einnahmen der Gemeindefinanzen im Land Brandenburg 2006



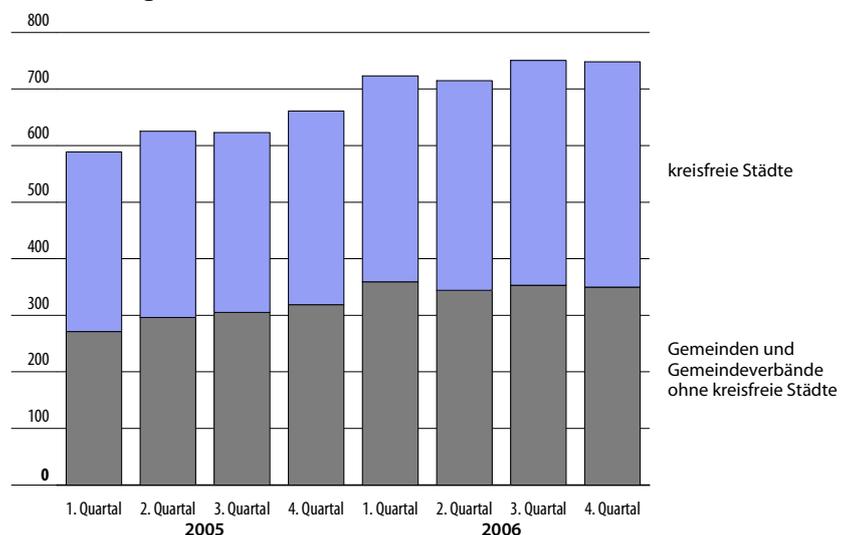
von Vermögen in Höhe von 22,6 Millionen EUR (2005: 105,5 Millionen EUR, 2006: 128,1 Millionen EUR), da u. a. die Stadt Schwedt/Oder das Klinikum Uckermark GmbH Schwedt verkaufte. Die Einnahmestruktur der Gemeindefinanzen verdeutlicht Abbildung 5.

Schulden

Die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Brandenburg hatten am 31. Dezember 2006 Schulden von insgesamt 1 666,5 Millionen EUR, das sind 653 EUR je Einwohner. Im Vergleich zum 31. Dezember 2005 sind die Schulden um 1,9 Prozent bzw. 68,0 Millionen EUR gesunken.

Die Kassenkredite erreichten am 31. Dezember 2006 einen Stand von 748,3 Millionen EUR (31. Dezember 2005: 661,0 Millionen EUR), das sind im Durchschnitt 293 EUR pro Einwohner. 87 von 488 Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen Kassenkredite zum 31. Dezember 2006 aus. Die kreisfreien Städte trugen mit 53,3 Prozent den größten Teil der Kassenkredite, darunter die Stadt Cottbus mit 190,0 Millionen EUR (Abbildung 6).

Abb. 6 Entwicklung der Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg 2005 und 2006



**Hartmut Bömermann, Cathleen Faber, Anja Münch,
Ricarda Nauenburg, Ramona Pohl**

Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Was haben wir erreicht und wie geht es weiter?¹



Vorbemerkung

Die erste Förderphase des Projektes „Verbesserung des Zugangs der Wissenschaft zu statistischen Mikrodaten – Konkretisierung und Erprobung eines Forschungsdatennetzwerkes der Statistischen Landesämter“ – kurz: Forschungsdatenzentrum – geht dem Ende entgegen. Der vorliegende Beitrag gibt einerseits einen Rückblick auf das Erreichte und wagt andererseits einen Ausblick auf die Zukunft der regionalen Standorte Berlin und Potsdam des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter.

Nach einer allgemeinen Einführung in die organisatorische Struktur, die gesetzten Ziele und die Arbeitsabläufe des Forschungsdatenzentrums zieht der zweite Abschnitt eine Zwischenbilanz bezüglich der Anzahl und der Zufriedenheit der bearbeiteten Nutzungsanträge und der Beurteilung des Projektes durch die Evaluatoren. Auch die allgemeinen Vorhaben des Projektes in einer zweiten Förderphase werden vorgestellt. Im dritten und vierten Teil geht es beispielhaft um den regionalen Standort Berlin und die Zukunftsvisionen der regionalen Standorte Berlin und Potsdam für einen zweiten Förderantrag.

Organisationsstruktur und Aufgaben des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) ist eine Arbeitsgemeinschaft der Statistischen Landesämter, die im April 2002 eingerichtet wurde. Seit April 2004 wird es neben anderen Forschungsdatenzentren der öffentlichen Datenanbieter als Pilotprojekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert². Die erste Förderphase endet einschließlich einer kostenneutralen Verlängerung zum Ende Juni 2007.

Das FDZ der Länder ist im Gegensatz zu anderen Forschungsdatenzentren dezentral organisiert. Die Geschäftsstelle, die koordinierende Tätigkeiten wahrnimmt, ist im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf angesiedelt. Daneben gibt es regionale Standorte in allen Statistischen Landesämtern. In den meisten dieser regionalen Standorte wurden Gastwissenschaftlerarbeitsplätze eingerichtet, an denen dadurch amtliche Mikrodaten in der Nähe der Institute analysiert werden können³. Diese lokale Präsenz des FDZ der Länder wird von den Nutzern sehr positiv angenommen⁴. Die meisten regionalen Standorte haben sich zudem im Rahmen des Konzeptes

der fachlich zentralisierten Datenhaltung auf das Zusammentragen und Betreuen jeweils bestimmter Statistiken spezialisiert. Dazu gehört neben der Aufbereitung der Mikrodaten auch die Dokumentation der zugehörigen Informationen über die Daten, den so genannten Metadaten. Der regionale Standort Düsseldorf ist beispielsweise zuständig für Zensen, Mikrozensen und das Unternehmensregister. Der Standort Berlin betreut u. a. die Wirtschaftsstatistiken des Handels und Gastgewerbes, die Tourismusstatistik, die Dienstleistungsstatistik und zukünftig auch die Wahlstatistiken. Am regionalen Standort Potsdam sind vor allem die Gemeindefinanzstatistiken angesiedelt. Auf diese Weise haben sich in allen regionalen Standorten bereits umfangreiche fachliche Kompetenzen in Bezug auf die betreuten Statistiken akkumuliert, die bei der Beratung der Nutzer und auch in der Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen in den Statistischen Ämtern zum Tragen kommen. Dieser Kompetenzaufbau spiegelt sich auch in der steigenden Anzahl der Nutzungsanträge wider.

Das Konzept der fachlich zentralisierten Datenhaltung hat sich bewährt. Abhängig von den Wünschen der Wissenschaftler können alle Statistiken an allen Standorten genutzt und vom fachlich zuständigen Standort projektspezifisch dorthin versandt werden. Neben dem Datenzugang am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz wurden für stark nachgefragte Statistiken wie der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung Scientific-Use-Files erstellt, die durch die vorherige faktische Anonymisierung der Daten von den Wissenschaftlern am eigenen Arbeitsplatz ausgewertet werden dürfen. Die kontrollierte Datenfernverarbeitung als weiterer Zugangsweg ist ebenfalls örtlich unabhängig. In Berlin wurden im Rahmen der zwischen den Statistischen Ämtern vereinbarten Arbeitsteilung zwei zusätzliche Stellen für die Bearbeitung von Datennutzungen per kontrollierter Datenfernverarbeitung gefördert. Daher wird die Nutzung von Mikrodaten über diesen Zugangsweg in vielen Fällen vom regionalen Standort Berlin betreut, in anderen Fällen aber auch vom jeweils fachlich zuständigen Standort.

¹ Der Artikel basiert auf einem Vortrag, gehalten im Statistischen Kolloquium am 8. November 2006 im Statistischen Landesamt Berlin.

² vgl. Zühlke, Zwick, Scharnhorst, Wende (2003)

³ Dem niedersächsischen Landesamt für Statistik wurde die Beteiligung am Forschungsdatenzentrum von der niedersächsischen Dienstaufsichtsbehörde untersagt.

Zwischenbilanz des Projektes

Ein zentrales Arbeitsprinzip des FDZ der Länder ist die Nutzerorientierung. Die Daten mit der stärksten Nachfrage werden prioritär aufgearbeitet. Termintreue, Transparenz und fachliche Korrektheit bei der Bearbeitung der beantragten Projekte sind oberstes Gebot.

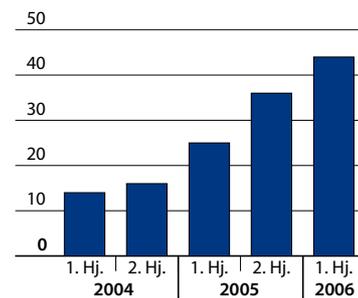
Mit diesen Prinzipien ist das FDZ der Länder bisher sehr erfolgreich seiner Aufgabe nachgekommen, Wissenschaftlern den gewünschten Zugang zu amtlichen Mikrodaten zu erleichtern. Es wurde eine regionale Infrastruktur für den Zugang zu amtlichen Daten in den Bundesländern geschaffen, die sich vor allem durch die räumliche Nähe zur Wissenschaft auszeichnet. Das Angebot an aufbereiteten Daten ist fachlich breit gefächert und deckt mit über 60 Statistiken wichtige Bereiche der amtlichen Erhebungen ab. Für die Dokumentation der aufbereiteten Daten wurde ein internetbasiertes Metadateninformationssystem geschaffen, das kontinuierlich befüllt und aktualisiert wird (Testversion unter www.fdz-metadata.de). Das FDZ der Länder hat in den Jahren 2005 und 2006 Workshops und Nutzerkonferenzen durchgeführt, die auf großes Interesse stießen. Ziel dieser Veranstaltungen war es, das Angebot des FDZ bekannt zu machen und die Kommunikation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik zu fördern. Mit zahlreichen Vorträgen an Hochschulen, Universitäten und Forschungsinstituten haben die Mitarbeiter des FDZ eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben, die von aktuellen Produktbroschüren und Flyern abgerundet wird. Die große und wachsende Nachfrage nach amtlichen Daten (Abbildung 1) und die Ergebnisse der Nutzerumfrage spiegeln eine hohe Nutzerzufriedenheit wider (Abbildung 2).

Die sehr guten Arbeitsergebnisse der ersten Projektförderphase wurden bei der Evaluation des Projektes im Oktober 2006 ausdrücklich hervorgehoben und gewürdigt. Für diese Aufgabe hatte der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten ein internationales Gutachtergremium unter der Leitung von Prof. Dr. Joachim Wagner (Leuphana Universität Lüneburg) berufen. Die Evaluation fand nach den Kriterien der Leibniz-Gemeinschaft statt. Die Gutachtergruppe kam mit insgesamt 18 Empfehlungen zu dem Schluss, dass nach Ablauf einer weiteren Förderphase das FDZ als Dauereinrichtung institutionalisiert werden sollte⁵. Die vorhandenen Standorte sollen beibehalten und insbesondere die Lücke in Niedersachsen geschlossen werden. Bestehende Kooperationen mit anderen Forschungs- und Datenservicezentren sollten intensiviert werden. Die Arbeitsabläufe müssen optimiert werden, um so den administrativen Aufwand für den Zugang zu amtlichen Mikrodaten weiter zu reduzieren. Ferner sollte versucht werden, die Geheimhaltungsprüfung zu automatisieren. Empfohlen wurde weiterhin die Internationalisierung des FDZ über Dokumentationen zu den verfügbaren Mikro-

daten in englischer Sprache. Außerdem wurde der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung der FDZ-Mitarbeiter innerhalb des Projektes hohe Priorität eingeräumt. Die vom FDZ im Evaluationsbericht vorgeschlagenen Entwicklungsperspektiven auf der Grundlage des bisher Erreichten sind bei den Gutachtern auf ein positives Echo gestoßen.

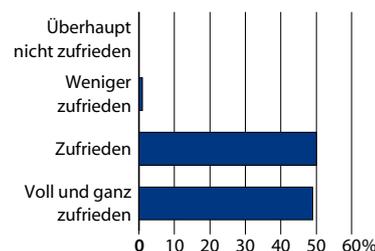
Nach einer bereits erfolgten positiven Begutachtung durch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RSWD) wird ein Fortsetzungsantrag für eine zweite Förderphase zurzeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geprüft. Er beinhaltet neben der Fortführung der fachlich zentralisierten Datenhaltung in Bezug auf die Aktualisierung und den Ausbau der Daten- und Metadatenbestände auch neue Aufgabengebiete. Dazu gehören nach § 13a Bundesstatistikgesetz mögliche Verknüpfungen von Wirtschafts- und Umweltstatistiken, deren Nachfrage sich schon in der ersten Förderphase abgezeichnet hatte. Die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik forderte eine Verbesserung der Statistik-ausbildung an deutschen Hochschulen und Universitäten in Richtung Statistik und Ökonometrie unter Verwendung realistischer Datensätze⁶. Um dieser Forderung nachzukommen, wird das FDZ zusammen mit Hochschullehrern Lehrkonzepte zum Umgang mit amtlichen Mikrodaten erarbeiten. Damit wird zugleich der Bekanntheitsgrad der amtlichen Mikrodaten steigen und auch die empirische Arbeit mit Mikrodaten in der Statistikausbildung verankert. Diese neue Aufgabe der Wissensvermittlung erfordert neben der Übernahme von Lehraufträgen durch Mitarbeiter des FDZ auch die vermehrte Erstellung von Campus-Files für weitere Statistiken. Gleichzeitig will das FDZ der Länder eigene Forschungsaktivitäten ausbauen. Dies soll bevorzugt durch Kooperationsprojekte mit der Wissenschaft geschehen, aber auch Qualifizierungsarbeiten der Mitarbeiter (Promotionen) werden angestrebt. Weiterhin sollen Veröffentlichungen, die aus FDZ-Projekten entstehen, systematisch in einer Literaturdatenbank gesammelt und recherchefähig aufbereitet werden.

Abb. 1 Anzahl eingegangener Nutzungsanträge im FDZ der Statistischen Landesämter vom 1.1. 2004 bis 30. 6. 2006



Quelle: Geschäftsstelle des FDZ der Statistischen Landesämter 2006, S. 56

Abb. 2 Zufriedenheit der Nutzer mit dem Dienstleistungsangebot des FDZ der Statistischen Landesämter im Zeitraum vom 1.1. 2004 bis 30. 6. 2006



Quelle: Geschäftsstelle des FDZ der Statistischen Landesämter 2006, S. 60

4 FDZ der Statistischen Ämter der Länder 2006, S. 58f.
 5 Bericht der Gutachtergruppe mit Empfehlungen, 2006
 6 Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen

Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, März 2001. In diesem Gutachten wurde auch die Errichtung von Forschungsdatenzentren bei den öffentlichen Datenproduzenten angeregt.

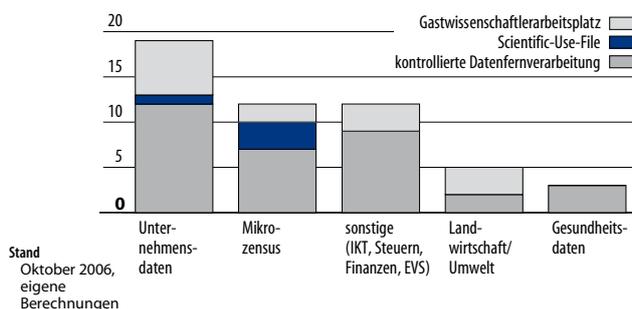
Regionaler Standort Berlin

Im Folgenden werden die Arbeitsergebnisse und Vorhaben des regionalen Standorts Berlin innerhalb des Gesamtprojektes vorgestellt. Der Standort ist personell überdurchschnittlich ausgestattet. Diese Entwicklung ist u. a. darauf zurückzuführen, dass hier zu Beginn des Projekts zwei zusätzliche Stellen gefördert wurden, um Kompetenzen für die Betreuung von Datennutzungen über die kontrollierte Datenfernverarbeitung aufzubauen. Der regionale Standort Berlin war bis Ende 2006 dem Statistischen Landesamt Berlin angegliedert. Mit der Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg im Januar 2007 wurden die Aufgaben der regionalen Standorte Berlin und Potsdam in einer Stabstelle zusammengefasst. Die Betreuung der Gastwissenschaftlerarbeitsplätze an den Standorten Berlin und Potsdam und die dort für die fachlich zentralisierte Datenhaltung aufbereiteten Statistiken werden koordiniert fortgeführt.

Abbildung 3 veranschaulicht die Anzahl der in Berlin bearbeiteten Projekte nach Statistiken und Zugangswegen. Hier ist zu beachten, dass Mehrfachnennungen möglich sind, da innerhalb eines Projektes beispielsweise mehrere Datenzugangsarten gewählt werden können. Es ist ersichtlich, dass Datennutzungen aller Statistikbereiche in Berlin betreut werden. Die meisten projektspezifisch betreuten Statistiken gehören zu den Wirtschaftsstatistiken. Auch der Mikrozensus als die wichtigste sozialwissenschaftliche Erhebung der amtlichen Statistik in Deutschland nimmt einen bedeutenden Platz ein. Deutlich wird, dass die kontrollierte Datenfernverarbeitung bei den Nutzungsformen eine herausragende Rolle spielt. Die in Berlin eingerichteten Gastwissenschaftlerarbeitsplätze werden ebenfalls gut angenommen.

Der regionale Standort Berlin hat die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes durch Vorträge an Hochschulen und durch wissenschaftliche Beiträge tatkräftig unterstützt. Zu nennen ist hier beispielsweise die erfolgreiche Organisation der regionalen Nutzerkonferenz Ost als eine von bundesweit vier durchgeführten regionalen Konferenzen. Als Kooperationspartner hierfür konnte die Freie Universität Berlin gewonnen werden.

Abb. 3 **Anzahl der bearbeiteten Projekte im FDZ der Statistischen Länder, Standort Berlin, im Zeitraum vom 1.1.2004 bis 31.10.2006 nach Statistiken und Zugangswegen (Mehrfachzählung)**



Auch in die Organisation der Nutzerkonferenz 2006 in Berlin war der regionale Standort Berlin eingebunden. Diese wurde in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) durchgeführt.

Insgesamt 21 Vorträge – größtenteils zur Vorstellung des FDZ an Hochschulen und Instituten, aber auch mit eigenen inhaltlichen Beiträgen auf verschiedenen Konferenzen – hat der Standort Berlin bis zum Oktober 2006 bestritten. Vier Veröffentlichungen sind entstanden:

- Gözlig, Bernd; Bömermann, Hartmut; Pohl, Ramona: Produktdiversifizierung und Unternehmenserfolg: Nutzung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter

In: Allgemeines Statistisches Archiv (2005) 89, S. 337-354

- Schäfer, Christin; Bömermann, Hartmut; Nauenburg, Ricarda; Wenzel, Karsten: Qualitätssicherung des Faktors Interviewer für den Mikrozensus

In: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (2006) S. 7-21

- Nauenburg, Ricarda: Automatisiertes Fernrechnen mit amtlichen Mikrodaten – aktuelle Entwicklungen

In: Statistische Monatsschrift, Statistisches Landesamt Berlin (2006) S. 216-223

- Nauenburg, Ricarda: Die Europäische Union – Integration von unten oder Elitenprojekt?

In: Statistische Ämter des Bundes und der Länder FDZ-Arbeitspapier (2006) Nr. 16

Zukunftsvisionen für eine zweite Förderphase des regionalen Standortes Berlin

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im FDZ hat auch der regionale Standort Berlin mit eigenen Vorstellungen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Projektantrages für die zweite Förderphase des FDZ der Länder beigetragen.

In den Antrag eingegangen sind Ideen zur Längs- und Querschnittsverknüpfung von umwelt- und wirtschaftsstatistischen Einzelangaben. Nach Erfahrungen mit mehreren projektspezifischen Verknüpfungen solcher Daten an mehreren Standorten kommen vorrangig folgende Statistiken in Frage:

- das Unternehmensregister,
- die Kostenstrukturerhebung, der Monatsbericht, die Produktionserhebung und die Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe,
- die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung,
- verschiedene Steuerstatistiken und
- Statistiken aus dem Umweltbereich.

Dieses Teilprojekt wird vor allem Fragen nach der Verknüpfbarkeit von Totalerhebungen und Stichproben, Unternehmens- und Betriebsebene oder auch unterschiedlichen Periodizitäten der zu verknüpfenden Statistiken zu beantworten haben. Die Federführung für das Teilprojekt „Integration von amtlichen Wirtschafts- und Umweltstatistiken unter Berücksichtigung der Zeitdimension“ liegt beim regionalen Standort Berlin. An diesem Teilprojekt werden alle Standorte des FDZ der Länder mitwirken, die die fachliche Zuständigkeit für bestimmte Statistiken übernommen haben. Die mit dem Projekt verbunde-

nen mathematisch-statistischen Aufgaben werden vom Hessischen Statistischen Landesamt wahrgenommen. Ein wissenschaftlicher Begleitkreis soll die Erstellung der Paneldaten unterstützen.

Zum Teilprojekt „Wissensvermittlung“, das federführend vom regionalen Standort Kiel betreut wird, kann der Standort Berlin ebenfalls eigene Erfahrungen beisteuern. Dazu gehört vor allem die eigene Lehrtätigkeit der Mitarbeiter an der Technischen Universität Berlin und zwei Berliner Fachhochschulen. Ferner sind die Vorträge des Standortes Berlin bereits integraler Bestandteil des Seminars „Datengrundlagen der Wirtschaftspolitik“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Daher kann hier an enge Kooperationsbeziehungen angeknüpft werden. Vorstellbar ist die gemeinsame Erarbeitung sowohl von Konzepten zu einzelnen Themen der Datenanalyse als auch fachspezifischer Konzepte für Lehrveranstaltungen in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Diese Konzepte bauen jeweils auf Auswertungen entsprechender amtlicher Mikrodaten auf. Damit erlernen die Studierenden einerseits empirische Statistikkenntnisse anhand echter Daten, andererseits erweitert das FDZ der Länder seinen potenziellen Nutzerkreis in erheblichem Maße. Im Sommersemester 2007 wird in Kooperation mit der Freien Universität Berlin und dem Standort Berlin des FDZ der Rentenversicherer ein gemeinsames Seminar durchgeführt, in dem Studenten die Möglichkeiten der durch die FDZ zur Verfügung gestellten Campus-Files analysieren werden. Bei Erfolg des Modellseminars soll diese Kooperation langfristig weitergeführt werden. Um für zukünftige Seminare ein erweitertes Angebot präsentieren zu können, möchte der regionale Standort Berlin von einigen der fachlichen betreuten Statistiken Campus-Files und ggf. Scientific-Use-Files erstellen, die von den Studierenden für die Erstellung von Diplomarbeiten genutzt werden können⁷.

Die Wahrnehmung der Aufgaben des Standortes Potsdam ab Januar 2007 hat zu Überlegungen geführt, die dort aufbereiteten Gemeindefinanzstatistiken, die bis jetzt die Schuldenstatistik, die Kassenstatistik und die Jahresrechnungsstatistik auf Gemeindeebene umfassen, um die Personalstandsstatistik, die Vermögensstatistik und die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen zu erweitern, da diese Statistiken sich gegenseitig ergänzen. Außerdem sollen die genannten Erhebungen auch auf der Länder- und Bundesebene aufbereitet werden.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bzw. das ab Januar 2007 integrierte ehemalige Statistische Landesamt Berlin ist seit 2006 Ansprechpartner für Wahldaten. Die Wahldaten der Bundestags- und Europawahlen werden ebenfalls im Rahmen der fachlich zentralisierten Datenhaltung aufbereitet und wissenschaftlichen sowie anderen Forschungsinstituten zugänglich gemacht. Daneben haben Wissenschaft-

ler ein starkes Interesse an einer Wahldatenbank signalisiert. Diese Wahldatenbank soll die Wahldaten auf Wahlbezirks- und -kreisebene sowie zusätzliche soziostrukturelle Merkmale und Wirtschaftsindikatoren enthalten, die für die Wahlentscheidung relevant sein können. Hier ist ein erheblicher Aufbereitungsaufwand erforderlich, da diese Informationen auf den genannten Ebenen nicht durchgängig existieren. Außerdem ist die Verknüpfung von Daten aus jeweils mindestens zwei aufeinander folgenden Wahlen geplant, um Veränderungen untersuchen zu können. Hierbei sind Änderungen im Zuschnitt der Wahlkreise und Gemeinden zu berücksichtigen. Zur Verwirklichung dieses umfangreichen Vorhabens favorisiert der regionale Standort Berlin zweckmäßigerweise ein eigenes Kooperationsprojekt mit der Wissenschaft.

Für eigene wissenschaftliche Arbeiten bzw. für Qualifizierungsarbeiten durch die Mitarbeiterinnen des regionalen Standorts Berlin – wie von der Evaluationskommission empfohlen – bieten sich alle bereits angesprochenen thematischen Vorhaben der zweiten Förderphase an. Durch die intensive Beschäftigung mit einzelnen Themenbereichen unterstreichen und erweitern die Mitarbeiter ihre Kompetenzen bei der Beratung und Betreuung wissenschaftlicher Projekte.

Der regionale Standort Berlin wird seine engagierte Arbeit auch in der sich abzeichnenden zweiten Förderphase des FDZ-Projekts fortführen. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den regionalen Standorten und der Geschäftsstelle hat dabei wesentlich zum Gelingen des Gesamtprojektes des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter beigetragen. Das FDZ der Länder ist heute als moderne wissenschaftliche Service-Einrichtung aus der deutschen Wissenschaftslandschaft nicht mehr wegzu-denken. Das FDZ und seine Tätigkeit tragen durch Rückmeldungen in die jeweiligen Statistischen Ämter nicht zuletzt auch zur Verbesserung der Datenqualität der amtlichen Statistiken bei und nehmen mit der fachlich zentralisierten Datenhaltung bereits einen wesentlichen Punkt der Reform der amtlichen Statistik in Deutschland auf.

Literatur

- Bericht der Gutachtergruppe mit Empfehlungen: Ergebnisse der Evaluierung des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter. Begehung am 13. Oktober 2006, unveröffentlichtes Manuskript.
- Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter: Beantwortung des Fragenkataloges der Leibniz-Gemeinschaft für die Evaluation des Projektes „Verbesserung des Zugangs der Wissenschaft zu statistischen Mikrodaten – Konkretisierung und Erprobung eines Forschungsdatennetzwerkes der Statistischen Landesämter“, Düsseldorf 2006, unveröffentlichtes Manuskript.
- Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001.
- Zühlke/Zwick/Scharnhorst/Wende (2003): Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/2003.

7 Für die Erstellung von Campus- bzw. Scientific-Use-Files bieten sich die Europäische Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten (IKT), die

Strukturhebung im Dienstleistungsbereich, die Jahreserhebungen im Einzelhandel und Gastgewerbe und die Monatserhebung im Tourismus an.

Reiner Stäglin, Ingo Pfeiffer

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie¹



Seit Mitte der 1960er-Jahre begleiten Diskussionen über die Notwendigkeit der Bundesstatistiken und die Zumutbarkeit der damit verbundenen Belastungen für Bürger und Wirtschaft die Arbeit der statistischen Ämter. Ging es zunächst darum, die rasch wachsenden Informationsanforderungen mit den verfügbaren Kapazitäten der statistischen Ämter in

Um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen, hatte das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereits im November 2003 den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Juli 2006 auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund 64 Minuten im Monat beträgt danach der durchschnittliche Aufwand von Unternehmen, die zu amtlichen Statistiken melden. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung der Auskunftspflichtigen auf, abhängig von der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsbereich, dem die Unternehmen angehören, oder der jeweiligen Statistik.

Einklang zu bringen, kam mit der Diskussion um die Volkszählung 1983 und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eine bleibende Sensibilität der Politiker, Medien und Bürger gegenüber statistischen Auskunftsersuchen hinzu. In seinem Volkszählungsurteil hatte das Bundesverfassungsgericht damals zwar die Bedeutung der amtlichen Statistik umfassend gewürdigt, ihr aber gleichzeitig auch die größtmögliche Schonung der Auskunftspflichtigen, eine Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Inanspruchnahme der Auskunftspflichtigen und allgemeinem Nutzen sowie die Anwendung des jeweils mildesten Mittels auferlegt.

Mit wachsender Regeldichte, nicht zuletzt auch aufgrund europäischer Rechtsvorschriften, und steigendem Wettbewerbsdruck rückte im letzten Jahrzehnt immer stärker die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie in den Vordergrund. Die Statistik steht dabei häufig als Synonym für alle Arten von Auskunftsverlangen amtlicher und nicht amtlicher Stellen.

Auch die jetzige Bundesregierung hat den Abbau von überflüssiger Bürokratie zu ihrem politischen Ziel erklärt: Im Herbst 2005 haben sich die Regierungsfractionen in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode darauf verständigt, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und insbesondere den Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung zu befreien. Unter den vordringlichen Maßnahmen ist dabei auch der Abbau von Statistikpflichten genannt.

¹ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die geringfügig redaktionell überarbeitete erstmalig in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 11/2006 veröffentlichte Kurzfassung der Ergebnisse der DIW-

Belastungsstudie. Auch an dieser Stelle sei Herrn Prof. Dr. Stäglin und Herrn Diplom-Soziologe Pfeiffer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin für die Überlassung des Textes zur Veröffentlichung herzlich gedankt.

1 Messung des Zeitaufwandes der Unternehmen in Deutschland durch Erhebungen der statistischen Ämter

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft². Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. So wird jede Informations- und Meldepflicht mit amtlicher Statistik gleichgesetzt, die Zeit- und Kostenbelastung anhand des subjektiven Empfindens gemessen und bei der Forderung nach Reduktion der Statistikbelastung übersehen, dass bereits mehr als 60 Prozent der amtlichen Statistiken durch europäische Rechtsakte vorgegeben sind.

Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse im Juli 2006 vorgestellt wurden³, war es,

- eine objektive und quantifizierbare Grundlage für die Diskussion um die konkrete Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Meldepflichten zur amtlichen Statistik zu schaffen,
- die Gründe für besondere Belastungen zu ermitteln, um Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Befragungsaufwandes bzw. für eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu identifizieren,
- einen Anhaltspunkt für die Relation von amtlicher Statistik zu nicht amtlicher Statistik und zu Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen sowie
- den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die bisher einseitige Belastungsdiskussion einzubringen.

² Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Dabei hat sich die Bundesregie-

rung das in den Niederlanden entwickelte und in einigen europäischen Ländern bereits angewendete Standardkosten-Modell (SKM) zum Vorbild genommen. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einführung des Standardkosten-Modells – Methodenhandbuch der Bundesregierung“, Version 1, August 2006.

2 Registerauswertung, Befragung der betroffenen Unternehmen und Nutzenüberlegungen

Die Aufgabenstellung der Belastungsuntersuchung erforderte mehrere Arbeitsschritte. Zu ihnen gehörten

- eine Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter,
- eine Befragung zur zeitlichen Beanspruchung der Unternehmen durch 74 Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (amtliche Belastungserhebung),
- eine Berechnung der Gesamtbelastung der von den amtlichen Erhebungen im Jahr 2004 betroffenen Unternehmen in Deutschland (Hochrechnung),
- eine Analyse der Möglichkeiten zur Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen von statistischen Erhebungen,
- eine zusätzliche schriftliche und persönliche Befragung ausgewählter Unternehmen zur Beanspruchung durch andere Melde- und Informationspflichten (Unternehmensbefragung des DIW Berlin),
- eine Analyse des Nutzens amtlicher Statistik für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie
- eine überblicksartige Analyse der wichtigsten aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“.

Die Erfüllung der Aufgaben des Untersuchungsauftrages setzte wegen der umfangreichen Datenzulieferungen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine enge Kooperation zwischen diesen und dem DIW Berlin voraus. Die Auswertung der amtlichen Belastungserhebung und der Unternehmensbefragung des DIW Berlin wurde mit den um die Informationen aus dem Unternehmensregister ergänzten Angaben aus Datenschutzgründen im Wege der Fernrechnung im Statistischen Bundesamt vorgenommen⁴.

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

³ Siehe Pfeiffer, I. / Stäglin, R. / Stephan, A., „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 19, Berlin 2006, und Pfeiffer, I. / Stäglin, R.: „Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht viel zum Bürokratieabbau beitragen“, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2006.

⁴ Hier ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes für ihre Unterstützung zu danken.

3 Ergebnisse der Belastungsuntersuchung

3.2 Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter

15 Prozent aller Unternehmen meldepflichtig

Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter (amtliche Statistik). Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Millionen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85 Prozent zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden (siehe Abbildung 1).

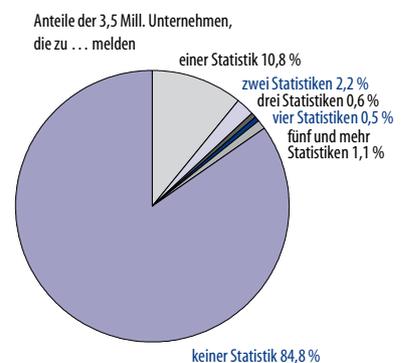
Von den 15,2 Prozent der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8 Prozent zu einer Statistik und 2,2 Prozent zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2 Prozent der Unternehmen betroffen; darunter befanden sich 1,1 Prozent Berichtspflichtige, die fünf und mehr Erhebungen beantworten mussten.

Vor allem größere Unternehmen meldepflichtig

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach sechs Größenklassen der Unternehmen anhand der Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten lässt erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält (siehe Tabelle 1). Von den Kleinunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun SV-Beschäftigten, wurden 12,6 Prozent zu einer Meldung oder auch zu mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (Einheiten mit 10 bis 19 und 20 bis 49 Beschäftigten) und von den mittleren Unternehmen (Einheiten mit 50 bis 249 Beschäftigten) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73 Prozent und von den Großunternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

Es fällt auf, dass für 40 Prozent der Unternehmen keine Angaben zur Beschäftigtenzahl vorliegen. Von diesen sind die wenigsten

Abb. 1 **Meldepflicht der Unternehmen in Deutschland zu Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004**



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Tab. 1 Unternehmen 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Meldepflichten zu Erhebungen der statistischen Ämter

Unternehmen – Meldepflicht	Unternehmen mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten							Insgesamt
	ohne Angabe	bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 249	250 bis 499	500 und mehr	
	in Prozent							
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
ohne Meldepflicht	89,8	87,4	60,0	42,4	32,6	27,1	19,0	84,8
mit Meldepflicht	10,2	12,6	40,0	57,6	67,4	72,9	81,0	15,2
zu einer Statistik	9,1	10,4	24,8	16,6	13,2	12,4	14,1	10,8
zu zwei Statistiken	0,9	1,8	9,7	12,0	10,8	8,8	8,6	2,2
zu drei Statistiken	0,1	0,3	2,8	5,9	7,1	7,6	11,1	0,6
zu vier Statistiken	0,0	0,1	1,5	9,0	6,1	3,7	3,9	0,5
zu fünf und mehr Statistiken	0,1	0,0	1,2	14,1	30,2	40,4	43,3	1,1
	1 000							
Nachrichtlich:								
Zahl der Unternehmen	1 396,0	1 761,4	161,1	96,5	55,4	6,9	5,4	3 482,7

(10 Prozent) von Meldepflichten zur amtlichen Statistik betroffen. Die Beschäftigtenangaben für diese Unternehmen fehlen, weil im zugrunde liegenden Datenmaterial des Registers der Bundesagentur für Arbeit für sie keine Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorliegen. Dies können Kleinstunternehmen sein, in denen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige tätig sind; es können aber auch große Organträger sein, die gegenüber der Steuerverwaltung den Gesamtumsatz der zugehörigen Organgesellschaften melden, ohne über eigenes Personal zu verfügen.

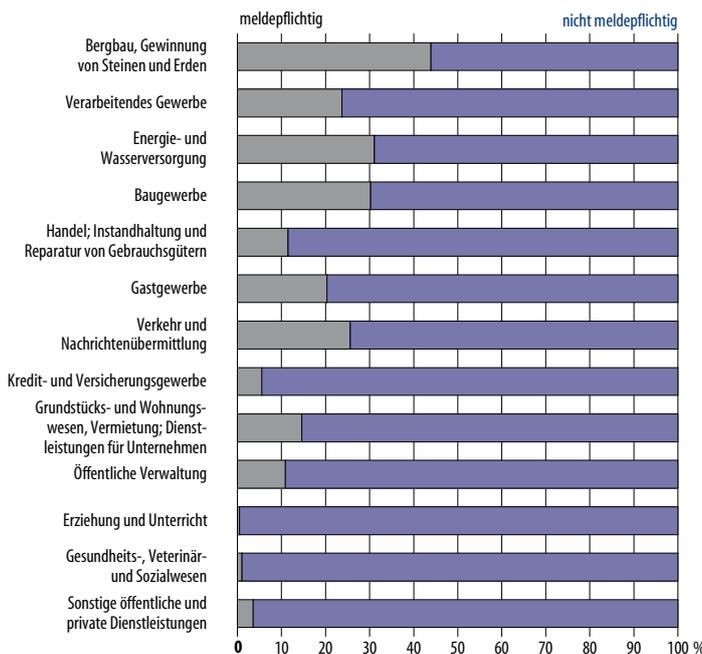
Anteil der Meldepflichten im Produzierenden Gewerbe am höchsten

Die Gruppierung der in Abbildung 1 ausgewiesenen Zahl der meldepflichten und nicht meldepflichten Unternehmen nach den in Betracht kommenden Wirtschaftsabschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ist in Abbildung 2 dargestellt. Dieses lässt erkennen, dass – erwartungsgemäß, weil auch historisch bedingt – in den Wirtschaftsabschnitten des Produzierenden Gewerbes, also in den Abschnitten C bis F der WZ 2003, die höchsten Anteile der Meldepflichten enthalten sind. Das erklärt sich dadurch, dass hier ab einer bestimmten Abschneidegrenze Vollerhebungen durchgeführt werden. Da in den Wirtschaftsabschnitten Handel und Gastgewerbe (Abschnitte G und H der WZ 2003) Stichprobenerhebungen dominieren, ist der Anteil der berichtspflichtigen Registerinheiten dort entsprechend niedriger. Der relativ hohe Anteil der berichtspflichtigen Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K ist auf die seit dem Jahr 2001 durchgeführte Dienstleistungsstatistik zurückzuführen.

Keine Aussage des Unternehmensregisters über die zeitliche Statistikbelastung

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die individuelle und die gesamte Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht allein nicht aus, um die Belastung der Befragten durch die amtliche Statistik einzuschätzen. Hierfür sind vielmehr Kenntnisse über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten erforderlich. Diese können weder aus der Gestaltung der Erhebungsbogen noch aus der Zahl und Komplexität der erfragten Merkmale, die ja bekannt sind, abgeleitet werden. Sie können nur aus Angaben der Berichtspflichtigen selbst berechnet werden. Diesem Ziel diene die amtliche Belastungserhebung, die von den statistischen Ämtern durchgeführt wurde.

Abb. 2 Meldepflichtige und nicht meldepflichtige Unternehmen 2004 nach Wirtschaftsbereichen¹



¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass grundsätzlich vier Faktoren für die Dauer der Bearbeitung einer statistischen Erhebung ausschlaggebend sind: Umfang und Detaillierungsgrad der Erhebung (Länge und Komplexität des Fragebogens), Technik der Datenübermittlung, Organisation des betrieblichen Rechnungswesens bzw. der Datenhaltung und Grad der Vertrautheit der Bearbeiter mit dem Erhebungsprogramm.

3.2 Auswertung der amtlichen Belastungserhebung

3.2.1 Beantwortung eines einseitigen Fragebogens nach dem Zeitaufwand für 74 Statistiken durch fast 75 000 Unternehmen

Die amtliche Belastungserhebung bezog sich auf die 74 Statistiken, die im Jahr 2004 vom Statistischen Bundesamt (18 zentrale Statistiken) und von den Statistischen Ämtern der Länder (56 dezentrale Statistiken) erhoben wurden⁵. Sie erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen (Belastungsbogen zur „Ermittlung des Aufwandes für amtliche Statistiken“), in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde. Zusätzlich sollten die Unternehmen oder Betriebe erklären, ob sie mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden sind.

Unter Zeitaufwand wird die Arbeitszeit verstanden, die im Unternehmen oder Betrieb unmittelbar für die Beantwortung der Fragen der jeweiligen statistischen Erhebung erforderlich ist (einschl. der Recherche der verlangten Daten und ihrer Übermittlung). Sind mehrere Stellen im Unternehmen oder Betrieb mit der Bearbeitung befasst, soll die Summe der Arbeitszeit aller Beteiligten angegeben werden. Auf die Abfrage der damit verbundenen Kosten wurde verzichtet, um den Bearbeitungsaufwand für die Unternehmen gering zu halten.

Die Zahl der in die amtliche Belastungserhebung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Da knapp 75 000 Berichtspflichtige den Belastungsbogen zurückgesandt haben, ergab sich eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5 Prozent. Die Spanne der statistikspezifischen Rücklaufquoten lag zwischen 7,9 Prozent bei der dezentralen Statistik über „Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz“ mit 63 Antwortbogen und 84,5 Prozent bei der dezentralen Erhebung über „Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft“ mit 1 141 Antwortbogen.

Die Belastungsbogen wurden vom DIW Berlin auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten geprüft. Diese Plausibilitätsprüfung wurde anhand formaler Kriterien und aufgrund inhaltlicher Überlegungen vorgenommen. Außerdem waren die im Belastungsbogen „offenen Fragen“ nach Schwierig-

keiten bei der Bearbeitung und nach Verbesserungsvorschlägen zum Erhebungsverfahren mit Hilfe eines vom DIW Berlin entwickelten numerischen Schlüssels zu codieren. Diese außerordentlich zeitaufwändigen Codierungsarbeiten sind zwischen dem DIW Berlin und dem Statistischen Bundesamt aufgeteilt worden.

Die Informationen auf den Belastungsbogen wurden dann um die im Unternehmensregister (URS) gespeicherten Merkmale (Beschäftigte, Umsatz, Wirtschaftszweig, weitere bestehende Meldepflichten zu anderen statistischen Erhebungen) komplettiert, bevor das DIW Berlin die Datensätze für die 74 amtlichen Erhebungen im Statistischen Bundesamt im Wege der Fernrechnung unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung mit seinem Programm auswerten konnte.

3.2.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse

Ausgangspunkt der deskriptiven Analyse des Zeitaufwandes sind die Angaben in Tabelle 2. Sie zeigen die von den betroffenen Unternehmen und Betrieben für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 selbst genannten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten in Minuten je Meldevorgang.

Durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand zwischen einer Dreiviertelstunde und 57 ½ Stunden

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung auf Jahresbasis vorgenommen, das heißt die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit zwölf und für diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit vier multipliziert. Zeitangaben für die drei Statistiken mit mehrjährigen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelstatistik (Statistik 290) mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten (57 ½ Stunden) den Rang 1 und die Binnenschiffahrtsstatistik (Statistik 307) mit 42 Minuten den Rang 72 belegt.

Der hohe Zeitaufwand für die Intrahandelstatistik hat verschiedene Gründe: So spielen die im Jahr abgegebenen Meldungen je Handelsweg (Versendungen und Eingänge), die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre mögliche Kumulierung sowie die Nutzung der verschiedenen Meldeformen (ASCII-Datenträger, ASCII-Online, IDES-Datenträger, IDES-Online, Onlineformular, Papierformular) eine wichtige Rolle. Testrechnungen haben ergeben, dass ein hoher Automatisierungsgrad bei den statistischen Meldungen zu einer Zeitersparnis von bis zu 50 Prozent bei den meldenden Berichtseinheiten führen kann.

Besonderheiten wie bei der Intrahandelstatistik treten auch bei anderen Statistiken auf. So sind bei den mit rund neun Stunden ebenfalls zeitaufwändigen Statistiken Index der Ausfuhrpreise (Statistik 398A auf Rang 15) und Index der Einfuhrpreise (Statistik 398E auf Rang 13) die verschiedenen Meldeformen und spezifische Mengengerüste gleichermaßen von Bedeutung. Die mit knapp 15 Stunden Bearbeitungszeit zu den mit am stärksten belastenden

⁵ Eine Auflistung der Statistiken – ohne die aus Geheimhaltungsgründen entfernten zwei Statistiken (Erhebung über Geothermie und

Investitionserhebung bei Unternehmen, die Erdgas- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben) – enthält Tabelle 2.

Tab. 2 **Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004**

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	Rangfolge
		Anzahl		Minuten		
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ..	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ...	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
56	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturerhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57

noch Tab. 2 Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat.-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausführpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Summe		74 924	73 316	x	x	x

Quelle:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
– Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Erhebungen zählende Eisen- und Stahlstatistik (Statistik 016 auf Rang 7) unterscheidet 16 verschiedene Erhebungsbogen, und auch bei der 17 Stunden beanspruchenden monatlichen Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 007 auf Rang 5) ist das Mengengerüst zu beachten. Hier sind in einem einzelnen Fragebogen für jede Güterart Meldenummer, Maßeinheit, produzierte Menge, Verkaufswert und die zur Weiterverarbeitung bestimmte Menge anzugeben.

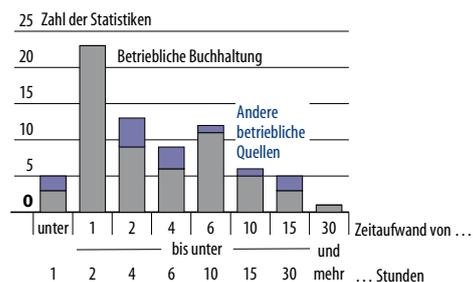
Fasst man die Mittelwerte des jährlichen Meldeaufwandes zu einer Gliederung nach Stunden zusammen, zeigt sich, dass fünf Statistiken weniger als eine Stunde Bearbeitungszeit benötigten, dass aber für zwölf Statistiken mehr als zehn Stunden aufgewendet werden mussten (siehe Abbildung 3). Wie nicht anders zu erwarten, waren die monatlichen Statistiken die zeitaufwändigsten Erhebungen, obwohl auch die Meldungen zu den vierteljährlichen Statistiken einen Bearbeitungsaufwand von zwei bis zu zehn Stunden verursachten.

Kein Zusammenhang zwischen Meldeaufwand und Datenquelle

Fragt man nach der Herkunft der Daten für die Erbringung der statistischen Meldungen, lässt Abbildung 3 erkennen, dass die Angaben aus der Buchhaltung in der Regel die wichtigste Quelle darstel-

len. Alle 23 Statistiken der Zeitaufwandsklasse 1 bis 2 Stunden sowie die Mehrzahl der statistischen Erhebungen in den anderen Zeitaufwandsklassen stützten sich auf die unveränderten und bearbeiteten Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung bzw. aus dem Rechnungswesen. Das bedeutet, dass mit den vorliegenden Ergebnissen nicht belegt werden kann, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Bearbeitung einer Statistik generell steigt, wenn auf andere betriebliche Quellen als auf die Buchhaltung zurückgegriffen wird.

Abb. 3 **Herkunft der Daten bei den 74 im Jahr 2004 erhobenen Statistiken nach Zeitaufwandklassen**



Quelle:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin),
Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Meldeaufwand steigt mit zunehmender Unternehmensgröße

Eine Analyse des Meldeaufwandes nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Erfüllung der Statistikpflichten mit zunehmender Unternehmens- bzw. Betriebsgröße steigt. So liegen die Bearbeitungszeiten in der Größenklasse mit 20 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und teilweise in den Klassen mit mehr als 50 Beschäftigten öfter über als unter dem durchschnittlichen statistikspezifischen Meldeaufwand aller Berichtspflichtigen, in den Größenklassen mit mehr als 250 Beschäftigten sind es sogar mehr als doppelt so viele.

Bei den Kleinstunternehmen mit bis zu neun SV-Beschäftigten bzw. bei den Kleinunternehmen mit zehn bis 19 SV-Beschäftigten war die durchschnittliche Bearbeitungszeit im Jahr 2004 bei 46 bzw. bei 38 Statistiken geringer als der statistikspezifische Mittelwert über alle Größenklassen. Das ist beachtlich, weil es die weit verbreitete Meinung relativiert, nach der die kleinsten und kleinen Unternehmen und Betriebe am meisten von der amtlichen Statistik belastet sind.

Linksschiefe Verteilung der statistikspezifischen Bearbeitungszeit

Betrachtet man die Lokalisations- und Dispersionsmaße der Verteilung des Meldeaufwandes für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (Standardabweichung, Median, Prozent-schwellen, Minima und Maxima), stellt man fest, dass der statistikspezifische Zeitaufwand die Form einer linksschiefen Verteilung hat, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Steigungswinkeln. Das verdeutlicht Abbildung 4 für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, das erkennen lässt, dass der Anteil von Beobachtungen mit relativ geringem Zeitaufwand höher ist als der Anteil derer mit großem Aufwand.

3.2.3 Ergebnisse der Hochrechnung

Ziel der Hochrechnung ist es, die gesamte zeitliche Belastung der Unternehmen in Deutschland zu bestimmen, die von Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 betroffen waren. Hierzu wurde zum einen auf die Angaben aus dem Unternehmensregister

zurückgegriffen, demzufolge 528 500 Einheiten Meldepflichten haben, und zum anderen auf die Ergebnisse aus der amtlichen Belastungserhebung über den Zeitaufwand zur Erfüllung der Meldepflichten.

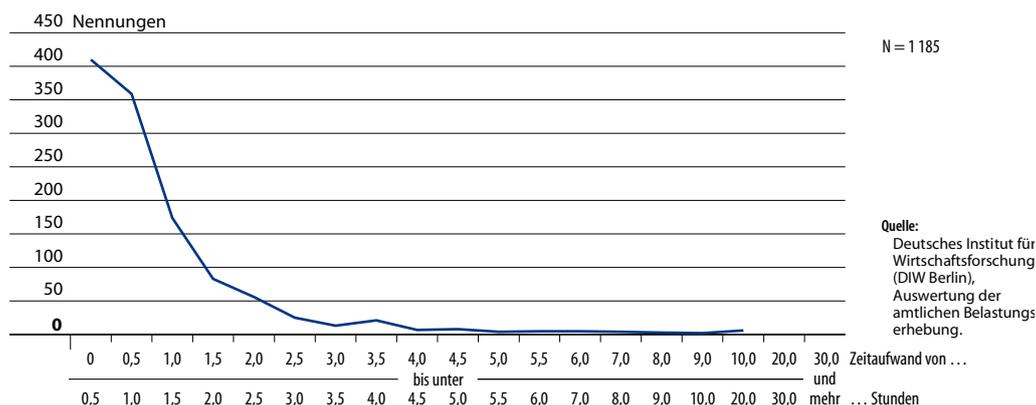
Der Fragebogenrücklauf aus der Belastungserhebung mit mehr als 73 000 verwertbaren Antworten zum Meldeaufwand stellt also die Datenbasis dar, von der auf den Zeitaufwand der Grundgesamtheit geschlossen werden kann, das heißt auf alle zu den Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 meldepflichtigen Unternehmen in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen. Anders als bei vielen anderen Stichprobenerhebungen ist hier eine für die Fragestellung wesentliche Merkmalsverteilung in der Grundgesamtheit aus dem Unternehmensregister prinzipiell bekannt, die Zahl der Meldepflichten der einzelnen Unternehmen zur amtlichen Statistik. Sie ist dadurch bestimmt worden, dass den Unternehmen die im Unternehmensregister gesondert ausgewiesenen Betriebe (Einbetriebs-, Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen) mit ihren jeweiligen Berichtspflichten zugeordnet wurden.

Bei der Hochrechnung wurde versucht, in der Datenbasis der Belastungserhebung vorhandene Verzerrungen durch entsprechende Gewichtung auszuscheiden. Das führte dazu, dass die in Tabelle 2 zusammengestellten Angaben der befragten Unternehmen über die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten über die Erhebungen der statistischen Ämter sich bei einer Vielzahl von Statistiken mehr oder weniger stark veränderten.

Meldeaufwand aller berichtspflichtigen Unternehmen bei 6,7 Millionen Stunden mit starker Streuung nach Größenklassen

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von den statistischen Erhebungen betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Millionen Stunden (siehe Tabelle 3). Zwar ist der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten –, aber die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert sehr stark.

Abb. 4 Verteilung der Bearbeitungszeit für den Monatsbericht Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Statistik 001) im Jahr 2004



Der Meldeaufwand der Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42 Prozent aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4 Millionen Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwandes für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwandes entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8 Prozent des gesamten Meldeaufwandes bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden, also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichten je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Die erwähnten Ergebnisse aus Tabelle 3 bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Meldeaufwand steigt in Abhängigkeit von der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Der bei der Ermittlung des tatsächlichen Meldeaufwandes zugrunde gelegte Umfang der Meldepflichten der im Unternehmensregister enthaltenen Unternehmen macht es möglich, die aufgewendete Zeit nach der Zahl der Statistiken zu klassifizieren. Dann wird deutlich, dass ein Drittel des gesamten Meldeaufwandes im Jahr 2004 auf die knapp 375 000 Unternehmen entfiel, die von nur einer Statistik betroffen waren. Der durchschnittliche Zeitaufwand je meldepflichtigem Unternehmen lag hier bei 5,8 Stunden (siehe Tabelle 4).

Fasst man alle von bis zu drei Statistiken betroffenen Unternehmen zusammen – sie machen bereits knapp 90 Prozent aller Berichtspflichtigen aus –, kommt man auf einen Anteil von fast 54 Prozent am gesamten Meldeaufwand. Das führt zu einem durchschnittlichen Meldeaufwand je berichtspflichtigem Unternehmen von 7,7 Stunden. Von zehn und mehr Statistiken, für die 12,3 Prozent der gesamten Bearbeitungszeit mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 141,3 je Berichtspflichtigem aufgewendet wurden, waren knapp 5 800 Unternehmen, also 1,1 Prozent aller Meldepflichtigen tangiert. Darunter sind 67 Unternehmen, die im Jahr 2004 zu 18 und mehr Erhebungen der statistischen Ämter melden mussten.

Tab. 3

Elf Statistiken verursachen 81 Prozent des gesamten Meldeaufwandes, die Hälfte davon entfällt auf die Intrahandelstatistik

Eine Spezifizierung des im Jahr 2004 erbrachten Meldeaufwandes von 6,7 Millionen Stunden nach den einzelnen Statistiken liefert eine Information über die Betroffenheit der nach Beschäftigtengrößenklassen gruppierten Unternehmen und über den dadurch verursachten Zeitaufwand. Es zeigt sich, dass der Meldeaufwand zwischen 415 Stunden bei der Düngemittelstatistik (Statistik 028) und knapp 2,8 Millionen Stunden bei der Intrahandelstatistik (Statistik 290) liegt. Zum Zeitaufwand für die Düngemittelstatistik haben 67 Meldungen beigetragen, von denen jeweils elf aus den Größenklassen 20 bis 49 Beschäftigte und 500 und mehr Beschäftigte stammen. Der Zeitaufwand für die Intrahandelstatistik erklärt sich durch 57 233 Meldungen, von denen die meisten auf die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten zurückgehen, die Onlineverfahren nicht so stark nutzen wie größere Unternehmen.

Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Durchschnittlicher Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	Anzahl	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
Ohne Angabe	141 076	26,7	1 087,5	16,2	7,7	60,6
bis 9	220 845	41,8	1 353,1	20,2	6,1	48,0
10 bis 19	64 260	12,1	610,9	9,1	9,5	74,8
20 bis 49	55 554	10,5	1 267,8	18,9	22,8	179,5
50 bis 249	37 357	7,1	1 467,6	21,9	39,3	309,4
250 bis 499	5 056	1,0	382,7	5,7	75,7	596,1
500 und mehr	4 387	0,8	536,6	8,0	122,3	963,0
Insgesamt	528 535	100	6 706,2	100	12,7	100

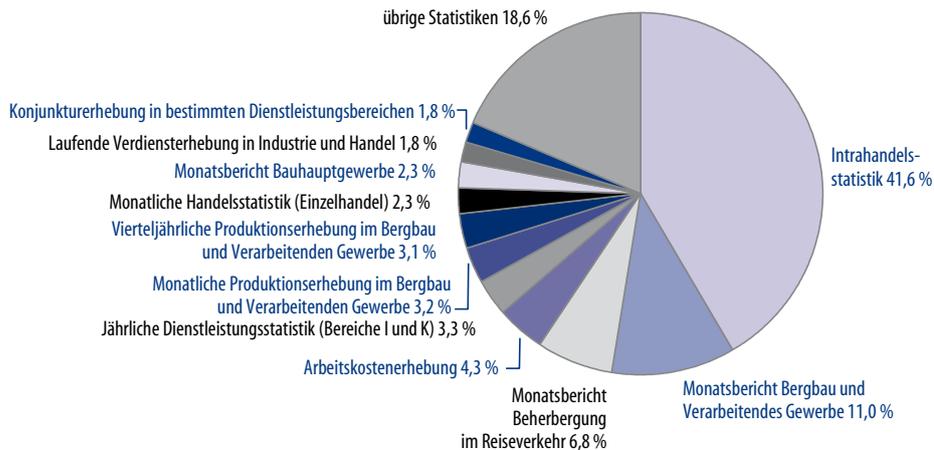
Tab. 4

Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Zahl der zu bearbeitenden Statistiken	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	1 000	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
1 Statistik	374,6	70,9	2 198,8	32,8	5,8	45,7
2 Statistiken	73,9	14,0	844,4	12,6	11,4	89,8
3 Statistiken	22,8	4,3	564,9	8,4	24,7	194,5
4 Statistiken	18,0	3,4	500,7	7,5	27,8	218,9
5 Statistiken	12,5	2,4	500,4	7,5	39,9	314,2
6 Statistiken	8,1	1,5	418,3	6,4	51,4	404,7
7 Statistiken	5,7	1,1	33,9	5,0	58,1	457,5
8 Statistiken	4,1	0,8	274,1	4,1	67,3	529,9
9 Statistiken	2,9	0,6	238,7	3,6	80,9	837,0
10 und mehr Statistiken	5,8	1,1	82,1	12,3	141,3	1 112,3
Insgesamt	528,4	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Abb. 5 **Zeitaufwand für einzelne Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004**



Quelle:
Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Die Intrahandelsstatistik ist es, die von allen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 – nicht nur in Deutschland⁶ – den höchsten zeitlichen Aufwand verursacht hat. Auf sie entfielen fast 42 Prozent des gesamten Meldeaufwandes (Abbildung 5), was einem jährlichen durchschnittlichen Aufwand von 49 Stunden entspricht. Der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 001) war mit durchschnittlich 18 Stunden im Jahr für ein Neuntel des Zeitaufwandes verantwortlich, die gleiche

zeitliche Belastung verursachten zusammengenommen der Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr (Statistik 469) und die vierjährige Arbeitskostenerhebung (Statistik 489). Elf Statistiken waren für 81 Prozent des gesamten statistischen Meldeaufwandes im Jahr 2004 verantwortlich.

Verarbeitendes Gewerbe am stärksten von Statistiken belastet

Im Rahmen der Hochrechnung ist der Meldeaufwand der Unternehmen auch nach Wirtschaftsbereichen ermittelt worden. Zugrunde gelegt wurden die durch Einzelbuchstaben definierten Abschnitte der WZ 2003, die bereits bei der Auswertung des Unternehmensregisters nach meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Berichtseinheiten Anwendung fanden (siehe Abbildung 2).

Die Ergebnisanalyse macht deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom Verarbeitenden Gewerbe (Abschnitt D), vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ (Abschnitt G) und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ (Abschnitt K) erbracht wird (siehe Tabelle 5). Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ und „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45 Prozent an allen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut 46 Prozent des Meldeaufwandes von 2,6 Millionen Stunden erbringen.

Tab. 5 **Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftsabschnitten¹**

Wirtschaftsabschnitt ¹	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	89,1	1 759,6	19,8
H Gastgewerbe	60,1	531,1	8,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

3.2.4 Ansatzpunkte zur Entlastung von statistischen Meldepflichten

In der amtlichen Belastungserhebung ist in zwei „offenen Fragen“ auch nach „Schwierigkeiten bei der Beantwortung“ und nach „Anregungen zur Verbesserung oder Erleichterung der Erhebungen“ gefragt worden. Obwohl nur knapp ein Fünftel aller Belastungsbogen verbale Antworten enthielt, ist der mit der Erhebung gewonnene Fundus an Informationen beachtlich: Von fast 12 900 Befragten liegen insgesamt rund 18 800 Anmerkungen vor.

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

⁶ In Österreich entfielen im Jahr 2004 fast 59 Prozent des gesamten Meldeaufwandes für STATISTIK AUSTRIA auf die Intrahandelsstatistik.

Klassifizierung der von den Unternehmen genannten Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge

Die Anmerkungen wurden nach einem vom DIW Berlin entwickelten Codierungsschema acht Hauptgruppen zugeordnet, durch die der Inhalt der Antworten abgedeckt werden konnte. Die als Kritik gewerteten Kommentare wurden als „allgemeine Kritik“, „terminliche/technische Probleme“ und „begriffliche/inhaltliche Probleme“ differenziert, die als Vorschläge eingestuft. Aussagen unter den Stichworten „un-spezifische Vorschläge“, „allgemeine Verfahrensvorschläge“, „erhebungstechnische Vorschläge“ sowie „Vorschläge zu den Befragungsinhalten“ eingeordnet. Alle anderen Bemerkungen und Hinweise wurden in der achten Hauptgruppe registriert.

Zur Herausarbeitung der konkreten Kritikpunkte und der Änderungsvorschläge zur Gestaltung der Inhalte der Statistiken sind die Hauptgruppen des Codierungsschemas nach Gruppen weiter unterteilt worden. Aufgenommen wurden Einzelcodes für die Gruppe „geforderte Angaben im betrieblichen Berichtssystem so nicht erfasst“ und für die Gruppe „einzelne Sachverhalte werden in zu tiefer Differenzierung erfragt“, jeweils differenziert danach, ob der Fragebogen konkrete Beispiele enthält oder nicht und wie die Befragten mit der für sie nicht erfüllbaren Berichtspflicht umgehen („Daten werden geschätzt“). Die Darstellung wird ergänzt um die damit spiegelbildlich verbundenen Vorschläge zur Änderung der Erhebungsinhalte.

Größere Schwierigkeiten bei komplexen Statistiken

Probleme damit, die erfragten Sachverhalte oder zumindest wichtige einzelne Tatbestände dem betrieblichen Berichtssystem direkt zu entnehmen, häufen sich erwartungsgemäß vor allem bei den statistischen Erhebungen, deren Fragenprogramm besonders umfangreich und komplex ist. Im Mittel über alle Statistiken sind die Anteilswerte der hier betrachteten Gruppen mit 11 Prozent vergleichsweise niedrig. Dabei ist der Anteil der Anmerkungen mit Beispielen mit 8,1 Prozent deutlich höher als jener der allgemein gehaltenen Aussagen (2,9 Prozent).

Besonders große Probleme, die geforderten Daten dem betrieblichen Rechnungswesen zu entnehmen, ergeben sich den Anmerkungen zufolge bei Umweltstatistiken, insbesondere bei der für das Produzierende Gewerbe (Statistik 525) mit 20 Prozent, der jährlichen Handelsstatistik (Statistik 460) mit 25 Prozent, bei den Kostenstrukturerhebungen (Statistik 013: 23,9 Prozent; Statistik 056: 19,8 Prozent; Statistik 271: 19,1 Prozent) und vor allem bei der Arbeitskostenerhebung (Statistik 489), bei der nahezu jede zweite Anmerkung dieses Problem betrifft. Letztere führt die Rangfolge der mit Beispielen unterlegten Kritikpunkte an, gefolgt von der Statistik zur Energieverwendung und den Handelsstatistiken.

Ein ähnliches Bild – im Mittel wie bei der Verteilung über die einzelnen Statistiken – zeigt sich bei der Kritik an einzelnen Sachverhalten. Neben der generellen Kritik an der „wirklichkeitsfremden“ Abfrage von Unternehmensdaten gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen auf einzelne Sachverhalte, die in der

geforderten Differenzierung im Unternehmen bzw. Betrieb nicht oder nicht mehr erfasst werden. Derartige, mit Beispielen belegte Kritikpunkte häufen sich wiederum bei den Strukturerhebungen, insbesondere bei der unter den Kleinst- und Kleinunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (Statistik 013K), bei den Handelsstatistiken und der Statistik der Energieverwendung (Statistik 060).

Wichtige Kritikpunkte und am meisten genannte Entlastungsvorschläge

Fasst man die umfangreichen quantitativen Aussagen der Teilnehmer der amtlichen Belastungserhebung zusammen, zeigen die Antworten auf die Frage nach Schwierigkeiten mit jeweils einer speziellen Statistik ein breites Spektrum von Tatbeständen, die als mehr oder weniger große Probleme wahrgenommen werden. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie diese Probleme behoben oder zumindest verringert werden können. Dabei haben sich Fragen der terminlichen wie begrifflichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Statistiken, die Häufung der Auskunftspflichten bei einem relativ kleinen Kreis von Unternehmen sowie die Überforderung der Berichtssysteme vor allem kleinerer Unternehmen durch sehr differenzierte Datenanforderungen als Kritikscherpunkte herausgestellt.

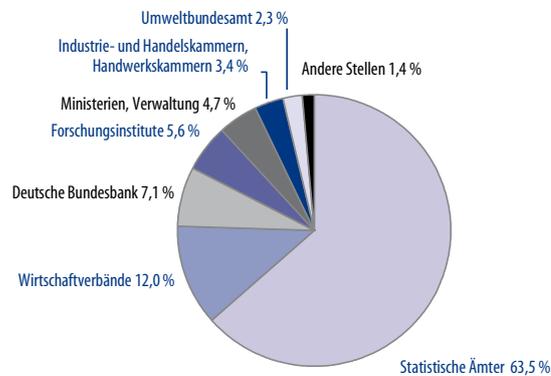
Um die Beanspruchung zu verringern, wird die verstärkte Nutzung anderer Datenquellen, insbesondere solcher der Verwaltung, die Straffung des Erhebungsprogramms sowie eine Anpassung der Begrifflichkeiten an die betrieblichen Informationssysteme gefordert. Welche Bedeutung der Kritik und den Empfehlungen zukommt, mag im Einzelfall ohne Detailkenntnis schwer einzuschätzen sein. Die hier dokumentierte Häufung bestimmter Kritikpunkte sollte aber in jedem Fall zum Anlass genommen werden, nach Abhilfe zu suchen.

Soweit es sich um Probleme praktischer Abläufe wie die Handhabung von Terminen oder die Vermeidung von Häufungen der Auskunftspflichten handelt, zum Beispiel durch die Einrichtung eines zentralen Datenpools, sind die statistischen Ämter Adressat dieser Aufforderung. Damit sollen ihre permanenten Bemühungen um Entlastung der Befragten nicht ignoriert werden, zumal diese ja auch von den Auskunftspflichtigen anerkannt werden. Gleichwohl scheinen im Detail weitere Verbesserungen erforderlich und möglich zu sein. Eine benutzerfreundliche Gestaltung der Fragebogen oder der weitere Ausbau elektronischer Meldewege sind Beispiele dafür.

Schwieriger scheint es schon, die von den Befragten geforderte Straffung des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik oder eine an der Unternehmenswirklichkeit orientierte Begrifflichkeit bei einzelnen Befragungen zu erreichen. Hier sind die Interessen unterschiedlicher Nutzerkreise betroffen, die erfahrungsgemäß für eine Verringerung des Angebots an den von ihnen mehr oder weniger dringend benötigten Informationen nur schwer zu gewinnen sind. Hier sind letztlich Einsicht und Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und dem Gesetzgeber als den Hauptnutzern der Daten gefordert.

Abb. 6 **Von den zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen¹ gelieferte statistische Informationen im Jahr 2004 nach Empfängern und Zeitaufwand für die Bearbeitung der statistischen Ämter**

Anteil am gesamten Berichtsaufwand



Quelle:
Unternehmensbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

¹ 959 Unternehmen mit einem Bearbeitungsaufwand von 50 900 Stunden.

3.3 Auswertung der Unternehmensbefragung und der Interviews des DIW Berlin

3.3.1 Messlatte zur Einordnung der Belastung durch amtliche Statistiken in eine Gesamtbelastung durch bürokratische Informationspflichten

Zur Gewinnung von Informationen über die Belastung der Unternehmen durch nicht amtliche Statistiken, über das Verhältnis des Aufwandes für amtliche Statistiken zu dem für andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung sowie über den Nutzen der amtlichen Statistik hat das DIW Berlin im Anschluss an die amtliche Belastungserhebung eine weitere schriftliche Befragung durchgeführt; diese richtete sich an Unternehmen, die sich bei der amtlichen Erhebung mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden erklärt hatten. Außerdem wurden 31 Interviews bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführt.

Definition und Abgrenzung von Informationspflichten

Die Informationsgewinnung durch die zusätzliche Befragung setzte eine Begriffsklärung voraus, die komplizierter war, als es auf den ersten Blick schien. So musste der im Fragebogen enthaltene Themenkomplex „statistische Meldungen“ definiert und von den amtlichen Statistiken abgegrenzt werden; ebenso war der Themenkomplex „Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ einzugrenzen.

Für den ersten Fragenkomplex wurde eine pragmatische Lösung gewählt, indem bei der Frage nach den Urhebern und der Zahl der Anfragen einige Institutionen vorgegeben wurden, die erfahrungsgemäß statistische Meldungen anfordern oder erbit-

ten. Durch die Berücksichtigung der Auskünfte ohne rechtliche Verpflichtungen sollte ein Überblick über die von den Unternehmen freiwillig erbrachten statistischen Meldungen gewonnen werden.

Für den zweiten Fragenkomplex über den Umfang der Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung, definiert durch Leistungen zur Einhaltung von gesetzlichen Melde- oder Informationspflichten, wurde fragetechnisch eine Mischform gewählt. Eine prinzipiell „offene Frage“ wurde mit Teilvorgaben für jene Bereiche (Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen, Produktion und Leistungserstellung) kombiniert, bei denen den Unternehmen traditionsgemäß ein hoher Berichts- und Aufzeichnungsaufwand entsteht. Damit stellt die Differenzierung der Themen im DIW-Fragebogen einen Kompromiss zwischen der wünschenswerten Genauigkeit der Abfrage und der Zumutbarkeit für die befragten Unternehmen dar.

Geringe Beteiligung der auskunftsbereiten Unternehmen

Die Bereitschaft der an der amtlichen Belastungserhebung beteiligten Unternehmen, für eine zusätzliche Befragung durch das DIW Berlin zur Verfügung zu stehen, war geringer als erwartet. Von den knapp 5 000 auskunftswilligen Berichtseinheiten, von denen nach Bereinigung auf Unternehmensbasis rund 4 500 Einheiten übrig blieben, haben 1 031 den Fragebogen ausgefüllt: Das entspricht einer Rücklaufquote von 23,3 Prozent. Diese für ein Sample aus prinzipiell auskunftswilligen Teilnehmern geringe Zahl von Antworten erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die Bereitschaft in Unkenntnis des doch relativ zeitaufwändigen DIW-Fragenkatalogs erklärt worden war.

Nach der Prüfung der Fragebogen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten konnten schließlich 959 Bogen als verwertbar und beim zentralen Thema, dem Zeitaufwand für verschiedene Meldepflichten, als plausibel eingestuft werden. Damit hat das Antwortsample absolut genommen wie auch im Vergleich zu anderen Untersuchungen einen durchaus akzeptablen Umfang, obwohl tief gegliederten Analysen relativ enge Grenzen gesetzt sind.

Darüber hinaus weist das Sample eine Verzerrung auf, weil die Beschränkung auf die auskunftswilligen Unternehmen der amtlichen Belastungserhebung einen mehrstufigen Selektionsprozess impliziert; als Resultat sind größere Unternehmen und solche mit etwas überdurchschnittlichem Meldeaufwand überrepräsentiert. Dieses Übergewicht hält sich nach Auffassung des DIW Berlin zwar in vertretbaren Grenzen, jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Verzerrung Rückwirkungen auf den Umfang und den Zeitaufwand der anderen Berichtspflichten hat. Die Ergebnisse dürften insofern über dem Durchschnitt der Gesamtheit aller betroffenen Unternehmen liegen.

3.3.2 Ergebnisse der zusätzlichen DIW-Befragung

Für die Unternehmen, die im Jahr 2004 zur amtlichen Statistik meldepflichtig waren, konnte durch die DIW-Befragung auch der Zeitaufwand ermittelt werden, den sie für die Beantwortung der Anfragen erbringen müssen, die von anderen Stellen als den statistischen Ämtern an sie gerichtet werden.

Zwei Drittel der gelieferten statistischen Informationen entfallen auf amtliche Statistiken

Bei den statistischen Anfragen im engeren Sinn überwiegen die Meldungen an die statistischen Ämter, knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwandes der Unternehmen entfällt auf sie (siehe Abbildung 5). Hinzu kommen statistische Meldepflichten an die Deutsche Bundesbank⁷, soweit aus den Antworten ersichtlich, gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen 15,4 Prozent der Arbeitszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

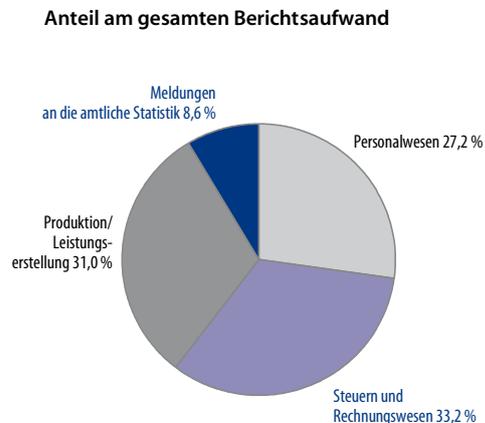
Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6 Prozent des Bearbeitungsaufwandes entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert werden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3 Prozent der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten. Dabei liegt es offenbar an der Zusammensetzung des Samples, dass beispielsweise Meldepflichten gegenüber dem Kraftfahrt-Bundesamt oder dem Bundesamt für Güterverkehr nur selten genannt wurden.

Zeitaufwand für andere Informationspflichten zehnmal höher als für die amtliche Statistik

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Dies steht im Einklang mit der Begrifflichkeit des in den Niederlanden konzipierten Standardkosten-Modells, das die Bundesregierung zum Vorbild für ihre Vorgehensweise beim Bürokratieabbau nehmen will. Jedoch wurden in die DIW-Befragung zum Teil auch Melde- und Informationspflichten einbezogen, die der Kontrolle der Unternehmensaktivitäten dienen (z. B. Einhaltung von Umweltschutzaufgaben, Zollbestimmungen, Arbeitsschutzaufgaben).

Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen,

Abb. 7 **Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen¹ für die Berichtspflichten im Jahr 2004: Meldungen, Bescheinigungen oder Aufzeichnungen in ausgewählten Tätigkeitsbereichen**



Quelle: Unternehmensbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

¹ 1959 Unternehmen mit einem Bearbeitungsaufwand von 376 000 Stunden.

Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung in der Summe der Unternehmen mit rund 27 bis 33 Prozent des gesamten Zeitaufwandes annähernd gleich große Belastungen darstellen (siehe Abbildung 6). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9 Prozent des Zeitaufwandes für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Grundgesamtheit nur die rund 15 Prozent der Unternehmen in Deutschland umfasst, die im Jahr 2004 zu den Erhebungen der statistischen Ämter herangezogen wurden. Über die Inanspruchnahme der übrigen Unternehmen durch Melde- und Informationspflichten außerhalb der amtlichen Statistik ist genau genommen keine Aussage möglich. Es darf jedoch angenommen werden, dass diese Unternehmen, die überwiegend Kleinst- und Kleinunternehmen sind, im Durchschnitt einen geringeren Zeitaufwand für nicht amtliche Statistiken und wohl kaum einen höheren für andere Melde- und Informationspflichten erbringen müssen als der hier untersuchte Kreis. Insgesamt betrachtet verringert die Berücksichtigung dieses Sachverhaltes dennoch nochmals den Anteil, den die amtliche Statistik an „Bürokratielasten“ hat.

3.3.3 Nutzen amtlicher Statistik

Im Rahmen der ergänzenden Unternehmensbefragung des DIW Berlin und bei den Interviews wurde auch nach der Nutzung und dem Nutzen von Daten der amtlichen Statistik gefragt. Es zeigte sich, dass knapp 30 Prozent der rund 1000 befragten Unternehmen Informationen der statistischen Ämter, aber in gleichem Umfang auch Statistiken der Kammern und anderer Stellen nutzen. Berichte von Forschungs-

⁷ Die Meldungen an die Deutsche Bundesbank werden bei anderer als der hier verwendeten Abgrenzung häufig auch zur amtlichen Statistik gezählt.

instituten werden etwas stärker genutzt, und die Statistiken der Verbände finden bei 45 Prozent der Unternehmen Verwendung. Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz von Unternehmen, die „keine Datennutzung“ angegeben haben; dieser liegt bei allen Informationsquellen – mit Ausnahme der Verbandsstatistiken – in der Größenordnung von 70 Prozent.

Wirtschaft als wichtiger Nutzer amtlicher Statistik

Die Aussagen zum Nutzen amtlicher Statistiken für die Wirtschaft, die aufgrund der eigenen Nutzerbefragung sehr begrenzt sind, lassen sich durch den Rückgriff auf die Ergebnisse breiter angelegter Nutzerumfragen erweitern. So haben die vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank bei ausgewählten Nutzern Anfang 2005 durchgeführten freiwilligen Erhebungen, die für das Datenmodul eines Berichtes über Deutschland des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestimmt waren, bestätigt, dass der Verwendungszweck statistischer Daten über ihren Nutzen entscheidet.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Wirtschaft – repräsentiert durch Unternehmen, Banken, Verbände und Gewerkschaften – die meisten Daten der amtlichen Statistik für kurzfristige Entscheidungen und für längerfristige politische Ziele verwendet. Aber auch für ökonomische Modelle und für Prognosen werden die amtlichen Datensätze herangezogen. Dabei interessieren vorrangig Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzstatistiken, den Außenhandels- sowie den Produktions- und Preisstatistiken.

Nutzen bei Kleinunternehmen stärker verdeutlichen

Die bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführten Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die amtliche Statistik für größere Unternehmen zwar unmittelbar wichtig ist, dass ihr mittelbarer Nutzen durch den starken Rückgriff der Unternehmen auf Forschungsberichte und andere Expertisen aber noch größer ist. Kleinen Unternehmen ist der Nutzen von Statistiken, zu denen sie selbst beitragen, oft überhaupt nicht bewusst, sodass diese selten darauf zurückgreifen. Hier sind die statistischen Ämter gefordert, den befragten Unternehmen den Nutzen und den Wert von Erhebungen zu verdeutlichen, um das vorhandene Nutzenpotenzial auszuschöpfen. „Nicht immer nur Paragrafen zum Fragebogen nennen, sondern auch mal Hinweise geben, was mit unseren Angaben geschieht“, lautete oft der Tenor der interviewten Kleinunternehmen.

Andererseits muss die Wirtschaft stärker ihren eigentlichen Nutzerbedarf artikulieren, damit die knappen Ressourcen der amtlichen Statistik effizient eingesetzt werden können. Das setzt voraus, dass der Kontakt zwischen den statistischen Ämtern auf der einen Seite und den Unternehmen als den Auskunftgebenden und gleichzeitig potenziellen Nutzern auf der anderen Seite intensiviert wird. Dabei gilt es auch, die Aufwand-Nutzen-Relation, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem

Thesenpapier „sowohl von den Meldern als auch von den Verwendern statistischer Daten nicht als ausgewogen empfunden wird“, bei den amtlichen Statistiken ins Gleichgewicht zu bringen.

Einseitige Kosten- und Belastungsdiskussion durch Nutzenüberlegungen ergänzen

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ist die amtliche Statistik unverzichtbar, obwohl ihr Nutzen von den verschiedenen Anwendergruppen nicht immer so eingeschätzt wird. Anhand von Beispielen wird gezeigt, welche Bedeutung die amtliche Statistik für die nationale Politik, aber auch für die Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union hat, und was sein würde, wenn es bestimmte Statistiken nicht (mehr) gäbe. Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, ihr Verständnis von amtlicher Statistik als primär bürokratischer, obrigkeitlicher Aktivität aufzugeben mit der Folge einer Unterstützung anstatt einer weiteren Beschneidung. Die teilweise einseitige Sichtweise auf Kosten und Belastung muss durch eine Berücksichtigung der Nutzenseite ergänzt werden.

Gemeinsam mit den statistischen Ämtern sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die deutsche amtliche Statistik das Nebeneinander von europäischen und nationalen Interessen bei der starken Stellung der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank („Europe first“) bewältigen kann. Das ist deshalb so wichtig, weil schon heute fast zwei Drittel der Wirtschaftsstatistik in Deutschland auf Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union zurückgehen. Und als Folge des Lissabon-Prozesses ist eher mit einer Zunahme von statistischen Indikatoren zur politischen Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung zu rechnen als mit einem Abbau der europäischen Statistikanforderungen.

Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik notwendig

Darüber hinaus ist die Politik aufgerufen, im nationalen Rahmen für eine Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen zu sorgen, um eine schnelle Reaktion der statistischen Ämter auf akut auftretende Fragen sicherzustellen. Diese sind oft Folge gesellschaftlicher Veränderungen, für deren Akzeptanz in der Bevölkerung die Medien, aber auch die politischen Mandatsträger Verantwortung tragen. Hierzu ist es erforderlich, der Gesellschaft die Bedeutung von amtlichen Statistiken als öffentliches Gut stärker bewusst zu machen.

Die Wissenschaft wird aufgefordert, die teilweise immer noch vorhandene Kommunikationsbarriere zwischen ihren Datennutzern und den statistischen Ämtern als den Datenproduzenten zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weitere Erfolge zeigen und dass die Weiterführung der Forschungsdatenzentren, für die plädiert wird, mit einem noch umfangreicheren, kostenfreien Datenangebot zu einer stärkeren Anerkennung des Nutzens amtlicher Statistiken führt.

4 Die amtliche Statistik in aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“

Eine überblicksartige Analyse der vorliegenden Untersuchungen zur Bürokratiebelastung zeigt, dass Meldepflichten zur amtlichen Statistik nur als eines von vielen Elementen „bürokratischer Lasten“ betrachtet werden. Die Studien beschränken sich oft auf einzelne Bereiche der Wirtschaft, ihre empirische Basis ist teilweise schwach, und die Befunde müssen wegen des Zeitablaufs als veraltet gelten. Eine Ausnahme bilden die jüngsten Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM).

Die viel zitierte IfM-Untersuchung „Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen“ aus dem Jahr 2003 hatte das Ziel, die auf die Wirtschaft „überwälzten Bürokratiekosten“ zu quantifizieren. Dies wurde auf der Grundlage einer schriftlichen Befragung von 1 220 Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige vorgenommen.

Bedeutung der Statistikbelastung im Rahmen von Bürokratielasten gering

In der Studie wurde neben „Bürokratiefeldern“ (Ermittlung und Abführung von Steuern, Sozialversicherung, Arbeitsrecht/-schutz, Umweltschutz) auch nach statistischen Auskunftsbegehren verschiedener Institutionen gefragt (Bundesbehörden, Landes- und Kommunalbehörden, Berufsgenossenschaften, Kammern und Verbände, andere) und jeweils die Angabe der Zahl der jährlich abzugebenden Meldungen erbeten. Für die einzelnen Felder sollte zudem auf einer Skala von 1 bis 5 eine Bewertung der Schwere der Belastung durch die befragten Unternehmen vorgenommen werden.

Eine pauschale Schätzung des Zeitaufwandes für „bürokratiebedingte Pflichten“ und der Gesamtkosten sowie eine Aufteilung der Kosten auf die verschiedenen Bürokratiefelder rundete die geforderten Angaben ab. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die „Statistik“ von den Unternehmen als sehr belastend empfunden wird, dass sie aber im Gesamtgefüge des Zeit- und Kostenaufwandes für die verschiedenen „Bürokratielasten“ eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat.

Vom DIW Berlin ermittelter geringer Meldeaufwand für amtliche Statistiken durch andere Studien bestätigt

Die Folgeuntersuchung des IfM zur „Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen“ aus dem Jahr 2005 geht grundsätzlich anders vor als die Vorgängerstudie. Sie konzentriert sich auf die Messung des Zeitaufwandes ausgewählter Aktivitäten in den Unternehmen, darunter auch für die Bearbeitung ausgewählter Statistiken (Verdienststatistiken und Intrahandelsstatistik) mit REFA-Methoden. In Anbetracht des aufwändigen Messverfahrens mit dem Stoppuhr-Modell war dies nur mittels Fallstudien möglich, hat aber zu zuverlässigen individuellen Beobachtungen geführt. Die Untersuchungsergebnisse bestätigen für die ausgewählten amtlichen Statistiken im Wesentlichen den in der DIW-Belastungsstudie dafür ermittelten zeitlichen Meldeaufwand.

Die überblicksartige Auswertung der anderen Bürokratiekosten-Studien zeigt, dass die Bürokratiebelastung allgemein mit zunehmender Unternehmens- und Betriebsgröße steigt, die Belastung pro Kopf der Beschäftigten (oder im Verhältnis zum Umsatz) aber abnimmt. Der Anteil der Statistik an der gesamten Bürokratiebelastung variiert stark, was wegen der sehr unterschiedlichen Abgrenzung nicht überrascht. Von Bedeutung ist auch, ob der Anteil der auf die Statistik entfallenden Belastung anhand des zeitlichen Aufwandes oder anhand des kostenmäßigen Aufwandes berechnet wird. Der Statistikanteil am Zeitaufwand ist höher als derjenige am Kostenaufwand, weil für die Bearbeitung von statistischen Anfragen typischerweise eigenes Personal eingesetzt wird; dieses ist kostengünstiger als die Beauftragung externer Stellen, wie es im Steuer- und Abgabewesen häufiger der Fall ist. Trotz aller methodischen Unterschiede liegt der Anteil der Statistik an der Bürokratiebelastung grundsätzlich in allen Studien unter 12 Prozent. Dieses Ergebnis, das keinen Unterschied zwischen amtlichen und nicht amtlichen Statistiken macht, deckt sich mit den in der DIW-Belastungsuntersuchung gemachten quantitativen Aussagen über den Meldeaufwand für statistische Erhebungen.

5 Zusammenfassung und Folgerungen

5.1 Betroffenheit durch die amtliche Statistik und Zeitaufwand der meldepflichtigen Unternehmen dafür gering

Die Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter hat gezeigt, dass nur ein kleiner Teil der Unternehmen in Deutschland zu Meldungen an die amtliche Statistik verpflichtet ist. Knapp 85 Prozent aller Unternehmen waren im Jahr 2004 von keiner Erhebung der statistischen Ämter betroffen. Für die Beurteilung des mit den Meldepflichten verbundenen Aufwandes ist allerdings nicht die Zahl der betroffenen Unternehmen entscheidend, sondern der Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten.

Die Hochrechnung auf der Grundlage der Zeitangaben für 74 Statistiken von fast 75 000 Unternehmen in der amtlichen Belastungserhebung hat ergeben, dass die knapp 530 000 meldepflichtigen Unternehmen im Jahr 2004 für die Meldungen zur amtlichen Statistik rund 6,7 Millionen Arbeitsstunden aufbringen mussten. Damit ist der Aufwand je Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering, seine Verteilung nach Größenklassen der Unternehmen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark. So errechnet sich für die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, die mit fast 42 Prozent aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, ein durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand von 6,1 Stunden, während auf die Großunternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten bzw. mit 500 und mehr Beschäftigten eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 75,7 bzw. 122,3 Stunden für die Erhebungen der statistischen Ämter entfällt.

Statistik-Belastungsquotienten gering

Die Ergebnisse bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist. Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Millionen Stunden zu den von den 34,6 Millionen beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen so genannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014 Prozent. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungskoeffizienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbstständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für Verwaltung von 0,15 Prozent. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

5.2 Kostenbelastung der Unternehmen durch amtliche Statistik bei 230 Millionen EUR

Viele der vorliegenden Untersuchungen basieren auf Ergebnissen von Befragungen, bei denen die Unternehmen und Betriebe nach ihrer Einschätzung über den durch Informationspflichten verursachten Zeitaufwand gefragt wurden. Dies trifft nicht nur für den Zeitaufwand zu, sondern gilt auch für die mit dem Meldeaufwand verbundenen Kosten. Diese sind für den Bereich der Statistik vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2003 mit 4,31 Mrd. EUR angegeben worden. In der jüngsten IfM-Studie aus dem Jahr 2005 wurden – ausgehend von vor Ort mit der Stoppuhr gemessenen Zeitaufwendungen – die Kosten für die Verdiensterhebungen auf 1,9 Millionen EUR und die Kosten für die Intrahandelsstatistik auf 39,2 Millionen EUR geschätzt.

Zu davon abweichenden Ergebnissen gelangt man, wenn man den im Rahmen der DIW-Belastungsuntersuchung ermittelten Zeitaufwand von 6,7 Millionen Stunden in EUR ausdrückt. Für diese Schätzung des Kostenaufwandes wurde der für zehn Wirtschaftsbereiche ermittelte Meldeaufwand herangezogen und mit den Stundensätzen aus der Arbeitskostenerhebung bzw. mit den Lohnkosten je Arbeitnehmerstunde aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen multipliziert. Zuvor wurden die sektoralen Arbeitskosten je Stunde um einen Gemeinkostenzuschlag von 33 Prozent erhöht. Die Berechnung ergibt einen Betrag von 230 Millionen EUR, der von den Unternehmen für die von den statistischen Ämtern im Jahr 2004 durchgeführten Erhebungen aufgewendet werden musste. Dem Leser bleibt es überlassen, einen höheren als den hier verwendeten durchschnittlichen Arbeitskostensatz von 34,33 EUR zugrunde zu legen, wenn er andere Vorstellungen über die Lohnkosten je Arbeitsstunde für statistische Belange hat.

5.3 Folgerungen

Zur Einordnung der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmenstätigkeiten anfallen. Dabei hat sich zweierlei gezeigt: Bei den statistischen Meldungen im engeren Sinn dominiert der Aufwand für die Datenanforderungen der amtlichen Statistik. Ein deutlich anderes Bild ergibt sich, wenn man andere Melde- und Aufzeichnungspflichten einbezieht. Der Aufwand für die amtliche Statistik liegt dann in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung bei deutlich unter 10 Prozent des gesamten Meldeaufwandes. Daraus folgt: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen.

Die Befunde der ergänzenden DIW-Unternehmensbefragung und der Interviews unterstreichen das Ergebnis der Analyse der amtlichen Belastungserhebung: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielasten“ wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch und besonders viele Kleinst- und Kleinunternehmen. Anders als größere Unternehmen können sie nicht oder nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen. Für diese Unternehmen ist es keine Entlastung, wenn sie sehen, dass die Mehrzahl der anderen Unternehmen diesen Meldepflichten nicht ausgesetzt ist, im Gegenteil.

Die Analysen der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung haben außerdem gezeigt – und bei den Interviews hat sich das bestätigt –, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen zum Beispiel durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung, u.a. durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksistem, und eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und die Einführung der Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik“ bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen.

Jürgen Hübner
Historisches

▣ **Krankheiten 1903 und 2004**

Nachdem in einer vorherigen Ausgabe die Todesursachen 1903 und 2004 betrachtet wurden, soll nun einmal die Krankheitsstatistik der Jahre 1903 und 2004 beleuchtet werden.

Zuerst verblüfft die Anzahl der Statistiken. Im Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat von 1905 sind es zwei Seiten – einmal nach den dama-

ligen Regierungsbezirken und zum anderen nach den Krankheiten. Der Titel lautet: Übersicht der in sämtlichen allgemeinen Heilanstalten des Staates überhaupt und an wichtigen Krankheiten Behandelten im Jahre 1903¹. Der aktuelle Statistische Bericht², der unter dem Titel „Statistisches Bundesamt Fachserie 12/Reihe 6.2.1 GESUNDHEITSWESEN, Diagnosedaten der Patienten und Patientinnen in Krankenhäusern (einschl. Sterbe- und Stundenfälle) 2003“ am 5. Juli 2005 erschienen war, enthält 28 sehr umfangreiche Excel-Tabellen. Ein wesentlicher methodischer Unterschied: In der historischen Statistik werden die Zugänge und in der neuzeitlichen die entlassenen Patienten ausgewiesen. Bei den Entlassenen sind demzufolge die Sterbe- und Stundenfälle eingeschlossen sowie – fachlich und methodisch etwas umstritten – die im Krankenhaus Lebendgeborenen. Auch bei der fachlichen Gliederung und Bezeichnung der Krankheiten sind große Unterschiede vorhanden, die keinen durchgängigen Vergleich beider Statistiken erlauben. In der erreichten Aktualität der beiden Veröffentlichungen besteht dagegen noch heute eine größere Gemeinsamkeit.

Die behandelten Personen entsprachen im Jahr 1903 etwa 2,4 Prozent der Bevölkerung; im Jahr 2004 waren es fast 21 Prozent. Auch bei den Krankheiten zeigten sich deutliche Unterschiede, sowohl im Vergleich der etwa 100-jährigen Entwicklung, als auch zwischen den Geschlechtern. Tuberkulose, Diphtherie, Scharlach, Typhus und Geschlechtskrankheiten konnten wesentlich vermindert werden. Andere, wie zum Beispiel bei den Männern die alkoholbedingten Störungen, sind dagegen in den Vordergrund getreten. Sie spielten 1903 als Krankheiten, die in den Heilanstalten behandelt wurden, gar keine Rolle und wurden beispielsweise bei den Todesursachen als Säuferwahnsinn ausgewiesen. Man behandelte den Alkoholismus 1903 in Irrenanstalten. Es gab damals 332 derartige preußische Anstalten und 3 335 Krankheitsfälle (davon 3 066 oder 91,9 Prozent männlich).

XIII. Gesundheitspflege. 149

2. Übersicht der in sämtlichen allgemeinen Heilanstalten des Staates überhaupt und an wichtigen Krankheiten Behandelten (Zugang) im Jahre 1903.

Krankheiten.	Behandelte			Von 1 000 Kranken		
	männliche	weibliche	zusammen	männliche	weibliche	zusammen
1	2	3	4	5	6	7
Gesamtzahl . . .	531 360	310 401	841 761	1 000	1 000	1 000
I. Entwicklungskrankheiten . . .	3 416	15 357	18 773	6,43	49,47	22,30
II. Infektions- u. parasitäre Krankh. und zwar:	117 209	65 039	182 248	220,58	209,53	216,51
1. Pocken	21	15	36	0,04	0,05	0,04
2. Varizellen	129	118	247	0,24	0,38	0,29
3. Scharlach	4 067	4 105	8 172	7,65	13,29	9,71
4. Masern und Röteln	1 626	1 417	3 043	3,06	4,56	3,62
5. Diphtherie und Krupp	6 558	6 890	13 448	12,34	22,20	15,98
6. Keuchhusten	358	399	757	0,67	1,29	0,99
7. Mumps (Parotitis epidemica)	66	40	106	0,13	0,13	0,13
8. Flecktyphus	2	1	3	0,01	0,00	0,00
9. Rückfalltyphus	7	3	10	0,02	0,01	0,01
10. Unterleibstyphus	4 661	3 444	8 105	8,77	11,10	9,63
11. Genickstarre	14	12	26	0,03	0,04	0,03
12. Rose (Erysipel)	2 599	2 352	4 951	4,89	7,58	5,88
13. Trismus und Tetanus	164	58	222	0,31	0,19	0,26
14. Pyämie, Septicämie, Hospitalbrand	1 075	546	1 621	2,02	1,78	1,93
15. Kindbettfieber	—	869	869	—	2,80	1,03
16. Lepra	3	3	6	0,01	0,01	0,01
17. Skrofulose	2 616	3 571	6 187	4,99	11,50	7,35
18. Tuberkulose der Lungen	26 990	11 646	38 636	50,79	37,52	45,90
19. „ anderer Organe	8 216	7 605	15 821	15,46	24,50	18,79
20. Lungentzündung (kruppöse)	1 579	524	2 103	2,97	1,69	2,50
21. Influenza (Grippe)	7 824	4 016	11 840	14,72	12,94	14,96
22. Akuter Gelenkrheumatismus	3 484	2 137	5 621	6,36	6,88	6,68
23. Malaria	235	65	300	0,44	0,21	0,36
24. Brechdurchfall (Cholera nostras)	266	152	418	0,50	0,49	0,50
25. Ruhr (Dysenterie)	247	130	377	0,47	0,42	0,45
26. Gonorrhöe	8 140	6 865	15 005	15,32	22,12	17,82
27. Weicher Schanker	2 838	1 067	3 905	5,34	3,44	4,64
28. Syphilis	6 180	6 337	12 517	11,63	20,41	14,87
29. Milzbrand	69	10	79	0,13	0,03	0,09
30. Rotzkrankheit	3	1	4	0,01	0,00	0,01
31. Tollwut (Lyssa)	1	1	2	0,00	0,00	0,00
32. Trichinose	22	3	25	0,04	0,01	0,03
33. Bandwurm	438	278	716	0,82	0,90	0,85
34. Andere Infektions- und parasitäre Krankheiten — anschl. Krätze —	26 711	359	27 070	50,27	1,15	32,16
III. Sonstige allgem. Krankheiten	32 322	34 798	67 120	60,83	112,11	79,74
IV. Ortliche Krankheiten	374 586	191 756	566 342	704,96	617,77	672,81
und zwar:						
A. Krankh. des Nervensystems	24 290	18 512	42 792	45,88	59,64	50,77
B. „ der Atmungsorgane	45 407	17 346	62 753	85,46	55,88	74,54
C. „ „ Kreislauforgane	17 295	11 346	28 641	32,55	36,55	34,03
D. „ „ Verdauungsorgane	47 747	38 717	86 464	89,86	124,74	102,72
E. „ „ Harn- u. Geschlechtsorg.	13 332	36 389	49 721	25,09	117,23	59,07
F. „ „ äußeren Bedeckungen	66 675	25 096	91 771	125,48	80,85	109,02
G. „ „ Bewegungsorgane	48 131	18 596	66 727	90,58	59,91	79,27
H. „ des Ohres	5 198	3 559	8 757	9,78	11,47	10,41
I. „ der Augen	13 178	8 981	22 159	24,80	28,93	26,32
K. Verletzungen	93 403	13 214	106 617	175,78	42,57	126,66
V. Anderweitige Krankheiten und unbestimmte Diagnosen	3 827	3 451	7 278	7,20	11,12	8,64

1 Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, 1905, Seite 149
2 Quelle: Statistisches Bundesamt

**Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patienten
(einschl. Sterbe- und Stundenfälle)
20 häufigste Diagnosen 2004**

Rang	Pos.-Nr. der ICD-10	Diagnoseklasse – Behandlungsanlass	Anzahl	
			absolut	auf 1 000 Patienten
männliche Patienten				
		Insgesamt	7 968 271	1 000
1	Z 38	Lebendgeborene nach dem Geburtsort ¹	224 329	28,2
2	F10	Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	218 057	27,4
3	I20	Angina pectoris	197 740	24,8
4	I25	Chronische ischämische Herzkrankheit	177 413	22,3
5	K40	Hernia inguinalis	161 335	20,2
6	I21	Akuter Myokardinfarkt	131 180	16,5
7	G47	Schlafstörungen	129 219	16,2
8	C34	Bösartige Neubildung der Bronchien und der Lunge	122 027	15,3
9	I50	Herzinsuffizienz	119 206	15,0
10	S06	Intrakranielle Verletzung	112 407	14,1
11	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	108 116	13,6
12	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	91 297	11,5
13	I70	Atherosklerose	88 825	11,1
14	I63	Hirninfrakt	88 136	11,1
15	J44	Sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	84 132	10,6
16	N20	Nieren- und Ureterstein	82 626	10,4
17	C61	Bösartige Neubildung der Prostata	80 782	10,1
18	J35	Chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln	79 689	10,0
19	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	77 885	9,8
20	M51	Sonstige Bandscheibenschäden	77 318	9,7
weibliche Patienten				
		Insgesamt	9 265 287	1000
1	Z38	Lebendgeborene nach dem Geburtsort ¹	219 973	23,7
2	C50	Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mamma)	158 953	17,2
3	K80	Cholelithiasis	146 054	15,8
4	I50	Herzinsuffizienz	141 595	15,3
5	I20	Angina pectoris	122 380	13,2
6	M17	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes)	120 348	13,0
7	S72	Fraktur des Femurs	110 673	11,9
8	O70	Dammriß unter der Geburt	106 387	11,5
9	I10	Essentielle (primäre) Hypertonie	100 360	10,8
10	O80	Spontangeburt eines Einlings	99 198	10,7
11	I63	Hirninfrakt	96 476	10,4
12	H25	Cataracta senilis	95 173	10,3
13	I83	Varizen der unteren Extremitäten	94 695	10,2
14	J18	Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	92 532	10,0
15	J35	Chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln	91 439	9,9
16	D25	Leiomyom des Uterus	89 739	9,7
17	M16	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	89 396	9,6
18	S06	Intrakranielle Verletzung	86 760	9,4
19	I48	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	85 973	9,3
20	S82	Fraktur des Unterschenkels, einschließlich des oberen Sprunggelenkes	80 896	8,7

¹ Erstmals wurden die gesunden
Neugeborenen mit erfasst
(444 302 Fälle)

Veröffentlichungen

┌ Berlin, März und April 2007

Faltblatt „Tourismus in Berlin“ 2006 0,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) Januar 2007 m 01/07 Februar 2007 m 02/07 *E I 1 6,00 EUR	Einfuhr Berlins Jahr 2006 – Vorläufige Ergebnisse – Jahr 2006 vj 4/06 Einfuhr Berlins Jahr 2006 – Endgültige Ergebnisse – Jahr 2005 j 05 G III 3 6,00 EUR	Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Berlin Oktober 2006 vj 4/06 N I 1 4,00 EUR
Wanderungen Berlin 3. Vierteljahr 2006 vj 06 A III 1 4,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangsindex, Produktionsindex 2006 j 2006 *E I 3 6,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle in Berlin Dezember 2006 m 12/06 *H I 1 6,00 EUR	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2006 j 06 P I 1 6,00 EUR
Melderechtlich registrierte Einwohner in Berlin 31.12.2006 hj 06 A I 3/S 4,00 EUR	Baugewerbe in Berlin Dezember 2006 m 12/06 *E II 1/ E III 1 4,00 EUR	Umsätze und ihre Besteuerung in Berlin 2005 j 2005 *L IV 1 12,00 EUR	Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitnehmer in Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2006 j 06 P I 2 6,00 EUR
Melderechtlich registrierte Ausländer in Berlin 31.12.2006 hj 06 A I 4 4,00 EUR	Baugenehmigungen in Berlin Dezember 2006 m 12/06 Januar 2007 m 01/07 *F II 1 4,00 EUR	Verbraucherpreisindex für Berlin November 2006 m 11/06 Dezember 2006 m 12/06 Januar 2007 m 01/07 Februar 2007 m 02/07 März 2007 m 03/07 *M I 2 4,00 EUR	
Krankenhäuser im Land Berlin, Teil II Diagnosen 2005 j 05 *A IV 2 8,00 EUR	Baufertigstellungen in Berlin Dezember 2006 m 12/06 F II 2 4,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke in Berlin Februar 2007 vj 1/07 M I 4 4,00 EUR	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Berlin 30.06.2006 vj 06 A VI 5 6,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin Januar 2007 m 01/07 G I 1/G IV 3 4,00 EUR	Messzahlen für Bauleistungs- preise und Preisindizes für Wohn- und Nichtwohngebäude in Berlin Oktober 2006 vj 4/06 M I 4 4,00 EUR	
Erwerbstätigenrechnung Berlin Jahresergebnisse 1991 bis 2006, Vierteljahresergebnisse 2001 bis 2006 A VI 6 6,00 EUR	Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin Dezember 2006 m 12/06 G IV 1/G IV 2 4,00 EUR		
Studienanfänger an Hochschulen im Land Berlin Sommersemester 2006 *B III 1 4,00 EUR	Ausfuhr Berlins – Vorläufige Ergebnisse – Jahr 2006 vj 4/06 Ausfuhr Berlins – Endgültige Ergebnisse – Jahr 2005 j 05 G III 1 6,00 EUR		
Studierende an Hochschulen in Berlin Wintersemester 2006/07, vorläufige Ergebnisse *B III 1 4,00 EUR			

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 3434
030 9021 3899
Fax: 030 9021 3655

* bundeseinheitliche
statistische Kennziffern

Brandenburg, März und April 2007

Bevölkerungsstand	Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis
31. 11. 2006 m 11/06	Schuljahr 2006/2007 j/06	Dezember 2006 m 12/06	Januar 2007 m 01/07
A I 1 5,10 EUR	B I 2; B II 2 6,30 EUR	Jahr 2006 j/06	G III 1 6,45 EUR
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	Absolventen/Abgänger der allgemein bildenden Schulen	Insolvenzen	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr
November 2006 m 11/06	2006 j/06	2006 vj 4/06	Dezember 2006 m 12/06
A II 1 5,15 EUR	B I 5 7,65 EUR	D III 1 6,10 EUR	G IV 1 6,75 EUR
Wanderungen	Fremdsprachenunterricht an allgemein bildenden Schulen	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis
November 2006 m 11/06	Schuljahr 2006/2007 j/06	Januar 2007 m 01/07	Januar 2007 m 01/07
A III 1 5,15 EUR	B I 8 5,90 EUR	E II 1 6,15 EUR	Februar 2007 m 02/07
Einbürgerungen	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe	G IV 3 5,50 EUR
2006 j/06	2006 j/06	4. Vierteljahr und Jahr 2006 vj 4/06	Straßenverkehrsunfälle, Endgültiges Ergebnis
A I 9 5,15 EUR	C II 6 6,45 EUR	E III 1 5,25 EUR	Dezember 2006 m 12/06
Stationäre Behandlung in Krankenhäusern sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Viehzählung im Land Brandenburg	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen	H I 1 6,35 EUR
2005 j/05	Rinder und Schweine Repräsentative Erhebung	Dezember und Jahr 2006 m 12/06	Vorläufiges Ergebnis
A IV 9 6,55 EUR	03. 11. 2006 j/06	Januar 2007 m 01/07	Januar 2007 m 01/07
Schwangerschaftsabbrüche	C III 1 5,20 EUR	F II 1; 2 5,95 EUR	Februar 2007 m 02/07
2006 j/06	Schlachtungen und Fleischerzeugung	Bauüberhang und Bauabgang	H I 1 5,15 EUR
A IV 11 6,55 EUR	Dez. und Jahr m 12/06	2006 j/06	Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
Schwangerschaftskonflikt-, Schwangerschaftsberatung, Familienplanung und Sexual- aufklärung	Jan-07 m 01/07	F II 3 5,50 EUR	4. Vierteljahr 2006 vj 4/06
2006 j/06	Feb-07 m 02/07	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis	H I 4 5,15 EUR
A IV 14 6,45 EUR	C III 2 5,25 EUR	Januar 2007 m 01/07	Binnenschifffahrt
Erwerbstätigenrechnung	Milcherzeugung und Milchverwendung	G I 1 5,40 EUR	Januar 2007 m 01/07
Jahresergebnisse 1991 bis 2006	Nov-06 m 11/06		Februar 2007 m 02/07
Vierteljahresergebnisse	Jahr 2006 m 12/06		H II 1 5,85 EUR
2001 bis 2006 hj 2/06	Jan-07 m 01/07		Verbraucherpreisindex
A VI 6 6,00 EUR	C III 3 5,15 EUR		Februar 2007 m 02/07
Arbeitsmarkt	Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtung von Geflügel		März 2007 m 03/07
Februar m 02/07	2006 vj 4/06		M I 2 6,45 EUR
März m 03/07	C III 6; 7 5,35 EUR		
A VI 7 6,05 EUR			
Allgemein bildende Schulen			
Schuljahr 2006/2007 j/06			
B I 1 8,80 EUR			

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

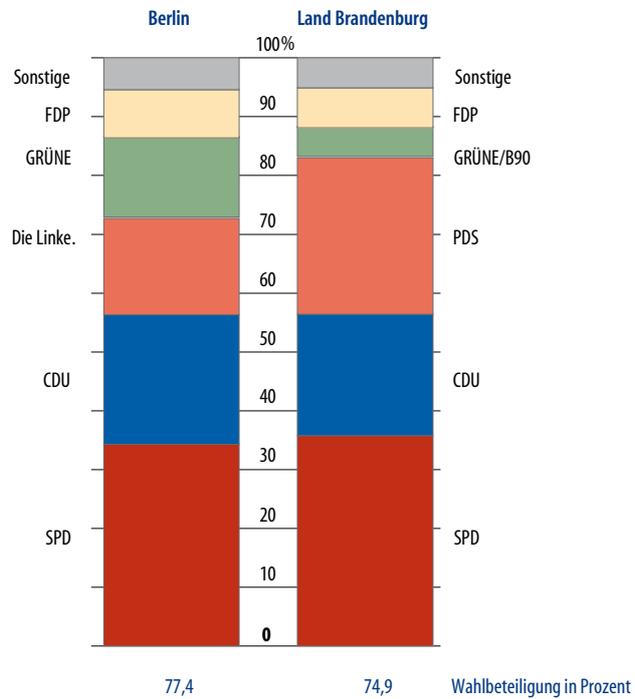
Tel.: 0331 39 444

Fax: 0331 39 418

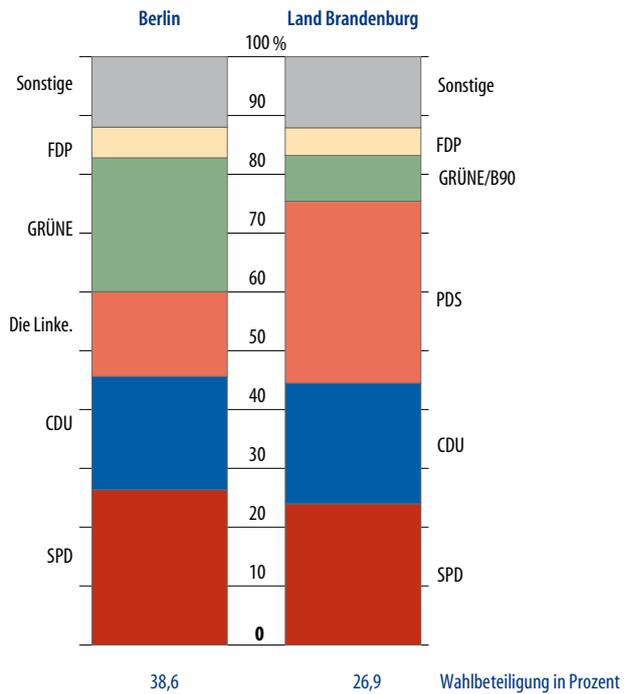
Die Veröffentlichungen sind auch als CD-ROM
zum Preis von 20,00 EUR erhältlich.

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

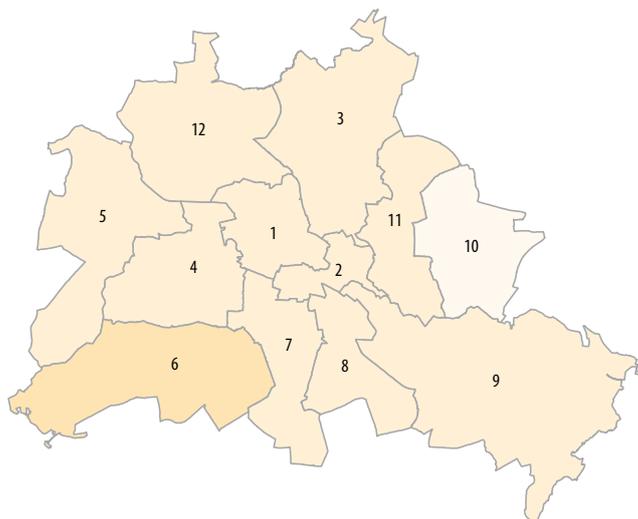
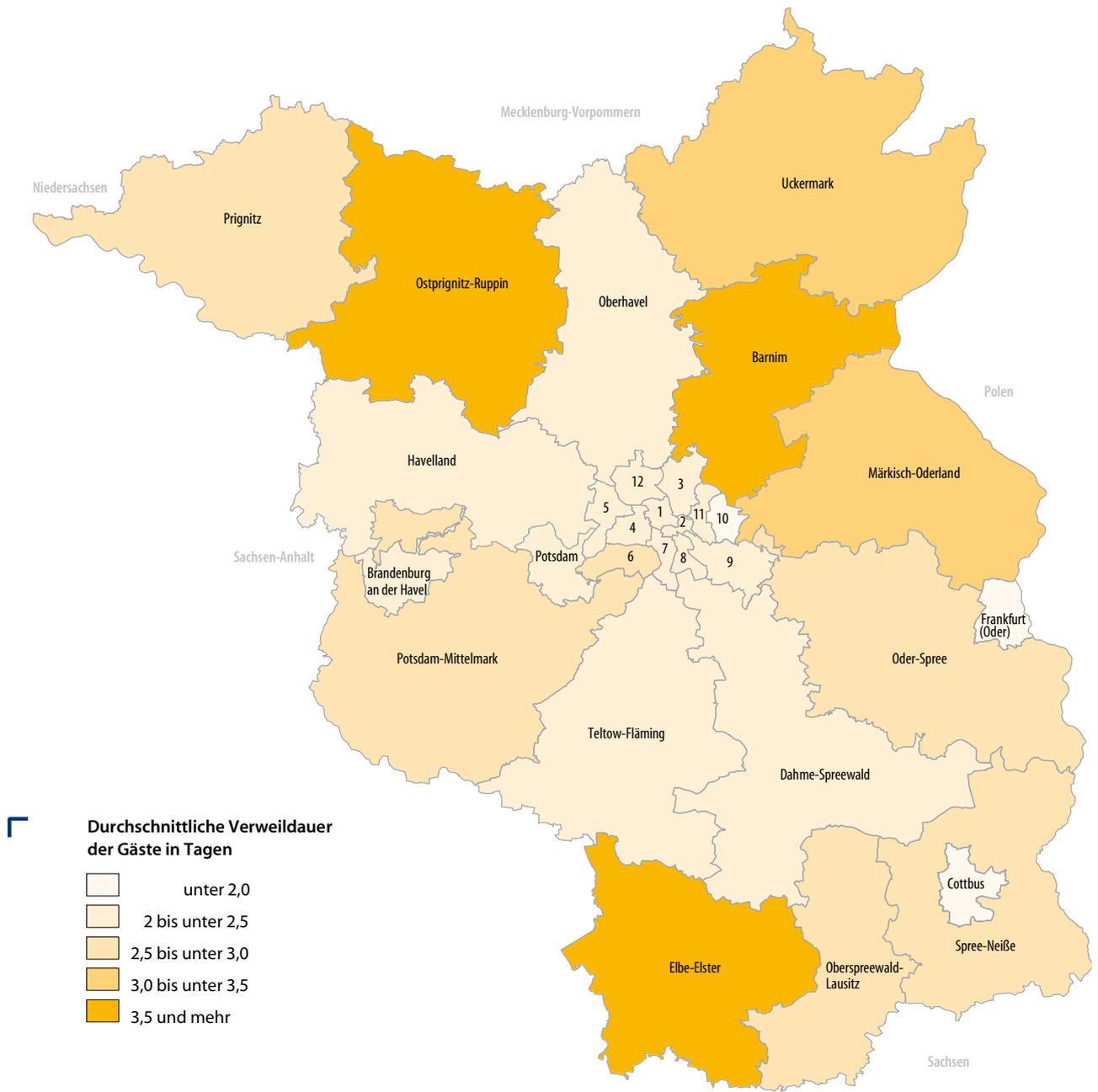
Zweitstimmenanteil der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Berlin und im Land Brandenburg am 18. September 2005



Ergebnisse der Wahl zum 6. Europäischen Parlament in Berlin und im Land Brandenburg am 13. Juni 2004



Durchschnittliche Verweildauer der Gäste in Tagen im Jahr 2005



Detailkarte Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf